

Das
Bevölkerungsproblem
in Deutschland

Von

Henriette Fürth

BA 910 FUR



Jena
Verlag von Gustav Fischer
1925

1122007

Inhaltsverzeichnis.

Vorwort	V
Ziel und Methode	VI

I. Kapitel.

Die Bevölkerungszahlen seit 1871 und die Überseeauswanderung	I
Die Bevölkerungsvorgänge in Deutschland seit 1841	7
Geburtlichkeit und Altersaufbau	15
Sterblichkeit, Geburtenfrage und Geburtenüberschuß	22
Säuglingssterblichkeit der Ehelichen und Unehelichen . . .	31
Die Sterblichkeit der Übereinjährigen	36
Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten im Licht der Bevölkerungs- politik	44
a) Tuberkulose	44
b) Die Geschlechtskrankheiten	48

II. Kapitel.

Die sozialen, wirtschafts- und sozialpolitischen Komponenten der Bevölkerungsvorgänge	60
Quantität oder Qualität der Volksvermehrung und Mutterschutz	60
Kindernot und Bevölkerungspolitik	66
Wirtschaftspolitische Erwägungen zur Bevölkerungsfrage . .	72
Die Sozialpolitik und das Bevölkerungsproblem	78
Die Lebenshaltungskosten	84
Wohnfrage und Bevölkerungsproblem	91
Sozialpolitische Folgerungen und Forderungen	94
Die Arbeitszeit im Lichte der Bevölkerungs- und Wirtschafts- politik	98
Ausblick	101

Vorwort.

Der Krieg hat ungeheure Veränderungen nicht nur auf der Landkarte, sondern ebenso innerhalb der Schichtung, dem sozialen, gesundheitlichen, wirtschaftlichen und Altersaufbau der Bevölkerung zur Folge gehabt. In manchen Punkten wurden ganz neue Verhältnisse geschaffen. In anderen hat sich das Leben rascher, als man annehmen konnte, wieder zurechtgefunden. Jedenfalls aber ist einstweilen alles noch ins Unsichere und Ungewisse entrückt. Wir entbehren der festen Maßstäbe, an deren Hand wir uns früher in den bevölkerungspolitischen Gegebenheiten und Möglichkeiten rasch und mühelos zurechtfinden konnten. Solche Richtmaße sind aber so wesentlich, daß es nicht abwegig erscheinen dürfte, die nunmehr zahlenmäßig in größerem Umfang vorliegenden deutschen Bevölkerungsvorgänge der Nachkriegszeit einer gegen die Vorkriegszeit und die außerdeutschen bezüglichlichen Verhältnisse vergleichenden Würdigung zu unterziehen.

Noch steht Deutschland im Zeichen des politischen und wirtschaftlichen Chaos. Noch wissen wir nicht, ob die Morgenröte der Befriedung, die im Londoner Abkommen emporgestiegen ist, sich zum Sonnentag frohen Hoffens entfalten werde. Umgetrieben im Strudel systemlosen Geschehens ist es für den Zuschauer dieses traurigen Schauspiels und erst recht für den, der sich als Leidtragender inmitten dieser Wirrnis befindet, schwer, wenn nicht unmöglich, Ordnung in die Zerfahrenheit und den Widerspruch zu bringen und sich ein Bild zu machen von dem was ist und was etwa werden will.

Wenn trotzdem in den folgenden Darlegungen der Versuch unternommen wird, an dem schlechthin ausschlaggebenden Problem der Bevölkerungsbewegung das Seiende, die Wirkungen und Aussichten dieses Seienden aufzuzeigen, so geschieht das aus der Erwägung, daß eine streng sachliche, quellenmäßig orientierte Darstellung der Bevölkerungsvorgänge und der sie beeinflussenden wirtschaftlichen und politischen bzw. sozialpolitischen Gegebenheiten dem unbefangenen Betrachter die Möglichkeit gerechter Be-

urteilung sowohl der Lebens- wie der Leistungsfähigkeit Deutschlands zu geben vermögen. Und dessen was zu geschehen habe, um beides zu erhalten.

Unsere Darlegungen gehen nicht von bestimmten Voraussetzungen aus. Sie wollen nicht zu vorausbestimmten Zielen. Die Erhellung zahlenmäßiger und soziologischer Sachbestände, die Ermöglichung sachlicher Beurteilung solcher Gegebenheiten ist alles, was sie anstreben.

Wenn so diese Arbeit ein kleiner Beitrag zur Erkenntnis und Kenntnis, d. h. aber zur Wiedergesundung Deutschlands und damit der europäischen Welt werden könnte, so hätte sie ihren Zweck erfüllt.

Ziel und Methode.

Als vornehmste Aufgabe einer gründlichen und sachlichen Behandlung der Bevölkerungsfrage ergibt sich die Pflicht, einen zahlenmäßigen Grundriß all der Lebensvorgänge zu gewinnen, aus denen das Gemeinschaftsleben sich zusammensetzt. Vollständig und schlüssig können die daraus zu erwartenden Aufklärungen aber nur dann sein, wenn man sie auch nach rückwärts ausbaut. So mußte eine zahlenmäßige Grundlage geschaffen werden, die die bezüglichen Daten der Vor- und Nachkriegszeit in vergleichenden Zusammenhang bringt.

Dasselbe gilt für die Stellung Deutschlands zur Umwelt. Das Geschick Deutschlands trifft in vielen Punkten mit dem seiner europäischen Umwelt zusammen. Der Krieg ist verheerend über den größten Teil von Europa hingegangen und hat auch die an ihm faktisch unbeteiligten Völker in Mitleidenschaft gezogen. Am härtesten wurde freilich in der Kriegs- und Nachkriegszeit das besiegte Deutschland getroffen. Immerhin wird eine vergleichende Würdigung auch hier die Relativität alles Geschehens herausstellen.

Weiter erwies es sich als schätzbar, die Allgemeinziffern der deutschen Bevölkerungsbewegung durch Einzeldaten und monographische Notizen zu ergänzen. Das gilt besonders für die bezüglichen Frankfurter Angaber, die durch mancherlei wirtschafts- und haushaltspolitische Daten ergänzt werden konnten.

Doppelt begrüßenswert war dieses Zusammentreffen in bezug auf die andere Seite unserer Aufgabe, die darin besteht, die zahlenmäßige Erfassung und ordnende Übersicht der Bevölkerungsvorgänge durch ursächliche Verknüpfung dieser Vorgänge mit den Geschehnissen der wirtschaftlichen und handelspolitischen Welt zu vervollständigen. In diesem Zusammenhang ergab sich die Notwendigkeit, neben den bevölkerungspolitischen Daten tabellarische Übersichten wirtschafts- und sozialstatistischer Art zu geben.

Die Arbeit ist sachlich und inhaltlich die Erweiterung und Ergänzung einer Abhandlung, die unter dem Titel „Der Rückgang der Geburten als soziales Problem“ in den Conradschen Jahrbüchern für Nationalökonomie Bd. XLV (C) erschienen ist.

Für einen Teil der statistischen Daten bin ich Herrn Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Neisser, Herrn Regierungsrat Dr. Burgdörfer vom Reichsstatistischen Amt und dem Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Frankfurt, Herrn Dir. Dr. Busch, zu Dank verpflichtet. Ich nehme gerne den Anlaß wahr, den Genannten auch an dieser Stelle für ihre freundliche Unterstützung zu danken.

I. Kapitel.

Die Bevölkerungszahlen seit 1871 und die Überseeauswanderung.

Seit Bestehen des Deutschen Reiches wurden in zehn Volkszählungen folgende Bevölkerungszahlen ermittelt:

Tabelle I.

am	Eine Bevölkerungs- größe von	Zunahme + Abnahme -	Prozent + -
I. 12. 1871	41 058 792	-	-
I. 12. 1875	42 727 360	+ 1 668 568	+ 4,06
I. 12. 1880	45 234 061	+ 2 506 701	+ 5,87
I. 12. 1885	46 855 804	+ 1 621 643	+ 3,59
I. 12. 1890	49 428 470	+ 2 572 766	+ 5,49
I. 12. 1895	52 279 901	+ 2 851 431	+ 5,77
I. 12. 1900	56 367 158	+ 4 087 277	+ 7,82
I. 12. 1905	60 641 489	+ 4 274 331	+ 7,58
I. 12. 1910 ¹⁾	64 925 993	+ 4 284 501	+ 7,07
8. 10. 1919 ²⁾	59 852 682	- 5 073 311	- 7,8

Von 1871 bis 1910 war die Bevölkerung von 41 auf 65 Millionen oder um 58,5% gestiegen. Das Gebiet des Deutschen Reiches umfaßte am I. 12. 1910 eine Fläche von 542 622 qkm. Es entfielen auf den Quadratkilometer 120 Personen. Nach der Volkszählung vom 8. 10. 1919 wohnten auf dem Gebietsstand vom I. I. 1923 mit 472 034 qkm Fläche 59 852 682 oder auf 1 qkm 127 Menschen.

Die starke Zunahme seit 1871 erfolgte ausschließlich aus Kraft eigener Vermehrung, da die Zuwanderung fremder Elemente mit Ausnahme zweier Jahrfünfte stets von der Abwanderung einheimischer übertroffen wurde. So ergaben sich Wanderungsverluste in folgendem Ausmaß:

1) Berechneter Bevölkerungsstand im früheren Reichsgebiet am 1. Juli 1914: 67 790 000.

2) Berechneter Bevölkerungsstand im jetzigen Reichsgebiet am 1. Januar 1923: 62 281 000.

Tabelle II. Die deutsche überseeische Auswanderung von 1871—1923.

Jahres- durchschnitte Jahre	Es wurden deutsche Auswanderer befördert über							diese Häfen zusammen
	deutsche Häfen			fremde Häfen				
	Hamburg	Bremen	andere (meist Stettin, seit 1914 Emden)	Antwerpen	holländ. Häfen Rotterdam und Amsterdam	französische Häfen	englische Häfen (Liverpool)	
1871—1875	179220	191705	1804	8356	—	13729	—	394814
1876—1880	91210	99084	1159	22613	—	17088	—	231154
1881—1885	206575	410469	5903	104816	3596	35928	—	857287
1886—1890	121634	245540	8538	66651	17923	24850	—	485136
1891—1895	120457	191851	4820	57237	12428	15774	—	402567
1896—1900	47573	49132	1516	18207	5351	5445	84	127308
1901	7324	9143	—	3307	1903	286	110	22073
1902	9570	13960	—	5792	2278	498	—	32098
1903	10975	16639	—	5457	2579	660	—	36310
1904	7689	14329	—	4215	1454	297	—	27984
1905	7123	14843	—	4337	1519	253	—	28075
1906	8821	16653	—	3972	1379	249	—	31074
1907	9250	17130	—	3313	1770	233	—	31696
1908	6600	10122	—	1774	1300	87	—	19883
1909	6353	11962	—	1952	4536	118	—	24921
1910	7496	13913	—	1863	2108	151	—	25531
1911	6507	12199	—	1345	2452	187	—	22690
1912	5760	7974	—	1433	3261	117	—	18545
1913	8730	9710	—	1662	5601	140	—	25843
1914	4928	4281	15	654	1840	85	—	11803
1915	—	—	—	—	528	—	—	528
1916	—	—	—	—	326	—	—	326
1917	—	—	—	—	9	—	—	9
1918	—	—	—	—	—	—	—	—
1919	—	—	—	—	3144	—	—	3144
1920	763	106	—	—	7589	—	—	8458
1921	15883	2239	62	197	5070	—	—	23451
1922	23921	11964	2	—	640	—	—	36527
1923	64152	49660	—	—	1604	—	—	115416

Wir müssen uns, bevor wir weitergehen, mit den bevölkerungspolitischen Beziehungen und Folgen der Auswanderung auseinandersetzen. Im Mittel des unmittelbar auf den Krieg von 1870 folgenden Jahrzehnts 1871—1875 beträgt die Überseeauswanderung 78963, im folgenden Jahrzehnt nur noch 46230. An die für das junge Industrieland hypertrophische Entwicklung dieser Jahre schließt sich die mit dem Wiener Börsenkrach anhebende und sich rasch ausbreitende Wirtschaftskrise, auf die zwischen 1881 und 1885 eine Erhöhung der Auswandererziffer auf 857287 oder durchschnittlich 171457 antwortete. Es tritt dann eine Erholung ein, die aber erst nach Überwindung der schleichenden Krise zu Anfang der 90er Jahre zu einem Absinken führt, das mit geringen Schwankungen bis zum Weltkrieg dauert. Die niedrigsten Jahresziffern weisen die Jahre 1908 mit 19883 und 1912 mit 18545 auf. Zahlen, die die notwendige Fluktuation innerhalb eines nunmehr auf Weltwirtschaft und Welthandel eingestellten Volkes widerspiegeln und als „Auswanderung“ im Sinne eines barometrischen Wirtschaftsmessers nicht anzusprechen sind.

Der Krieg macht der Wanderung ein Ende. Aber auch noch Jahre nach seinem Abschluß ist die Auswanderung kaum nennenswert. Sie steigt erst 1921 wieder auf eine Ziffer, die auf 100000 Einwohner berechnet, etwas über der Vorkriegszahl steht, die das folgende Bild ergibt:

Tabelle III.

Es wanderten aus: im Jahre	überhaupt	auf 100000 Einwohner
1908	19883	32
1909	24921	39
1910	25531	39
1911	22690	35
1912	18545	28
1913	25843	39
1914	11803	17
1915	528	1
1916	326	0,5
1917	9	0,0
1918	—	—
1919	3144	5
1920	8458	14
1921	23451	38
1922	36527	60
1923	115416	187

Die Gründe liegen zutage. Der Deutsche war im Ausland ein mißliebiger Gast geworden und Erschwerungen mannigfacher Art stellten sich sowohl dem Verlassen des Vaterlandes wie der Zulassung in andere Länder entgegen.

Auch kam die volle Schwere des deutschen Schicksals mit seinem Gefolge von Not, Elend und Niedergang zumindest in der vor dem Kapp-Putsch liegenden Zeit noch nicht zum vollen Bewußtsein. Bis dahin waren die Aussichten, im eignen Land ein Fortkommen zu finden, nicht ungünstig. Dann bricht das Schicksal in voller Wucht über uns herein. Der Inflation folgt die Stabilisierung der Währung. Sie bringt endlich wieder Klarheit und Selbstbesinnung in die Verworrenheit unserer Verhältnisse, aber zunächst auch, verschärft durch die Krise der Außenpolitik bei der Beendigung des passiven Widerstandes, eine Krise und Arbeitslosigkeit von außerordentlicher Schärfe und Ausdehnung. Damit setzt, langsam erst, dann rasch und rascher die Auslandsflucht ein. Im Jahrfünft vor dem Krieg wandern auf 100000 Menschen 36 aus, 1921 sind es 38, 1922 schon 60 und 1923 sind es 187 auf 100000 Einwohner. Das Inflationsjahr 1923 hat eine Verdreifachung der Relativzahl und absolut die Auswanderung von 115416 Menschen gebracht.

Diese Flucht aus dem Vaterland ist erschütternd. Sie manifestiert sich als ein Verhängnis für die Zurückbleibenden, wenn man sich die Auswanderer auf ihre Alters- und Berufsgliederung anschaut. Von den im Jahr 1923 über deutsche Häfen ausgewanderten Deutschen standen im Alter von

Tabelle IV.

Jahren	1922				1923			
	männl.	%	weibl.	%	männl.	%	weibl.	%
0 bis unter 1	165	0,9	148	0,9	380	0,6	388	0,8
1 „ „ 14	1911	9,9	1934	11,6	5524	8,4	5492	11,4
14 „ „ 17	573	3,0	763	4,6	1986	3,0	2232	4,6
17 „ „ 21	2688	14,0	2387	14,3	11513	17,5	8279	17,2
21 „ „ 30	7177	37,4	5720	34,3	26977	41,0	17438	36,3
30 „ „ 50	5359	27,9	4313	25,8	17197	26,2	11716	24,4
über 50	1323	6,9	1426	8,5	2157	3,3	2533	5,3
Zusammen	19196	100	16691	100	65734	100	48078	100

Von den männlichen Auswanderern standen 67,2% im Alter von 21—50 Jahren, weitere 17,5% im Alter von 17—21. Dem schaffenskräftigen Alter gehören also 84,7 oder mehr als $\frac{4}{5}$ aller

männlichen Auswanderer an, während es bei den weiblichen 77,9% waren. Über 50 Jahre waren 3,3% der Männlichen und 5,3% der Weiblichen. Diese Zahlen reden eine furchtbare Sprache. Die im arbeitsfähigsten Alter stehenden Elemente, solche die hoffen dürfen, es draußen dank ihrer Tauglichkeit zu etwas zu bringen, verlassen das Vaterland, das sie großgezogen, das die Kosten ihrer Aufzucht bezahlt hat, ihnen aber keinen Raum mehr zur Entfaltung und einem ihrer Qualifikation entsprechenden Fortkommen gibt.

Tabelle V.

Berufsgruppen	1907		1912		1922		1923	
	absolut	in %						
Land- und Forstwirtschaft	10920	36,4	5110	33,4	8098	22,6	16903	14,9
Bergbau und Hüttenwesen	1307	4,3	760	5,0	740	2,1	1843	1,6
Industrie auch Bauwesen	8932	30,0	5141	33,6	11554	32,2	45418	39,9
Handel	3145	10,5	1358	8,8	4920	13,7	13070	11,5
Gast- und Schankwirtschaft.	901	3,0	570	3,7	1846	5,1	3128	2,7
Häusliche Dienste	2725	9,1	1330	8,7	2288	6,4	11564	10,2
Lohnarbeit wechselnder Art	216	0,7	332	2,2	1518	4,2	3039	2,7
Freie Berufe	823	2,7	445	3,0	2165	6,0	4454	3,9
Ohne Beruf	984	3,3	238	1,6	2758	7,7	14393	12,6
Summe:	29949	100	15284	100	35887	100	113812	100

Auffallend stark im Vergleich zu Vorkriegszeiten und zu ihrem prozentualen Anteil an der Gesamtbevölkerung ist die Zunahme der Auswanderer innerhalb der den freien Berufen angehörenden Bevölkerung. Die Zahl der bezüglichen Auswanderer ist von 445 in 1912 auf 4454 in 1923, also um das Zehnfache, gestiegen und gegen das Berufszählungsjahr 1907 mit 823 auswandernden Angehörigen der freien Berufe eine Erhöhung um das 5½fache. Um 1907 repräsentierten die freien Berufe mit 1738530 Berufstätigen 5,7% der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung. Ihr Anteil an der Auswanderung dieses Jahres bezifferte sich auf 2,7%. Gleichzeitig repräsentierten Industrie einschließlich Bergbau und Hüttenwesen mit 11256254 : 37% aller Erwerbstätigen. An der Auswanderung des Jahres 1907 nahmen sie mit 34,3% teil. Da nun die Volksziffer von 1923 annähernd der von 1907 mit 61720529 entspricht, kann auch die Auswanderungsrelation miteinander verglichen

werden. Und nun sehen wir auf der Seite der Industrie eine Relativerhöhung der Auswanderung von 34,3 auf 41,5% oder um 21, bei den freien Berufen von 2,7 auf 3,9 oder um 44%. Im Vergleich zur Land- und Forstwirtschaft, die in Relation zu 1907 nur 41% ihrer damaligen Quote ergaben, stellte sich die Erhöhung bei den freien Berufen auf 250%. So bestätigt sich auch von der Seite der Ziffern her, daß die freien Berufe von der Not der Zeit am unmittelbarsten betroffen und zur Aufsuchung neuer Existenzmöglichkeiten gezwungen worden sind. Die ehemals stärksten Trag- und Triebkräfte der deutschen Kultur und des deutschen Wirtschaftslebens, die Industriearbeiterschaft auf der einen, die Intelligenz auf der anderen Seite sind es, die der unfruchtbar gewordenen Heimat zu entrinnen trachten.

Was bedeutet das für die Zurückgebliebenen? Potthof hat einmal in einer interessanten Studie (Die Umschau, 12. Jahrg., 1908) ausgeführt: „Rein wirtschaftlich betrachtet, zerfällt das Leben des Menschen in mehrere Perioden, die man nach kaufmännischem Sprachgebrauch als aktive und passive bezeichnen kann. Vom Augenblick seiner Geburt an, ja schon vorher, kostet der Mensch seinen Angehörigen Geld, Zeit und andere wirtschaftliche Werte: Wartung, Erziehung, Ernährung. Die erste Periode, in der das Kind nur Ausgaben bringt, reicht etwa bis zur Beendigung der Schulzeit. Dann beginnen die Kinder zu arbeiten, sich ihren Unterhalt selbst zu verdienen. Der Verdienst wächst. Sie erwerben wieder, was für ihren Unterhalt und Unterricht früher ausgegeben ist, und kommen dadurch in die Lage, ihrerseits wieder Kinder großzuziehen. In höherem Lebensalter läßt die Arbeitsfähigkeit nach. Die Aktivseite der Bilanz sinkt, bis vielleicht Krankheit und Erwerbsunfähigkeit, Altersschwäche das Leben mit einem reinen passiven Posten abschließen lassen. Jeder Knabe und jedes Mädchen verkörpert gewissermaßen ein „werbendes Kapital“, das die Eltern in ihnen angesammelt haben, und das von einem gewissen Zeitpunkt ab den Kindern selbst, den Eltern und der gesamten Volkswirtschaft Zinsen trägt, bis im hohen Alter die Zinsen nicht mehr reichen und vom Kapital gezehrt werden muß. Die Bilanz jedes einzelnen Lebens ist um so günstiger, je mehr die Aktivseite das Zurückgezahlte, d. h. das über den eigentlichen Lebensbedarf Geleistete, die Kosten der Aufzucht und des arbeitsunfähigen Alters übersteigt. Die Bilanz des Volkes ist um so günstiger, je stärker die aktiven Leben in ihr überwiegen.“ So möge man ermessen, was es wirtschafts-, aber auch rassepolitisch bedeu-

tet, wenn von 114000 Auswanderern nur 4,1% über 50 Jahre alt sind.

Die Sachlage kompliziert sich durch eine weitere Erwägung. Auch früher wäre uns ein Verlust von über 100000 schaffenskräftigen Menschen empfindlich gewesen. Heute trifft dieser Verlust an werbendem Kapital, das ohne Zinsen getragen zu haben, unserer Volkswirtschaft verloren geht, um so härter, weil er eine weitere Schmälerung unserer an sich schon überschmalen Existenzgrundlage bedeutet. Die Berufszählung von 1907, auf die wir bis zur Stunde noch zurückgreifen müssen, die aber, wie wiederholt sein mag, dem ungefähren heutigen Bevölkerungsstand entspricht, ergab 49 bzw. 48% der Bevölkerung als erwerbstätig. Die damalige Wanderung war nicht erwähnenswert und ist als natürliche weltwirtschaftliche Fluktuation zu kennzeichnen. Heute aber fehlen uns in den Reihen unserer Schaffenden nicht nur diese 100000 Menschen, sondern überdies die Millionen — vom Kriegsausbruch bis 1919 wurden etwa 1 $\frac{3}{4}$ Millionen Todesfälle von Militärpersonen registriert —, die der Krieg gemordet oder erwerbsunfähig gemacht hat.

Auf der schmal gewordenen Schaffensgrundlage steht ein überbreiter und hochgetürmter Lastenbau. Da sind die Kriegsverletzten und Hinterbliebenen, da sind die Reparationen und sonstigen Fremdenlasten. Da ist endlich der Wegfall jener Erleichterungen, die in Gestalt von werbenden Anlagen im Ausland, von Zinsansprüchen an das Ausland, von groß aufgezogenen Transportunternehmungen zu uns hereinkamen. Alle diese Ausfälle müssen von einer stark dezimierten und überdies geschwächten Produzentenschaft getragen werden.

So mag man ermessen, was dieser Auswanderungsausfall an Menschen, die zweifellos in der Mehrzahl zu den Schaffenstüchtigsten gehören (denn sonst würden sie den Mut zur Auswanderung in die schwierigen Verhältnisse, die gerade den Deutschen draußen erwarten, nicht aufbringen), für unsere Produktionskraft, das ist aber volkliche Regenerationskraft, bedeutet.

Die Bevölkerungsvorgänge in Deutschland seit 1841.

Tabelle VI (s. Seite 8).

Wir haben danach zu konstatieren: Unbedeutende Schwankungen bei der Eheschließungsziffer. Ein nicht unwesentliches Ansteigen nach Kriegsende 1871 (eine Erscheinung, die nach einem

Tabelle VI. Die natürliche Bevölkerungsbewegung im Deutschen Reich seit 1841.

Jahr bzw. Jahrfünft	a. Summe, b. auf 1000 Einwohner								a. Summe, b. von 100 der über- haupt Geborenen				Sterbefälle im ersten Le- bensjahr auf 100 Lebend- geborene
	Ehe- schließungen		Geborene einschließlich		Gestorbene oder Totgeborene		Überschuß der Geborenen über die Gestorbenen		Unehelich Geborene		Totgeborene		
	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	
1841—1845	276 344	8,22	1 282 649	38,15	925 540	27,54	357 109	10,61	136 435	10,64	49 783	3,88	—
1846—1850	275 515	7,89	1 293 226	37,03	1 009 419	28,92	283 867	8,12	142 235	10,97	50 646	3,91	—
1851—1855	270 704	7,53	1 293 899	36,01	1 026 533	28,55	267 366	7,45	141 937	10,96	51 453	3,98	—
1856—1860	298 420	8,09	1 386 167	37,57	1 001 274	27,16	384 893	10,41	166 312	11,98	57 048	4,11	—
1861—1865	325 287	8,38	1 489 193	38,40	1 067 772	27,53	421 421	10,87	180 599	12,13	60 995	4,10	—
1866—1870	347 767	8,64	1 575 201	39,12	1 179 955	29,31	395 246	9,81	171 870	10,92	63 731	4,04	—
1871—1875	392 744	9,43	1 686 514	40,48	1 242 600	29,85	443 914	10,63	152 192	9,05	67 263	3,99	24,4
1876—1880	345 439	7,84	1 801 263	40,86	1 223 109	27,74	578 154	13,12	157 795	8,76	70 826	3,93	22,7
1881—1885	354 716	7,70	1 772 128	38,49	1 252 684	27,21	519 444	11,28	165 030	9,31	67 387	3,80	22,6
1886—1890	380 867	7,90	1 825 428	37,90	1 242 256	25,80	583 172	12,10	169 965	9,31	66 140	3,62	22,4
1891—1895	404 338	7,96	1 906 874	37,52	1 246 774	24,54	660 100	12,98	174 609	9,16	62 806	3,29	22,1
1896—1900	457 353	8,40	2 021 341	37,16	1 220 911	22,43	800 430	14,73	183 552	9,08	64 819	3,21	21,3
1901—1905	470 483	8,04	2 074 252	35,43	1 228 703	20,98	845 549	14,45	175 503	8,46	63 626	3,07	19,9
1906—1910	498 819	7,94	2 048 713	32,61	1 161 586	18,49	887 127	14,12	180 727	8,82	60 609	2,96	17,4
1911	512 819	7,85	1 927 039	29,48	1 187 094	18,16	739 945	11,32	177 056	9,19	56 310	2,92	19,2
1912	523 491	7,91	1 925 883	29,12	1 085 996	16,42	839 887	12,70	183 857	9,55	56 247	2,92	14,7
1913	513 283	7,66	1 894 598	28,29	1 060 798	15,84	833 800	12,45	183 977	9,71	55 848	2,95	15,1
1914	460 608	6,79	1 874 389	27,65	1 347 103	19,87	527 286	7,78	183 914	9,81	55 793	2,98	16,4
1915	278 208	4,10	1 425 596	21,00	1 493 470	22,—	67 874	1,00	159 422	11,18	43 050	3,02	14,8
1916	279 076	4,12	1 062 287	15,69	1 330 857	19,65	268 570	3,97	117 677	11,08	32 803	3,09	14,0
1917	308 446	4,71	939 938	14,36	1 373 253	20,98	-433 315	-6,62	108 333	11,53	27 829	2,96	14,9
1918	352 543	5,43	956 251	14,73	1 635 913	25,20	-679 662	-10,47	125 253	13,10	29 438	3,08	15,8
1919	844 339	13,42	1 299 404	20,66	1 017 284	16,17	282 120	4,49	145 303	11,18	38 904	2,99	14,5
1920	894 977	14,48	1 651 593	26,73	985 235	15,94	666 358	10,78	188 050	11,39	52 306	3,17	13,1
1921	731 157	11,84	1 611 420	26,09	911 172	14,75	700 248	11,34	173 169	10,75	50 973	3,16	13,4
1922	681 891	11,12	1 450 893	23,66	927 304	15,12	523 589	8,54	157 002	10,78	46 678	3,22	13,0
1923	582 725	9,4	1 333 621	21,6	900 660	14,6	432 961	7,0	,	,	,	,	13,2

Jährl. Durchschnitt

∞

noch dazu siegreich beendeten Kriege selbstverständlich ist), dann ein Absinken, das erst in der Blütezeit industrieller Entwicklung (1896—1906) einem erneuten Ansteigen Platz macht. Darauf eine allmähliche kleine Reduktion der Eheziffer, ein steiles Abfallen in den Kriegsjahren, dem eine ebensolche Erhöhung nach Kriegsende vorübergehend folgt, denn schon das Jahr 1923 zeigt die Eheschließungsziffer kaum höher als den Friedensdurchschnitt, während die aus 46 Großstädten für das erste Halbjahr 1924 vorliegenden Daten ein erneutes und nicht unwesentliches Absinken dartun. Alles Erscheinungen, die nach Ursache und Wirkung so eng mit dem Zeitgeschehen verknüpft sind, daß sie einer Erläuterung nicht bedürfen. Wohl aber bedarf ein anderes der Erläuterung. Der Zivilstand und die Altersgliederung der Eheschließenden:

Tabelle VII.

	Durchschnittliches Heiratsalter der								
	Männer								
	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921
Ledige	27,48	27,42	27,24	27,70	28,11	28,67	29,03	28,57	28,26
Verwitwete . .	43,24	43,43	45,27	45,70	45,29	45,33	42,71	44,17	45,11
Geschiedene . .	39,41	39,11	39,88	41,19	41,30	41,45	39,70	39,14	39,23
ohne Rücksicht									
a. Familienstand	29,00	28,93	29,30	29,98	30,30	31,16	30,84	30,26	30,14
	Frauen								
	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921
Ledige	24,73	24,70	24,74	25,14	25,43	25,81	26,05	25,69	25,45
Verwitwete . .	40,36	40,36	41,18	39,85	37,34	36,50	34,63	35,65	37,01
Geschiedene . .	35,92	35,80	36,53	37,43	37,39	37,52	36,50	35,67	35,37
ohne Rücksicht									
a. Familienstand	25,68	25,70	26,06	26,42	26,61	27,14	27,26	26,90	26,76

Das durchschnittliche Heiratsalter hat sich erhöht, und zwar für die Männer in höherem Maße als für die Frauen. Das trifft sowohl für die Ledigen wie für die Verwitweten zu und findet seine natürliche Erklärung in dem Umstand, daß die Verworrenheit der Verhältnisse dem Entschluß zur Ehe nicht eben günstig ist. Die Steigerung, die trotzdem nach Kriegsende einsetzt, ist der selbstverständliche Rückschlag auf die Verminderung während der Kriegsjahre. Sie ist auch nur vorübergehender Art, da schon das Jahr 1923 mit 9,4 Eheschließungen aufs Tausend der Bevölkerung den Vorkriegsziffern angenähert ist. (Setzen wir 1913 gleich Hundert, so ergibt sich für 1923 die Zahl 121.) Die wirtschaftlichen Zustände

ermuntern nicht zur Eheschließung. So würde die Eheschließungsziffer noch wesentlich niedriger sein, wenn nicht ein Teil der Eheschließungen auf einer ganz anderen Grundlage als früher zustande käme. Ihre Wesenheit können wir am besten erkennen, wenn wir die Reichsangaben durch monographische Daten aus einer Großstadt ergänzen.

Tabelle VIII.

Tabellarische Übersicht der Bevölkerungsvorgänge in Frankfurt a. M. in den Jahren 1913/14 und 1920/23.

Jahr	Mittlere Bevölkerung	Zahl der Eheschließungen	‰ der Bevölkerung	Geburten					
				Summe	‰ der Bevölkerung	ehelich	‰ der Geburten überhaupt	unehelich	‰ der Geburten überhaupt
1913	440000	4205	9,56	8927	20,3	7543	84,5	1384	15,5
1914	445000	4264	9,58	8651	19,4	7267	84	1384	16,0
1920	462000	7249	15,7	9127	19,8	7761	85,	1366	15,0
1921	476000	5992	12,6	8185	17,2	7130	87,1	1055	12,9
1922	474000	6015	12,6	7163	15,1	6102	85,2	1061	14,8
1923	474500	4912	10,4	6249	13,2	5407	86,5	842	13,5

Jahr	Sterbefälle			Säuglingssterbefälle					
	ohne Totgeborene	‰	Überschuß d. Geborenen über d. Gestorbenen	Summe	‰ d. Geburten	ehelich	‰ der Geburten	unehelich	‰ der Geburten
1913	5132	11,66	8,64	1184	13,26	914	8,5	270	19,5
1914	5203	11,69	7,71	914	10,57	639	8,8	275	20,2
1920	6066	13,1	6,7	1100	12,0	724	9,3	376	27,5
1921	5212	11,0	6,2	848	10,4	590	8,3	258	24,4
1922	5581	11,8	3,3	767	10,7	530	8,7	237	22,3
1923	4974	10,5	2,7	538	8,6	352	6,5	186	22,1

Die Eheschließungsziffer steht fast auf Vorkriegsstand, die Zahl der Geburten fast um die Hälfte niedriger. Der Geburtenüberschuß ist gering und würde noch unbedeutender sein, wenn ihm nicht eine günstige Sterbeziffer gegenüberstände. Erschreckend hoch steht in diesem günstigen Bild die Sterbefrequenz der Unehelichen. Von ihr ist noch in anderem Zusammenhang zu reden.

Tabelle IX.

Bisheriger Zivilstand der Eheschließenden in Frankfurt M.

	Männer					Frauen				
	1912	1920	1921	1922	1923	1912	1920	1921	1922	1923
ledig . .	3878	6115	4923	5026	4085	4047	6418	5096	5208	4318
verwitwet	345	758	626	553	457	183	588	595	491	327
geschieden	143	376	443	436	376	136	243	301	316	267
	4366	7249	5992	6015	4912	4366	7249	5992	6015	4912

Die Zahl der verwitweten eheschließenden Frauen hat sich von 1912 auf 1920/21 mehr als verdreifacht. Das Jahr 1922 bringt eine Senkung, die bis zur Stunde anhält. Verdoppelt hat sich auch die Zahl der wieder heiratenden Geschiedenen, bei den Männern sogar verdreifacht. (Die hohe Zahl der Geschiedenen ist ein anderer Ausdruck für die Unüberlegtheit, mit der vielfach die Kriegsehen geschlossen wurden.) Die außerordentliche Erhöhung der Eheschließung von Verwitweten betrifft an erster Stelle Kriegerwitwen. Andererseits sind wirtschaftliche und soziale Gegebenheiten die Ursache der erhöhten Eheschließungsziffer der Verwitweten. In den Inflationsjahren waren Witwen am Heiratsmarkt sehr gesucht. Besonders dann und darum, weil sie im Besitze eines Mobiliars und einer Wohnung waren. Ferner (und damit erklärt sich auch ein Teil der Neuehen von verwitweten Männern) kam es vor, daß ältere verwitwete Leute sich zur ehelichen Gemeinschaft zusammenschlossen, um die Kosten der Lebenshaltung durch gemeinschaftlichen Haushalt zu verbilligen und für Freiwerdung einer Wohnung eine manchmal recht ansehnliche Prämie zu bekommen.

Die Geburtenfrage.

Indem wir dies feststellen, kommen wir zugleich zu höchst interessanten Aufschlüssen in bezug auf die Geburtlichkeit (vgl. Tab. IV). Im letzten Friedensjahr 1913 beläuft sich die deutsche Eheschließungsziffer auf 7,66 vom Tausend der Bevölkerung, die Geburten auf 28,29^{0/00}. In 1922 betragen die Eheschließungen 11,1, in 1923: 9,4^{0/00}, die Geburten in 1922 dagegen nur 23,6 und 1923: 21,6^{0/00}. Das Jahr 1913 gleich 100 gesetzt, kommen wir demnach in 1922 und 1923 auf 142 und 121 Eheschließungen, aber nur auf 85 bzw. 78 Geburten. Im Vergleich zu den Eheschließungen haben sich in den Jahren 1922 und 1923 die Geburten um 60 bzw. 64% vermindert. Woher kommt das? Man begegnet jeweils der Auffassung, daß ein Nachlassen der physiologischen Fruchtbarkeit die Geburtenminderung verschulde. Die allgemeine, durch das statistische Reichsamt nach genauen Methoden errechnete Fruchtbarkeitsziffer (vgl. Bd. 276 der Statistik des Deutschen Reiches: Die Bewegung der Bevölkerung in den Jahren 1914—1919 S. XXXV) ist zwischen den Jahren 1913 und 1918 auf 48,2% des Standes von 1913 zurückgegangen und zwar die eheliche auf 53,4, die uneheliche auf 56,4%. Das ist aber die Folge der Kriegszeit und wird durch die Jahre 1921 und 1922, deren Geburtlichkeit fast die Höhe des Vorkriegssatzes erreicht, ausgeglichen. Daß dann erneut eine

Senkung eintritt, die allem Anschein nach zur Dauererscheinung wird, ist nicht als Nachlassen der physiologischen Fruchtbarkeit anzusprechen. Ein Komplex anderer Ursachen trifft hier zusammen.

Da ist zuerst das große Fragezeichen der gewollten Abtreibung, des sogenannten kriminellen Abortes. Wer schlüssig über den wirklichen Stand der möglichen physiologischen Fruchtbarkeit aussagen wollte, der müßte in der Lage sein, die Zahl aller Konzeptionen, sowie Art und Umfang der gewollten Unterbrechung der Schwangerschaft festzustellen. Das aussprechen heißt die Unmöglichkeit der Beweisführung dartun. Nur ein Bruchteil der gewollten Unterbrechung der Schwangerschaft kommt überhaupt zur Kenntnis von Dritten. Von dem allgemeinen Gebrauch der Anwendung antikonzeptioneller Mittel gar nicht zu reden. So mag mit Fug ein Nachlassen des Zeugungswillens, nicht aber der Zeugungsmöglichkeit behauptet werden. Von allen diesen Dingen wird noch in anderem Zusammenhang zu sprechen sein. An dieser Stelle sollen einstweilen nur die einigermaßen feststellbaren Zusammenhänge erörtert werden. Da ist einmal die Geburtenminderung infolge Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten. Da ist ferner die von uns nachgewiesene Tatsache, daß viele Eheschließende höheren Alters sind und daher für die Fortpflanzung nicht in Betracht kommen. Und da ist endlich der wirtschaftliche geburtenmindernde Ursachenkomplex. Neben den Genußsüchtigen und Oberflächlichen, die zwar die Ehe, nicht aber das Kind wollen, stehen jene anderen, denen der Mangel an geeigneter Unterkunft den Kindersegen verbietet. Vielleicht wird in der großelterlichen Wohnung, in der das junge Paar Aufnahme fand, das erste, kaum je aber ein zweites und drittes Kind geboren, während die jungen Paare, die auf Fremdwohnung angewiesen sind, häufig überhaupt die Konzeption zu verhüten wissen. Man braucht einem deutschen Lesepublikum langatmige Beweise für diese geburtenmindernden Zusammenhänge nicht zu erbringen, da sie uns allen geläufig sind. Auch geht man nicht in der Annahme fehl, daß diese rückläufige Bewegung noch keineswegs abgeschlossen ist. Dafür sprechen Wirtschaftstatsachen mannigfacher Art. Die Nachwirkungen der Inflation, die zu Ende 1923 zerrüttende Formen angenommen hatte, die dann einsetzende, an sich begrüßenswerte, aber in ihren Augenblickswirkungen verhängnisvolle Stabilisierung der Mark riefen das Chaos hervor. Millionen von Menschen wurden arbeitslos oder mußten verkürzt arbeiten (vgl. Tab. XXVII), da die Festigung der Mark, auf einem über Weltmarktpreis hinausgehenden Standard, die deutsche In-

dustrie und den Handel, von einzelnen Markenartikeln abgesehen, automatisch vom Weltmarkt ausschloß. Gleichzeitig sank, als Folge der Arbeitslosigkeit, der geschäftlichen Zusammenbrüche und der Einkommensminderung weiter Schichten, sowie des noch eine Weile andauernden überhohen Preisstandes, die Kaufkraft des inneren Marktes auf ein Minimum. Das dauert zu einem nicht unwesentlichen Teil bis zur Stunde, wenn auch durch die mit dem Londoner Abkommen eingetretene Klärung gegründete Aussicht auf eine Besserung der Allgemeinlage gegeben ist. Im ganzen freilich liegen die Dinge der deutschen Wirtschaft und Politik so, daß auf absehbare Zeit mit dem Aufleben einer besonderen Geburtenfreudigkeit kaum zu rechnen ist. Die Tatsache des verlorenen Krieges und der damit auf uns gelegten Lasten ist nicht aus der Welt zu schaffen. Wir haben dem nichts gegenüber zu stellen als unsere Arbeitskraft. Aus ihr müssen wir uns selbst, unsere Nachkommenschaft und den Staat erhalten. Aus ihr müssen die Reparationen und der zu erwartende gewaltige Zinsendienst gedeckt werden. So werden wir auf Jahrzehnte hinaus die Lohnarbeiter der Welt sein müssen.

Alles das wird, wie bisher so auch in Zukunft, bestimmend auf Stand und Bewegung der Geburten einwirken.

Betrachten wir nunmehr die Geburtenfrage, und zwar zunächst in einem Vergleich mit dem Ausland. (Siehe Tab. X S. 14).

Im Jahre 1913 hatten wir eine Geburtenfrequenz von 28,29‰. Sie sank im Krieg auf 14,36 in 1917 und 14,73 in 1918, erhob sich 1920 auf 26,73, um 1922 auf 23,66 und 1923 auf 21,6‰ zu sinken. Ein Vergleich mit dem Ausland ergibt, daß mit Ausnahme von Frankreich, das 1913 eine Geburtenfrequenz von 18,8 und 1920 eine solche von 21,3‰ aufwies, alle übrigen europäischen Kriegsländer einen Geburtenrückgang gegen die Vorkriegszeit erkennen lassen. Selbst die neutralen Niederlande sind von 28,2‰ Geburten in 1913 auf 27,4 in 1921 zurückgegangen und auch Frankreich zeigt 1921 nur noch 20,7 und 1922 und 1923 nur 19,4 Geburten aufs Tausend. Auch ist hier die allerdings zahlenmäßig nicht ohne weiteres zu belegende Vermutung auszusprechen, daß das neuerliche Hinzukommen von Elsaß-Lothringen nicht ohne Einfluß auf die französische Geburtenfrequenz geblieben ist. Wie dem auch sei, im allgemeinen ist festzustellen, daß nicht einmal das Kriegsende den Wiedergewinn der Geburtenfrequenz der Vorkriegszeit gebracht hat, während z. B. in Deutschland nach 1870/71 die Geburtenfrequenz von 39,12‰ in 1866/70 auf 40,48 und 40,86 in den folgen-

Tabelle X.
Bevölkerungsbewegung des Deutschen Reiches im Ver-
gleich mit der des Auslandes von 1913—1921.
Verhältniszahlen,
Eheschließungen.

	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921
Deutsches Reich . . .	7,7	6,8	4,1	4,1	4,7	5,4	13,4	14,5	11,8
Österreich	6,7	7,2	4,5	4,4	4,8	6,6	12,3	13,5	12,6
Italien	7,5	7,0	5,1	2,9	2,7	3,0	8,8	14,0	10,8
Frankreich	7,6	4,9	2,1	3,2	4,7	5,3	14,3	15,9	11,7
Belgien	8,0	5,3	3,2	4,0	4,3	5,8	12,8	14,4	11,8
Niederlande	7,8	6,8	6,7	7,2	7,4	7,3	8,6	9,6	9,2
England und Wales .	7,8	7,9	9,7	7,4	6,9	7,7	9,9	10,1	8,5
Schottland	7,1	7,4	7,5	6,5	6,2	7,1	9,0	9,7	8,0
Irland	5,1	5,4	5,5	5,1	4,8	5,1	6,1	6,4	5,2

Geborene.

Deutsches Reich . . .	27,5	26,8	26,4	15,2	13,9	14,3	20,0	25,9	25,3
Österreich	29,7	23,3	18,4	14,7	13,9	14,1	18,0	22,4	23,6
Italien	31,7	31,1	30,5	24,0	19,5	17,9	21,2	31,8	28,0
Frankreich	18,8	17,8	11,6	9,4	10,4	12,2	12,8	21,3	20,7
Belgien	22,4	20,4	16,1	12,9	11,3	11,3	16,3	22,1	21,8
Niederlande	28,2	28,2	26,2	26,5	26,0	24,8	24,2	28,4	27,4
England und Wales .	24,1	23,8	21,9	20,9	17,8	17,7	18,5	25,5	22,4
Schottland	25,8	26,1	23,9	22,8	20,1	20,2	21,7	28,1	25,2
Irland	22,8	22,6	22,0	20,9	19,7	19,8	20,0	22,2	20,2

Gestorbene.

Deutsches Reich . . .	15,0	19,0	21,4	19,2	20,5	24,7	15,6	15,1	13,9
Österreich	20,3	18,1	21,3	20,9	22,9	26,4	20,3	19,0	16,9
Italien	18,7	17,9	22,3	23,3	26,2	35,4	19,0	18,8	16,1
Frankreich	17,8	27,4	26,5	24,3	21,8	29,0	19,2	17,2	17,7
Belgien	14,6	14,1	13,1	13,1	16,3	20,8	15,0	13,8	13,8
Niederlande	12,3	12,7	12,4	12,9	11,1	17,1	13,2	12,0	11,1
England und Wales .	13,8	14,0	15,7	14,4	14,4	17,6	13,7	12,4	12,1
Schottland	15,5	15,5	17,1	14,6	14,3	16,0	15,4	14,0	13,6
Irland	17,1	16,3	17,6	16,3	16,6	17,9	17,6	14,8	14,2

Mehr Geborene als Gestorbene.

Deutsches Reich . . .	12,4	7,8	-1,0	-4,0	-6,6	-10,5	+4,5	10,8	11,4
Österreich	9,4	5,2	-2,9	6,2	-9,0	-12,3	+2,4	3,4	6,7
Italien	13,0	13,1	8,2	0,7	-6,7	-17,5	+2,2	13,0	11,4
Frankreich	10,0	9,6	14,9	14,9	11,4	-16,8	-6,4	+4,1	3,0
Belgien	7,8	6,3	3,0	-0,2	5,0	-9,5	+1,3	8,3	8,0
Niederlande	15,9	15,8	13,8	13,6	12,9	7,7	11,0	16,4	16,3
England und Wales .	10,3	9,8	.	.	.	0,1	4,8	13,1	10,3
Schottland	10,0	10,6	6,8	8,2	5,8	4,2	6,3	14,1	11,7
Irland	5,7	6,3	4,4	4,6	3,1	1,9	2,4	7,4	6,0

den Jahrfünften stieg. Wir haben an den deutschen Ziffern für 1923 gesehen, daß diese rückläufige Bewegung anhält. Dasselbe bekunden die für das erste Halbjahr 1924 vorliegenden Daten aus 46 deutschen Großstädten. So müssen wir auch weiterhin mit der Minderung der Geburten rechnen.

Geburtlichkeit und Altersaufbau.

An dieser Stelle drängt sich eine Zwischenfrage auf: Ist dieser fortgesetzte Geburtenrückgang bedrohlich? Umschließt er oder muß er umschließen ein Nachlassen oder Aufhören des Lebenswillens, der Lebenserwartung und der Schaffenskraft eines Volkes? Oder darf man annehmen, daß er durch andere Momente, wie Rückgang der Sterblichkeit, Erhöhung der Zahl innerhalb der schaffenskräftigen Altersklassen ausgeglichen und überausgeglichen werden kann? Lassen wir wiederum die Zahlen sprechen. Besonders lehrreich sind in diesem Zusammenhang die russischen.

Tabelle XI.

Bevölkerungsentwicklung in 1922 und 1923 in Verhältniszahlen ‰.

	Heiratsziffer					Geburtenziffer				
	Deutschland	Frankreich	Großbrit.	Irland	Rußland	Deutschland	Frankreich	Großbrit.	Irland	Rußland
1913	7,7	7,5	7,7	5,1	.	27,5	18,7	24,3	22,8	.
1918	5,4	5,3	8,4	5,1	.	14,3	12,2	19,8	19,8	.
1919	13,4	14,3	9,9	6,1	.	20,2	12,8	19,2	20,0	.
1920	14,5	15,9	10,1	6,0	20,1	25,9	21,3	25,8	22,2	31,9
1921	11,8	11,7	8,4	5,2	17,2	25,3	20,7	22,7	20,2	37,2
1922	11,1	9,8	7,8	.	18,2	22,9	19,4	20,8	.	35,5
1923	9,4	9,1	.	.	.	20,9	19,4	.	.	.

	Sterbeziffer					Geburtenüberschuß				
	Deutschland	Frankreich	Großbrit.	Irland	Rußland	Deutschland	Frankreich	Großbrit.	Irland	Rußland
1913	15,0	17,6	14,0 ¹⁾	17,1	.	12,4	1,1	10,3	5,7	.
1918	24,8	29,0	18,0	17,9	.	-10,5	-16,8	1,9	1,9	.
1919	15,6	19,2	13,9	17,6	.	4,5	-6,4	5,3	2,4	.
1920	15,1	17,2	12,6	14,8	42,6	10,8	4,1	13,2	17,4	-10,7
1921	13,9	17,6	12,3	14,2	31,1	11,4	3,0	10,5	6,0	6,2
1922	14,4	17,7	13,0	.	38,8	8,5	1,8	7,8	.	-3,3
1923	13,9	17,0	.	.	.	7,0	2,4	.	.	.

¹⁾ Ohne Berücksichtigung der Militärsterbefälle.

Aus Tabelle XI geht hervor, daß dasselbe Rußland, das 1920 mit 31,9⁰/₁₀₀ Geburten an der Spitze der Geburtlichkeit steht, im gleichen Jahr eine Sterblichkeit von 42,6⁰/₁₀₀ und daher einen Bevölkerungsrückgang von 10,7⁰/₁₀₀ aufweist. Freilich muß man einen Teil dieses Absturzes auf Rechnung der ganz besonders fragwürdigen wirtschaftlichen und politischen russischen Zustände des Jahres 1920 setzen. Aber auch im folgenden Jahr 1921 und in 1922 sehen die Ziffern nur wenig tröstlicher aus: Geburtenfrequenzen von 37,2 und 35,5⁰/₁₀₀, Sterbeziffern von 31 und 38,8⁰/₁₀₀. Wie ungesund das ist, sei durch eine Überlegung klar gemacht: Eine im Sonderkatalog für die Gruppe Statistik (der wissenschaftlichen Abteilung der internationalen Hygieneausstellung, Dresden 1911, Graphische Darstellung Nr. 8) mitgeteilte „Figürliche Darstellung des Altersaufbaues der Bevölkerung in den europäischen und verschiedenen außereuropäischen Staaten nach den letzten Volkszählungen“ zeigt in 41 Diagrammen, daß die größten Geburtenfrequenzen keineswegs mit den auch nur relativ größten Volkszahlen gleichbedeutend sind, und daß manchmal große Geburtenfrequenzen zusammen mit außerordentlich ungünstigem Altersaufbau der Bevölkerung vorkommen. So finden wir, daß in den Ländern mit hoher Geburtenfrequenz (Bulgarien, Serbien, Rußland, Ägypten) die mittleren, d. h. aber für die produktive Arbeit wichtigsten Altersklassen von 20—40 Jahren nicht stärker besetzt sind als in kinderarmen Ländern (Frankreich, Irland, Elsaß-Lothringen, Schweiz und Schweden). Die weitaus stärkere Besetzung der jüngeren (nicht produktiven) Altersklassen in den kinderreichen Ländern wird durch die weitaus höhere Sterblichkeit der Kinder und Jugendlichen so sehr um jede Wirkung gebracht, daß als Rechnungsabschluß die betrübliche Tatsache bestehen bleibt, daß die kinderreichen Länder mit hoher Kindersterblichkeit pro Kopf der produktiven Altersklassen viel höhere Spesen haben, als die Länder, die zwar weniger Kindersegen, aber auch weniger Menschenverluste aufweisen. Frankreich, das in seinem Altersaufbau einen besonders gesunden Eindruck macht und nach Schnapper-Arndt (Sozialstatistik) in den 90er Jahren mit einem Durchschnittsalter von 29 Jahren um 5 Jahre Deutschland und um 7,1 Jahre die Vereinigten Staaten übertrifft, hat eine niedrigere Geburtenfrequenz als irgend ein anderes Land. Von 1872 bis 1911 ist seine Bevölkerung von 36 102 921 auf 39 601 509 oder um 3,5 Millionen gestiegen (Fernau, Frauenbewegung und Bevölkerungsproblem in Frankreich, in „Die Frauenbewegung“, Jahrg. 18, August 1912). In

diesem Zuwachs sind aber noch 125000 Einwanderer enthalten. Noch niedriger als die Geburts- sind aber, mit Ausnahme der letzten Jahre, die Sterberaten, so daß Frankreich in der Besetzung der Altersklassen zwischen 20 und 30 Jahren, ausgerechnet auf das 1000 der in der betreffenden Altersklasse stehenden Bevölkerung, nur um ein Geringes hinter Deutschland und England, in der Altersklasse zwischen 30 und 40 Jahren hinter keinem Lande zurücksteht, während die Altersklassen vom 40. Jahre aufwärts in Frankreich stärker besetzt sind, als in irgend einem anderen Lande. Frankreich kommen also seine produktiven Menschen weitaus billiger zu stehen. Es genießt ferner die Vorteile einer starken Besetzung der für das produktive Schaffen ertragreichsten Jahre zwischen 20 und 45 bis 50. Das sind aber die Jahre, in denen der Mensch der Gemeinschaft die auf ihn verwandte Sorge, die für ihn gemachten Aufwendungen mit Zins und Zinseszins zurückbezahlt bzw. zurückzahlen kann. Deshalb ist es das für die volkswirtschaftliche Bilanz Wesentliche eine Bevölkerungspolitik zu betreiben, bei der die unnütze Sterblichkeit, aber auch das unnütze Geborenwerden tunlichst gemindert und die stärkere Besetzung der produktiven Altersklassen erreicht wird.

Als den Gegenpol Frankreichs haben wir Rußland kennen gelernt. Rußland, das zwischen 1896/1900 einer Geburtenfrequenz von $49,7\text{‰}$ nur einen Überschuß von $17,1\text{‰}$ entgegenzusetzen hatte und von dem Brentano („Die Malthuslehre und die Bevölkerungsbewegung der letzten Dezennien“, Abhandlungen der Königl. Bayr. Akad. d. Wissensch. Bd. 24, 3. Abt.) mit leider nur zu viel Recht schreiben darf: „Aber welch furchtbare Verschwendung von Kraft und Vermögen bedeutet es, wenn von 49,7 Kindern, die in Rußland auf 1000 Einwohner geboren werden, mehr als ein Viertel vor Vollendung des ersten Lebensjahres stirbt. Welch bejammernswerten Zustand der Frauen bedeutet nicht diese Geburtenziffer, welch entsetzliches Elend der Familien und welche Vernachlässigung der heranwachsenden Generation diese Säuglingssterblichkeit! Jene verschwenderische Art, Menschenleben zu rufen und fortzuwerfen, ist nicht nur die Folge des tiefen Kulturzustandes des russischen Volkes, sondern auch die Ursache seiner weiteren elenden Lage, und dasselbe gilt für die übrigen Völker mit hoher Geburtenziffer und hoher Säuglingssterblichkeit. Ein Volk, das seinen Zuwachs auf diese Weise erzielt, wird nie zum Herrenvolk aufsteigen. Ganz anders, wo ein Volk den gleichen Bevölkerungszuwachs bei niedriger Geburtenziffer, aber noch geringerer Sterbeziffer aufweist. Nur

da kann eine Rasse sich zu dem Herrenvolk entwickeln, das jenen Völkern gebietet, deren Zunahmeverhältnis nur durch die Momente, die auch das Tier bestimmen, beherrscht wird.“

Wie sich Altersaufbau und Produktivkraft bei uns in Deutschland gestaltet haben, geht aus einer außerordentlich lehrreichen Abhandlung im Reichsarbeitsblatt (Jahrg. 9, Nr. 5, S. 379ff.: „Die Lebensdauer der deutschen Bevölkerung und ihre Verlängerung in den letzten 30 Jahren“) hervor, der wir die folgenden Angaben entnehmen: „Im Deutschen Reich entfielen

im Jahre 1875	auf je 1000 Lebende	29	Sterbefälle
„ „ 1885	„ „ 1000	27	„
„ „ 1895	„ „ 1000	23	„
„ „ 1905	„ „ 1000	21	„

Aber diese Sterbeziffern geben kein vollständig zuverlässiges Maß für die Sterblichkeit. Die Sterblichkeit der frühesten Jugend und des hohen Alters bewirkt, daß Bevölkerungen, die viele Kinder und viele hochbetagte Personen enthalten, eine hohe Sterbeziffer und solche Bevölkerungen, die viele Personen des mittleren Alters enthalten, eine niedrige Sterbeziffer aufweisen, ohne daß die Sterblichkeit der ersteren Bevölkerung eine größere zu sein braucht, als die der letzteren. (Eine volkswirtschaftlich teurere ist sie jedenfalls.)

„Für die gesamte deutsche Bevölkerung liegen bisher 3 Absterbeordnungen vor. Die von 1871 bis 1880 ergab für das männliche Geschlecht eine mittlere Lebensdauer von 35,58 Jahren, die von 1881 bis 1890 von 37,17 und die von 1891 bis 1900 von 40,56 Jahren. Die entsprechenden Zahlen für das weibliche Geschlecht sind etwas höher, nämlich 38,45; 40,25 und 43,97 Jahre. Die mittlere Lebensdauer hat im Laufe von 20 Jahren, von der Mitte der 70er bis zur Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts bei dem männlichen Geschlecht um 5 Jahre, bei dem weiblichen um 5½ Jahre zugenommen.

Trotz dieser beträchtlichen Erhöhung der Lebensdauer steht Deutschland noch immer hinter den meisten europäischen Kulturstaaten zurück. In Schweden, dessen Bevölkerung sich allerdings durch besonders günstige Verhältnisse auszeichnet, beträgt die mittlere Lebensdauer des männlichen Geschlechts 50,94 und des weiblichen 53,63 Jahre, sie ist also um volle 10 Jahre höher als im Deutschen Reich. Um etwa 5 Jahre überragen noch Belgien und die Niederlande, um etwa 4 Jahre Frankreich und England Deutschland in den Werten der mittleren Lebensdauer. Nur in

Österreich und Italien ist die mittlere Lebensdauer geringer als in Deutschland. Der Grund, weshalb Deutschland noch in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts beträchtlich hinter anderen Kulturstaaten zurückblieb, liegt in seiner bedeutenden Kindersterblichkeit. Die Versuche im Deutschen Reich die Sterblichkeit des frühesten Kindesalters herabzumindern, gehören der neueren Zeit an und werden erst in den Absterbeordnungen des 20. Jahrhunderts zum Ausdruck kommen.

Die Erhöhung der Lebensdauer bedingt auch eine Erhöhung der produktiven Kraft eines Volkes. Um diese Wirkung deutlich zu erkennen, ist es nötig, die Zeit zu ermitteln, die innerhalb der produktiven Jahre vom Schlusse des 15. bis zum Schlusse des 60. Lebensjahres durchschnittlich durchlebt wird. Würde niemand in diesen Jahren sterben, so würden alle Personen, die das 15. Lebensjahr vollendet haben, bis zum Schlusse ihres 60. Lebensjahres 45 Jahre durchleben. Da aber der Tod einen Teil von ihnen vor dem 60. Jahre dahinrafft, wird die durchschnittlich durchlebte Zeit geringer als 45 Jahre sein. Für das Deutsche Reich folgt aus der Absterbeordnung der 90er Jahre, daß eine 15 Jahre alte männliche Person durchschnittlich 37,92 Jahre innerhalb der Altersgrenze von 15—60 Jahren durchlebt, d. h. also im ganzen 37,92 Jahre produktiv tätig ist. Von den 45 produktiven Jahren gehen also 7,08 Jahre verloren. Für England ergeben sich 37,91, für Frankreich 37,26, für Belgien 38 Jahre. Schweden weist 38,53 und die Niederlande 38,65 Jahre auf. . . . Der Unterschied der Kulturstaaten ist also bezüglich der mittleren Lebensdauer zwischen dem 15. und 60. Lebensjahre nur gering. Für das weibliche Geschlecht ergeben sich in allen Staaten um $\frac{1}{2}$ — $\frac{3}{4}$ Jahr höhere Werte.

Diese volkswirtschaftlich interessante Zahl hat sich im Deutschen Reiche während der letzten zwei Jahrzehnte nicht unwesentlich erhöht. Nach der Absterbeordnung der 70er Jahre betrug sie 36,19 Jahre. Sie ist also in zwei Jahrzehnten um $1\frac{3}{4}$ Jahre gewachsen. Erwägt man, daß im Deutschen Reiche in jedem Jahr etwa 120000 Personen das 16. Lebensjahr beginnen, so läßt sich ermessen, wie groß der Vorteil ist, wenn jede dieser Personen durchschnittlich $1\frac{3}{4}$ Jahre länger der wirtschaftlichen Tätigkeit erhalten bleibt. Es bedeutet einen Gewinn von rund 2 Millionen Lebensjahren für jede Generation. Ist diese Besserung unserer Sterblichkeitsverhältnisse wenigstens zum Teil unserer sozialen Gesetzgebung zuzuschreiben, so kann der Gewinn von

2 Millionen Arbeitsjahren wohl als ein schöner Lohn für die Kosten und Mühen, die die Durchführung der Gesetze verursachen, angesehen werden.“

Auch der Altersaufbau zwischen 1910 und der ersten am 8. Oktober 1919 stattgehabten Volkszählung nach dem Krieg macht einen durchaus gesunden Eindruck. In die Zeit zwischen 1910 und 1919 fallen die vier Kriegsjahre. So muß eine Würdigung der bezüglichen Ergebnisse diesen Umstand berücksichtigen (vgl. Statistik des Deutschen Reiches Bd. 276, S. V). Die Kriegseinflüsse bedingen eine gegen 1910 stark geschmälerte Geburtenbasis und beträchtliche Lücken bei den Männlichen von 20—40 Jahren. Wir werden daher gut daran tun, bei Beurteilung des natürlichen Altersaufbaues der Bevölkerung die Weiblichen heranzuziehen. Wir können das um so eher verantworten, als sich vor dem Krieg der Überschuß der Frauen im Alter von 15—45 Jahren auf 52000, nach der Zählung von 1919 und unter Abzug der 40000 damals noch Kriegsgefangenen auf 1792000 belief. So zeigt im Jahr 1919 die weibliche Seite eine stärkere Besetzung der Altersklassen von 18—63 als 1910 und auch die Altersstufen der Männlichen von 40—63 sind 1919 stärker besetzt als 1910. So mag man (vom Krieg und seinen Folgeerscheinungen abgesehen) mit Recht unterstellen, daß eine mir bis jetzt noch nicht vorliegende Absterbeordnung des 2. Jahrzehntes des 20. Jahrhunderts die Tendenz zur weiteren Verstärkung der Besetzung der produktiven Altersklassen und damit eine Erhöhung der Produktivkraft nachweisen wird.

Alle diese Berechnungen erbringen den schlüssigen Beweis, daß das Schwergewicht volkswirtschaftlicher, das ist aber auch volklicher Prosperität bei den produktiven Altersklassen liegt. Der besonnenen Sozialpolitik muß es daher darum zu tun sein, diese Altersklassen zu mehren, zu kräftigen, in ihrer Leistungsfähigkeit zu steigern und zu verlängern. Eine wichtigste Aufgabe in dieser Richtung ist — das haben unsere Zahlen und Tatsachenreihen dargetan — eine Regelung der Geburten und der ganzen Bevölkerungspolitik in einer Weise, die es zwar nur auf einen mäßigen Geburtenüberschuß absieht, es sich dafür aber angelegen sein läßt, alle Bedingungen zum gesunden Geborenwerden, wie zur gesunden und die Lebenstüchtigkeit verbürgenden Aufzucht zu schaffen.

Nicht auf die Zahl der Geburten, sondern auf die „Wohlgeborenheit“, auf die Zahl der gesunden Überlebenden kommt es an, auf die durch eine vernunftgemäße Beschränkung der Geburtenzahl zu erwartende innere Gesundung und Ertüchtigung des Volkstums.

Ferner auf die durch Einschränkung der Sterbeziffern und der in ihnen gegebenen unnützen Ausgaben zu machenden Ersparnisse bei der Menschengaufzucht.

Man wird einwenden, daß das auf Kosten der Geburtlichkeit, das sei aber der Zukunftserwartung unseres Volkes geschehe. Erinnern wir uns des französischen Beispiels. Frankreich hat auf 39,5 Millionen Einwohner 8—9 Millionen unter 15 Jahren. In Deutschland kamen 1910 auf 65 Millionen Einwohner 22 Millionen unter 15 Jahren. So obliegt in Frankreich 4, in Deutschland aber 2 Personen die Sorge für ein Kind. Und dies, obwohl, wie wir gezeigt haben, Frankreich in der Besetzung der produktiven Altersklassen keineswegs hinter Deutschland zurücksteht und noch günstiger abschneiden würde, wenn nicht die Mängel der Sozialpolitik und sozialen Staatsfürsorge, zusammen mit der zu einem Teil recht unhygienischen Lebensweise (Alkoholismus, Prostitution) die Gesamtlage ungünstig beeinflussen.

So ist z. B. in Frankreich im Gegensatz zu den andern kriegsführenden Ländern die Nachkriegsterblichkeit nicht niedriger als vor dem Krieg. Sie steht 1913 auf 17,6, 1920 auf 17,2, 1921 auf 17,7, 1922 auf 17,6 und 1923 auf 17,0. Die Geburtlichkeit steht mit 19,4‰ noch etwas höher als 1913. Der Überschuß der vor dem Krieg im Durchschnitt von 10 Jahren 40000 betrug, stellte sich 1920 auf 144000 und 1921 noch 100139. In 1922 für das alte Gebiet nur noch 57053 und einschließlich Elsaß-Lothringen 70579. Aber auch in Elsaß-Lothringen ist der Überschuß von 15113 in 1913 auf 13526 in 1922 gesunken. Bei genügender Geburtlichkeit stark sinkende Überschußraten. Alles in allem ein Beweis für eine Bevölkerungspolitik, die es an hygienischer Prophylaxe fehlen läßt.

Eine unvoreingenommene Betrachtung wird daher in der in Deutschland beobachteten Senkung der Geburtenziffer keine Gefahr erblicken. Selbst für den Fall, daß die Überschußgrenze sich noch beträchtlich nach unten verschieben sollte.

Nach den Ermittlungen des Berliner Arztes Hamburger würden 3—4 Konzeptionen, die etwa 2 Überlebenden entsprechen, genügen, um die Zahl der Überlebenden in maßvollem, verständigen Fortschritt zu erhalten.

Die Frage ist zu kompliziert, um auf Grund auch noch so sorgfältiger Einzeluntersuchungen entschieden zu werden. Indessen scheint die Zahl Hamburgers schon darum zu niedrig gegriffen, weil ja auch die sterilen Ehen und die nicht unbeträchtliche Zahl der dauernd Ehelosen bevölkerungsmindernd ins Gewicht

fallen. So müssen wir weitere Forschungen und Feststellungen auf diesem Gebiete den Berufenen anheimgeben. (Vgl. dazu auch die ausgezeichnete Arbeit von Oth: „Induktives und Deduktives zum Bevölkerungsproblem“, Conradsche Jahrbücher für Nationalökonomie, 3. Folge, 43. Bd., 1912, S. 442ff.)

Ohne uns daher diese ärztliche Auffassung vorbehaltlos zu eigen zu machen, können wir als gegeben annehmen, daß selbst bei weiterem Sinken der deutschen Geburtenrate kein Grund zu rasse- und bevölkerungspolitischer Besorgnis gegeben ist.

Unsere Untersuchungen haben uns vielmehr die tröstliche Gewißheit gegeben, daß wir noch auf lange Frist (Würzburger schätzt sie in seinem allerdings vor dem Krieg erschienenen „Ist die Besorgnis über den Geburtenrückgang begründet?“ vorsichtig und bei gleichbleibender Abnahme des Geburtenüberschusses auf 150 Jahre, nach welcher Zeit erst ein Stillstand der Bevölkerung zu erwarten wäre) mit einem durchaus genügenden Bevölkerungszuwachs rechnen können.

Sterblichkeit, Geburtenfrage und Geburtenüberschuß.

Eine der eigentümlichsten Erscheinungen der Nachkriegszeit ist die Senkung der Sterblichkeit. Nachdem sie in dem fürchterlichen Grippejahr 1918 auf 25,2‰ emporgeschnellt war, fiel sie in 1920 auf 15,94 und 1921 auf 14,75, also unter den bisher niedrigsten Stand von 15,84‰ in 1913. Man geht wohl nicht fehl, wenn man das dann folgende leichte Ansteigen auf 15,12‰ im Jahr 1922 mit auf Rechnung politischer Vorgänge (Kapp-Putsch, Rathenau-mord usw.) und der damit einsetzenden innen- und außenpolitischen Verwirrung und reihend der wachsenden wirtschaftlichen Bedrängnis setzt. 1923 sinkt die Sterblichkeit mit 14,6‰ auf 93% des Standes von 1913. Im ganzen also seit Kriegsende eine dauernde Verminderung der Allgemeinsterblichkeit.

Die Sterbekurven des europäischen Auslandes sagen dasselbe aus. In sehr übler Weise sticht überall das Jahr 1918 hervor, in dem die Grippe als ein Würgeengel durch die europäischen Lande ging. Aber von solchen Seuchen und Epidemien oder von den Folgen abnormer Witterungsverhältnisse abgesehen (man erinnere sich an die Sterblichkeitsmehrung im Jahr der Dürre 1911) steht die europäische Welt im Zeichen gesünderer Bevölkerungsverhältnisse. Allzu optimistisch darf man freilich schon darum nicht sein, weil der günstige Nachkriegszustand zum Teil mit den

sinkenden Geburtenraten und der damit einhergehenden Senkung der Säuglingssterbeziffer zusammenhängt. Andererseits aber eine Folge der Kriegsauslese und des großen Sterbens in 1918 ist. Es wird von diesen Dingen noch an anderer Stelle zu reden sein, während wir hier unsere deutschen Verhältnisse noch etwas mehr in das Licht vergleichender Auslandsbetrachtung rücken wollen.

Tabelle XII.

Von 1800—1900 entfiel auf das Tausend der Bevölkerung eine jährliche durchschnittliche Zunahme in:

Deutsches Reich	8,4	Irland und Farör	9,7
Österreich	6,4	Norwegen	5,7
Italien	5,8	Schweden	9,4
Schweiz	6,4	Finnland	7,9
Frankreich	3,7	Rußland	10,0
Monaco, Andorra	7,2	Galizien und Bukowina	7,8
Spanien	4,8	Ungarn	6,6
Portugal	6,2	Bosnien und Herzegowina	4,7
England mit Wales	12,5	Rumänien	7,7
Irland	9,9	Serbien	10,2
Gibraltar, Malta.	2,1	Griechenland	9,2
Luxemburg	8,4	Montenegro	2,4
Belgien	3,9	Türkei und Bulgarien	3,0
Niederlande	8,0		
Dänemark	8,8	Europa überhaupt	7,4

Tabelle XIII.

Die Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme betrug in ‰

	1871/81	1881/91	1891/1901	1901/11	1911/21	1871/1921
Deutsches Reich	10,8	9,5	14,3	14,9	— 4,4	52,4
Frankreich	3,9	2,0	1,6	1,6	— 1,0	8,3
Großbr. m. Irland	10,7	8,2	9,9	8,9	+ 4,4	49,6
Europ. Rußland	15,1	14,1	14,8	16,0	— 12,9	52,3

1923 in Frankreich in 1000: 357 Eheschließungen, 762 Geburten, 667 Sterbefälle, 95 Überschuß.

Von 1800—1900 nahm die Bevölkerung von Frankreich, England, Deutschland, Österreich, Rußland und den Vereinigten Staaten von 131 auf 370 Millionen, das ist also um 239 Millionen, zu.

Seit 1890 etwa und teilweise noch früher hat nun nicht nur in Deutschland, sondern fast überall bei noch wachsendem Geburtenüberschuß eine rückläufige Bewegung der Geburtenrate eingesetzt. Eine gute bezügliche Übersicht teilt Brentano mit (siehe Tabelle S. 24).

Tabelle XIV.

Auf Tausend der mittleren Bevölkerung kamen durchschnittlich jährlich

	1841/50			1851/50			1871/75			1891/95			1901/05		
	Geborene	Gestorbene	Natürlicher Zuwachs	Geborene	Gestorbene	Natürlicher Zuwachs	Geborene	Gestorbene	Natürlicher Zuwachs	Geborene	Gestorbene	Natürlicher Zuwachs	Geborene	Gestorbene	Natürlicher Zuwachs
Deutsches Reich	36,1	26,8	9,3	35,3	26,4	8,9	38,9	28,2	10,7	36,3	23,3	13,0	34,8	19,9	14,9
Frankreich	27,3	23,2	4,1	26,1	23,7	2,4	25,5	24,9	0,6	22,6	22,3	0,3	21,3	19,5	1,8
England und Wales	32,6	22,4	10,2	34,1	22,2	11,9	35,5	22,0	13,5	30,5	18,7	11,8	28,1	16,0	12,1
Niederlande	33,0	26,2	6,8	33,3	25,6	7,7	36,1	25,5	10,6	33,0	19,6	13,4	31,6	16,4	15,2
Schweden	31,1	20,6	10,5	32,8	21,7	11,1	30,7	18,3	12,4	27,5	17,0	10,5	.	.	.
Europ. Rußland	50,8	36,5	14,3	46,5	36,1	10,4	.	.	.
Österreich-Ungarn	38,7	37,3	5,4	38,2	30,8	7,4	39,5	32,7	6,8	37,5	27,9	9,6	.	.	.
Ungarn	42,7	45,4	-2,7	41,6	31,8	9,8	37,2	26,2	11,0
													1900/03		
Australien	37,3	15,2	22,1	31,5	12,7	18,8	26,3	11,9	4,4
				1861/70									1896/1900		
Mexico	40,9	16,1	24,8	21,1	14,7	6,4	34,4	32,1	2,3			

Lassen die Aufstellungen von Tabelle XII erkennen, daß eine dauernde Völkervermehrung im Tempo des XIX. Jahrhunderts ein allen natürlichen Fruchtbarkeitsgesetzen (Anpassung der Pflanzen- und Tierwelt an den vorhandenen Nahrungsspielraum und automatische Regulierung in dieser Richtung; vgl. dazu: Kautsky, Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft, Stuttgart 1910) zuwiderlaufender und aus noch zu erörternden Gründen wenig wünschbarer Vorgang wäre, so macht Tabelle X und XIV ersichtlich, daß es vor allem die weitere Herabminderung der Sterblichkeit ist, die not tut. Rußland, von dessen schlechtem Stand in der Nachkriegszeit bereits die Rede war (vgl. Tab. XI), mit seinen hohen Geburtenziffern hat im Jahre 1901—05 einen etwas kleineren Geburtenüberschuß als Schweden, das um 10 pro Mill. hinter der Geburtenziffer Rußlands zurückbleibt. Da in Schweden die Sterblichkeit nicht halb so hoch ist wie in Rußland, bedeutet das, daß Schweden seine Menschen um etwa 90% billiger zu stehen kommen als Rußland. Am besten schneidet Australien ab, das trotz des Herabgehens der Geburtenfrequenz von 40,9^{0/00} im Jahre 1851/60 auf 26,3^{0/00} im Jahre 1901—05 in der letztgenannten Periode einen Zuwachs von 14,4^{0/00} aufweist.

Auch in Frankreich ist es nicht so sehr die niedrige Geburten- als die hohe Sterberate, die den Bevölkerungsstand in besorgnis-erregender Weise beeinflußt. Es sind die schlechten hygienischen Zustände und unhygienischen Lebensgewohnheiten, die sich dort einmal in der großstädtischen und zum andern in der stagnierenden agrarischen Bevölkerung auswirken.

Angesichts des Umstandes, daß bei uns Sozialstatistiker von Rang gerade in der wachsenden Verstädtlichung Deutschlands und der Zurückdrängung des agrarischen Elementes eine besondere Gefährdungsmöglichkeit erblicken, muß auf diese französische Sachlage etwas näher eingegangen werden. Da finden wir denn, daß in Frankreich in den Departements mit industriellem Charakter die Geburtenhäufigkeit nur unerheblich gesunken, in Seine inférieure sogar gestiegen, in agrarischen Departements aber gefallen ist (Brentano a. a. O.).

In 1913 wurden in den Departements Seine, Seine et Marne, und Seine et Oise 96690 Kinder geboren. 1921 waren es 104393, aber 1922 nur noch 95535.

Dasselbe können wir übrigens auch bei uns beobachten. Nach den mir vorliegenden Zahlen von 1905 finden wir unter den Gebieten

Tabelle XV.

mit hohem Geburtenüberschuß		mit geringem Geburtenüberschuß	
Westfalen	22,2 Prom.	Berlin	8,3 Prom.
Posen	19,8 „	Mecklenburg-Strel.	8,6 „
Rheinpfalz	18,4 „	Mecklenburg-Schwerin	10,1 „
Rheinland	18,2 „	ElsaßLothringen	10,1 „
Westpreußen	18,1 „	Hohenzollern	10,4 „
Oldenburg	17,5 „	Brandenburg	10,5 „
Lippe	17,0 „	Hamburg	10,5 „
Sachsen-Meiningen	16,2 „	Waldeck	10,7 „
Schwarzb.-Rudolstadt	14,8 „	Ostpreußen	12,2 „
Schleswig-Holstein	14,7 „	Bayern r. d. Rh.	12,3 „
Königreich Sachsen	14,6 „	Braunschweig	12,5 „
Hessen	14,5 „	Anhalt	12,7 „
Sachsen-Altenburg	14,4 „	Gr. Sachsen	12,8 „
Schwarzbg.-Sondersh.	14,3 „		
Hannover	14,2 „		
Hessen-Nassau	14,1 „		
Schaumburg-Lippe	14,1 „		

Das Reich 13,16 Prom.

Und eine von mir ausgezogene Übersicht aus dem Jahre 1911 zeigt uns in absoluten Zahlen

	Eheschließungen	Geborene	Gestorbene	Überschuß
in Westfalen.	4176	148324	71692	76632
im Rheinland	55349	220521	126757	93764
in Berlin	22672	44849	33956	10893

Wir sehen hier also in zwei ganz überwiegend industriellen Provinzen eine starke Vermehrung bei vergleichsweise geringer Sterbequote und auch die Aufstellung aus 1905 läßt uns erkennen, daß es nicht etwa die agrarische Zugehörigkeit ist, die die Geburtenhöhe und den Geburtenüberschuß bedingt. In Westfalen, der Rheinpfalz, in Rheinland und dem Königreich Sachsen haben wir Industriegebiete zu konstatieren, wie denn auf der Seite der hohen Geburtenüberschüsse überhaupt die industriellen Gebiete vorherrschen. Im Großherzogtum Hessen ist gerade der vorwiegend ländliche Vogelsberg ein steriles Gebiet, während die industriell regsamen Gebietsteile von Starkenburg und Rheinhessen die höheren Geburtenfrequenzen haben. Oder sehen wir uns den Gegensatz zwischen der Rheinpfalz und dem zu guten Teilen agrarischen und katholischen Bayern rechts des Rheines an.

Das alles hindert freilich nicht, daß Oldenberg recht hat, wenn er der Verstadtlichung einen gewissen geburtenmindernden Einfluß zuweist. Das gilt auch für die Nachkriegszeit trotz der

die Unterschiede zwischen Stadt und Land in hohem Maß ein-
ebnenden Kriegsfolgen. Tabelle XVI zeigt uns bei geringeren

Tabelle XVI.

Geburten, Sterbefälle und Geburtenüberschuß im Deut-
schen Reich in Stadt und Land 1919—1922.

Jahr	Lebendgeborene		Gestorbene ohne Totgeborene			Geburtenüberschuß	
	Mittlere Bevölkerung in Tausend	Zahl in Tausend	auf 1000 Einwohn.	Zahl in Tausend	auf 1000 Einwohn.	Zahl in Tausend	auf 1000 Einwohn.
1919	62 897	1260	20,0	978	15,6	282	4,5
1920	61 797	1599	25,9	933	15,1	666	10,8
1921	61 771	1560	25,3	860	13,9	700	11,3
1922	62 036	1400	22,9	882	14,4	518	8,5
Deutsche Orte mit über 15000 Einwohner (Stadt)							
1919	24 798	462	18,6	402	16,2	60	2,4
1920	25 284	589	23,3	390	15,4	199	7,9
1921	25 779	558	21,7	348	13,5	710	8,1
1922	25 918	495	19,1	365	14,1	130	5,0
Deutsche Orte mit unter 15000 Einwohner (Land)							
1919	38 099	799	21	577	15,1	222	5,8
1920	36 513	1010	27,7	542	14,9	468	12,8
1921	35 992	1002	27,8	512	14,2	490	13,6

Sterblichkeitsunterschieden ein starkes Überwiegen der Geburtlichkeit in den Orten mit weniger als 15000 Einwohnern. Die Stadt mit ihren mannigfachen Genuß-, aber auch Kulturmöglichkeiten, ihrer Wohndichte und Wohnteuerung, ihrer Verteuerung der Erziehung und gesamten Lebenshaltung, ihrer Verschärfung des ganzen Lebenskampfes und endlich ihrer besseren Kenntnis antikonzeptioneller Mittel wirkt geburtenmindernd, so lange ihr nicht in der Möglichkeit guten Auskommens, wie wir es in den industriell engagierten Gegenden und Städten vor uns sehen, ein Gegengewicht geschaffen wird. Denn nicht als Stadt übt sie diesen Einfluß aus, sondern als Trägerin der von uns gekennzeichneten Faktoren, die je länger je mehr keineswegs auf die Städte beschränkt bleiben, sondern ihren unaufhaltsamen Weg über das ganze Land nehmen. Es ist eine feststehende und daher nicht noch einmal zu beweisende Tatsache, daß die Unterschiede zwischen Stadt und Land sich immer mehr verwischen. Mit der notwendigen Ausbreitung der Industrie, mit der Verbesserung und Verbilligung der Verkehrsmittel, die noch weitester Ausdehnung fähig sind,

1) ohne abgetretene Gebiete.

ziehen Kulturgüter, aber auch Kulturforderungen und Lebensverteuerung aufs Land hinaus. Und wie sehr es letzten Endes nicht Stadt oder Land, sondern die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Stadt und Land sind, die den Kinderreichtum einengen oder fördern, das ist von den verschiedensten Seiten her nachzuweisen.

Nach Grassl (bei Brentano, a. a. O. S. 596), gehörten nach der Berufszählung von 1905 in Bayern an:

Dem Bürgerstand	20,57%
„ Arbeiterstand	52,98%
„ Beamtenstand	26,45%

Es trafen von den Geburten auf diese Stände:

Bürgerstand	18,7%
Arbeiterstand	65,4%
Beamtenstand	15,9%

Sehr interessant ist auch die von uns zu machende Feststellung, daß auch in ländlichen Gegenden sowohl großer Wohlstand wie große Not geburtenmindernd wirkt (vgl. die Geburtenüberschüsse und Geburtenfrequenzen von Bayern r. d. Rh. und der hessischen Provinz Oberhessen), während eine industriell verankerte Arbeiterbevölkerung bei sonst guten Verhältnissen hohe Geburtenfrequenzen zeigt (siehe Rheinland und noch mehr Westfalen). Es sind eben immer und überall die wirtschaftlichen Verhältnisse, die als ausschlaggebender Faktor die Fruchtbarkeit beeinflussen.

Man ist also genötigt, an ein nicht zuletzt auf wirtschaftlicher und kultureller Basis beruhendes Zurückgehen des Zeugungswillens als ursächliches Moment des Geburtenrückganges zu denken und mit Mombert (Über den Rückgang der Geburten und Sterbeziffer in Deutschland, Arch. f. Soz. Bd. 34, S. 821) zu schließen: „Je teurer die Lebenshaltung wird, je größer die öffentlichen Lasten, je höher die Lebensansprüche, in um so weiteren Kreisen und mit um so größerem Nachdruck werden . . . wirtschaftliche Erwägungen . . . eine Verminderung der Geburten herbeiführen.“

Sonach sind in bezug auf den Geburtenrückgang zwei Volksgruppen zu unterscheiden: eine, bei der mit steigendem Wohlstand die Kultur- und Luxusansprüche usw. die Kleinhaltung der Kinderzahl herbeiführen, und zwar unabhängig von der Höhe der allgemeinen Lebenskosten. Dann jene Schicht, die durch die steigenden Lebenskosten und die Unmöglichkeit der standesgemäßen oder

überhaupt kulturgemäßen Aufzucht einer größeren Kinderzahl zur Einschränkung des Nachwuchses gezwungen werden.

Geradezu in Reinkultur wirken sich beide Ursachenreihen in Berlin aus. In den „Statistischen Monatsberichten Groß-Berlins“ (Jahrg. 3, Heft 7) erörtert Professor Silbergleit den Geburtenrückgang in Berlin. Den im Jahre 1911 geborenen 44834 Kindern stehen 46298 aus dem Jahre 1876 gegenüber. Das bedeutet für 1876: 47,19 Kinder auf das Tausend der Bevölkerung und im Jahre 1911: 21,64 Prom. Und zwar sind es vor allen Dingen die Ehen, deren Fruchtbarkeit nachgelassen hat, während der Anteil der Geburtenfrequenz der Unehelichen von 15—16% in den 90er Jahren auf 22,2% im Jahre 1911 gestiegen ist. (Auch dies wiederum ein Beweis dafür, daß es sich nicht um ein Nachlassen der physiologischen Fruchtbarkeit, d. i. aber des Zeugungsvermögens, handelt.) Den 40095 ehelich Geborenen von 1876 standen 1910 nur 36331 ehelich Geborene gegenüber. Der Geburtensatz auf 1000 Ehefrauen betrug 1876: 240,3, aber 1910 nur noch 90,5.

Als ein neues und ganz besonders bemerkenswertes Moment ergibt die Silbergleitsche Untersuchung ein starkes Nachlassen der Geburtenhäufigkeit in reinen Arbeiterquartieren. Der östliche, hauptsächlich von Arbeitern bewohnte Teil des Stralauer Viertels zeigt eine Abnahme von 25,9, das Königsviertel (NO) eine von 30%. Die Rosentaler Vorstadt zeigt in ihrem südlichen Teil ein Nachlassen um 20, in ihrem nordwestlichen Teil um 24, im nordöstlichen Teil um 25,6%. Auf dem Gesundbrunnen beträgt die Abnahme 21,1, auf dem Wedding 24,4, im westlichen proletarischen Moabit 22,8%. Für ganz Berlin belief sich die Verminderung zwischen 1905/06 und 1910/11 auf 18,5%. Wenn man nun hört, daß im Gegensatz zu den Arbeiterquartieren die Abnahme in der alten Innenstadt nur 13,4%, in der Friedrichstadt 11,1 und in der Schöneberger Vorstadt samt Tiergartenviertel nur 5,4%, im benachbarten Westteil der Tempelhofer Vorstadt aber 19,3% und im stark proletarischen Ostteil gar 27,9% betragen hat, so darf man daraus gewiß nicht auf eine besonders ungesunde Entwicklung der Arbeitergegenden und eine besonders günstige der reichen Viertel schließen, sondern man muß sich gegenwärtig halten, daß in den reichen Vierteln so viel Möglichkeit der Abnahme überhaupt nicht war und weiter, daß der Geburtenrückgang in der Hauptsache nicht durch das Ausbleiben der 1. und 2., sondern der 3., 4., 5. usw. Kinder hervorgerufen ist. Bezüglich der Innenstadt ist aber zu bemerken, daß die immer noch fortschreitende Citybildung

dem Wohnen von Familien oder gar großen Familien wenig günstig ist.

Trotz dieser Einschränkung bleibt die Tatsache des starken Geburtenrückganges in Berliner Arbeiterkreisen als eine neue, aber keineswegs überraschende Erscheinung bestehen.

So ist Berlin ein klassisches Beispiel dafür, daß die Frage des Geburtenrückganges eine solche der Kultur- und Lebenskosten ist.

Es wird daher sozial- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen bedürfen, um die Geburten auf genügender Höhe zu halten und, was ungleich wesentlicher ist, die Sterbehäufigkeit in günstigem Sinne zu beeinflussen. Auch dies kein innerdeutsches, sondern ein europäisches Problem. Tabelle X macht das deutlich. In Deutschland haben wir nach einem Höchststand von 42,31 aufs Tausend der Bevölkerung Geborenen des Jahres 1875 und einem Überschuß von 12,99‰ einen ständigen Rückgang der Geburtenziffer. Trotzdem ergibt sich im Jahre 1902 bei einer Geburtenfrequenz von 36,19‰ infolge des Rückgangs der Sterblichkeit ein Überschuß von 15,63‰. Das Jahr 1913 sieht bei einer Geburtenfrequenz von 28,29 aufs Tausend einen Überschuß von 12,45‰. Ständig zurückgehende Geburtenziffern und trotzdem infolge Sterblichkeitsrückgangs wachsende bzw. mäßiger gesenkte Geburtenüberschüsse, das darf man ruhig als das Zeichen einer gesunden Gestaltung der Bevölkerungsvorgänge ansprechen. Im Krieg, noch dazu einem so lang dauernden und verlustreichen, muß sich naturgemäß das Verhältnis umkehren. Bei verminderter Geburtenfrequenz und in den ersten Jahren erhöhten Sterbeziffern kommt es dahin, daß die Sterbefälle die Geburten überholen. Schon 1915 ergibt sich eine Minusziffer von 1‰. Sie steigt erschreckend und beläuft sich im Grippejahr 1918 auf 10,47‰. Auch dies nicht auf Deutschland beschränkt. Unsere internationale Übersicht (Tab. X) zeigt ähnlichen Verlauf auch in den Siegerstaaten. Im Jahr 1918 weisen neben den Neutralen nur Schottland und Irland ein leichtes Plus auf, während Frankreich mit 16,8, Italien mit 17,5 und Rumänien mit der furchtbaren Ziffer von 26,9‰ weit über Deutschland steht. Die kalten Ziffern machen wenig klar was das bedeutet. Statt Zuwachs in Deutschland eine Volksminderung von 1%, in Frankreich und Italien von 1¾%, in Rumänien von nahezu 3%. Glücklicherweise setzt mit Kriegsende überall mit Ausnahme von Österreich und Frankreich die Umkehr ein. In Deutschland schon 1919 ein Überschuß von 4,49‰, 1920

von 10,78 und 1921 von 11,34‰. Damit scheint allerdings der nach einem beendeten Krieg selbstverständliche Auftrieb erschöpft. Das Jahr 1923 sieht die Geburtenfrequenz auf 21,6‰, den Überschuß auf 7‰ zurücksinken und ein Vergleich der Zahlen beweist, daß die an sich durchaus günstige und jedenfalls ausreichende Überschußziffer nicht auf Rechnung der Geburtlichkeit, sondern des Sterberückgangs zu setzen ist. In Österreich erreichte die Sterbeziffer mit 19,0 und 16,9‰ in den Jahren 1920 und 1921 ungefähr wieder die normale Vorkriegszahl. Die französische Sterbeziffer ist auch nach dem Krieg sehr hoch, während Belgien mit 13,8‰ in 1918 und 1919 günstig steht. In England steht die Sterbeziffer unter Vorkriegsnorm, in Italien ist gleichfalls ein Herabgehen der Sterbeziffer festzustellen.

Säuglingssterblichkeit der Ehelichen und Unehelichen.

Wenn es heute etwas Bevölkerungspolitisches gibt, das optimistisch stimmen kann, dann ist es die Betrachtung der Säuglingssterblichkeit. Sie ist seit Jahrzehnten herabgegangen. Noch im Jahr 1901 belief sie sich auf 20,7 vom Hundert der Geburten und blieb so mit geringen Schwankungen nach unten bis 1905 mit 20,5%. Dann sinkt sie bis auf 16,2% in 1910, erhebt sich im Jahr der Dürre 1911 auf 19,2, fällt 1912 auf 14,7, steht 1914 auf 16,4 und sinkt von da ab beständig. Dieses in den Kriegsjahren sich vollziehende Wunder findet neben der verkleinerten Geburtenrate seine Erklärung in den drei Verordnungen, deren erste im Dezember 1914 erlassen wurde und die den besonderen Schutz der Wöchnerinnen und Säuglinge durch Wöchnerinnenunterstützung, Stillprämien, Säuglingsberatung usw. in vorbildlicher Weise ordnen, mit dem günstigen Erfolg, daß Deutschland zwar noch keineswegs das Optimum der Säuglingssterblichkeit erreicht, aber immerhin den traurigen Ruhm, mit anderen zurückgebliebenen Staaten an der Spitze der Säuglingssterblichkeit zu marschieren, nicht länger genießt.

Gerade der Umstand aber, daß inmitten der Erschütterungen und Notstände des Krieges die Säuglingssterblichkeit so günstig beeinflußt werden konnte, gibt zusammen mit einer anderen Erscheinung, der der Sterblichkeit der Unehelichen, Anlaß zu ernsthafter Betrachtung. Eine die Jahre 1917—21 umfassende Übersicht zeigt das folgende Bild:

Auf 100 Geburten entfielen in Deutschland Sterbefälle in den Jahren

Tabelle XVII.

Reich	1917	1918	1919 überhaupt	1920	1921
Reich	14,9	15,8	14,5	13,1	13,4
Knaben	16,1	17,2	15,8	14,4	14,6
Mädchen	13,6	14,3	13,1	11,8	12,0
Eheliche					
Reich	13,6	14,4	13,0	11,9	12,2
Knaben	14,7	15,7	14,2	13,1	13,4
Mädchen	12,4	13,0	11,7	10,6	10,9
Uneheliche					
Reich	25,0	25,3	26,0	23,2	23,5
Knaben	26,9	27,2	28,1	21,1	21,3
Mädchen	23,1	23,3	23,8	21,1	21,3

Es starben im Jahre 1917: 13,6% der ehelich Geborenen gegen 25% der Unehelichen. Das ist bei den Unehelichen ein vergleichweises Mehr von 84%. In 1921 übersteigt die Sterblichkeit der Unehelichen die der Ehelichen um 92%. Noch schlimmer sieht die Sache in den Großstädten aus.

Tabelle XVIII.

Es trafen im Jahre 1893 auf 100 Säuglingssterbefälle

	eheliche	uneheliche	auf ein eheliches Kind starben uneheliche
Frankfurt a. M.	13,8	32,2	2,33
Hamburg und Vororte . . .	15,7	34,0	2,17
Breslau	27,5	38,6	1,40
Leipzig	23,5	36,2	1,54
München	30,2	32,2	1,06

In Berlin starben

	eheliche	uneheliche
1881/1885	25,4	43,7
1886/1890	24,1	41,3
1891/1895	21,8	39,7
1896/1900	19,1	36,7

In Frankfurt entfielen 1913 auf 100 Geburten 15,5 Uneheliche, 1914 waren es 16%, in den drei folgenden Kriegsjahren etwas über 17%. In 1918 bei gleichzeitigem Ansteigen der Gesamtzahl der

Geburten 18,9%. In 1920 bis 1923 waren die Unehelichen mit 15; 12,9; 13,8; 14,5% an der Gesamtzahl der Geburten beteiligt (vgl. Tab. XVIII). Nun die bezüglichlichen Sterbedaten, die sich für ehelich und unehelich Geborene in folgender Weise gliedern:

Im 1. Lebensjahre starben auf 100 Lebendgeborene:

	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1920	1921	1922	1923
Eheliche . .	12,0	8,8	9,18	8,61	10,11	8,62	9,3	8,3	8,7	6,5
Uneheliche .	19,5	20,2	18,37	20,34	19,82	21,18	27,5	24,4	22,3	22,1

In den 1890er Jahren war für die ehelich Geborenen eine relative Säuglingssterblichkeit von 13,52% ermittelt worden, für die unehelichen 32,25; zu Anfang des neuen Jahrhunderts betrug die Zahl 12,85 bzw. 30,13 und im Jahr 1910: 10,29 zu 21,91.

Eine Sterblichkeit der Unehelichen, die jeweils doppelt bis zweieinhalbmal höher ist als die der Ehelichen und 1923 in Frankfurt z. B. auf ein Dreieinhalbfaches der Sterblichkeit der Ehelichen kommt. Und dies in einer Stadt, die wegen ihrer fürsorglichen Einrichtungen auch für die Unehelichen rühmlichst bekannt ist. Während demnach bei den Ehelichen 90 und mehr Prozent der ehelich Geborenen das 1. Lebensjahr vollenden, sind es bei den Unehelichen 80% und weniger. In ganz Preußen überlebten 1905 von den Ehelichen 80, von den Unehelichen 60% das erste Lebensjahr. Man mache sich die Ungeheuerlichkeit klar, die darin liegt, daß von 100 Geborenen 40 im 1. Lebensjahr wegsterben.

Man begegnete und begegnet in diesem Zusammenhang immer wieder der Behauptung, dieser große Unterschied rühre daher, daß es sich bei den Unehelichen um ein von Geburt an minderwertiges Menschenmaterial handle. Das stimmt nicht. Aber — und es ist das Gorgonenhaupt einer schweren Gesellschaftsschuld, das uns aus diesem: Aber! entgegengrinst — nicht weil die unehelich Geborenen ein minderwertiges, sondern obwohl sie ein gleich- und in manchen Fällen überwertiges Menschenmaterial darstellen, sterben sie um so viel leichter dahin, weil der Mangel an Pflege und Fürsorge im widerstandsunfähigsten und schutzbedürftigsten Lebensalter wie ein Würgeengel über sie fällt. Wer sich eingehend mit diesen Sachverhalten auseinandersetzen will, der sei auf die einschlägigen Arbeiten Neumanns und anderer und auf Spanns „Die uneheliche Bevölkerung in Frankfurt a. M.“ verwiesen. Besonders aus dem letztgenannten Werk geht deutlich hervor, daß die Unehelichen weder mit schlechterer körperlicher noch geistiger oder sittlicher Lebenserwartung geboren werden (eine nicht geringe Zahl sogar mit besserer Lebenserwartung) als die Ehelichen,

und daß lediglich die Ungunst ihrer sozialen Lebensverhältnisse an ihrer unbestreitbaren Minderwertigkeit schuld ist. Nach Spann (Die uneheliche Bevölkerung in Frankfurt a. M.) ergab sich in 546 Fällen die folgende funktionelle Gliederung: Mit guter körperlicher Konstitution 319 (58,43%), mittel 157 (28,75%), schlecht 70 (12,82%). Sonach 87,18% mit guter und mittlerer Konstitution.

Spann beleuchtet die schlechten Verpflegungsverhältnisse, unter denen ein beträchtlicher Teil der unehelichen Säuglinge sich befindet, die Schädlichkeit des häufigen Pflegewechsels, all die Ursachen, aus denen die Unehelichen ein so unverhältnismäßig großes Kontingent zu den ungelerten Berufen, zur Kriminalität und Prostitution, wie überhaupt zur Lebensuntauglichkeit stellen.

Und er zeigt, daß eine Überführung der Unehelichen in geordnete Verhältnisse gleichbedeutend ist mit einem Stück moralischer Regeneration.

Heiratet nämlich die Mutter einen Mann, der nicht der Vater ihres Kindes ist (wenn sie den Vater ihres Kindes heiratet, erfolgt die Legitimation und das Kind verschwindet aus der Reihe der Unehelichen) und tritt es dadurch in eine sogen. Stiefvaterfamilie ein, so unterscheidet es sich weder im guten noch bösen Sinn von der gesellschaftlichen Sphäre, der es angehört.

„Die Stiefvaterfamilie kommt sowohl hinsichtlich der Darbietung der körperlichen als auch der geistigen Entwicklungsbedingungen (gemessen an der Tauglichkeit einerseits — Berufsausbildung andererseits) der normalen Leistung der normalen ehelichen Familie innerhalb der gesellschaftlichen Sphäre, in der sie funktioniert, wesentlich gleich; sie stellt daher in den untersuchten Beziehungen keine Erscheinung funktioneller Unehelichkeit dar.

Die eigentlichen Unehelichen, deren Mütter am Leben und unverehelicht blieben, zeigen sowohl in körperlicher wie in Hinsicht auf ihre Berufsbildung ein beträchtliches Maß an Degeneration.

Die unehelichen Waisen hingegen nehmen in bezug auf Tauglichkeit und Berufsbildung eine Mittelstellung ein zwischen den eigentlichen Unehelichen und den Stiefkindern, so daß es für die unehelichen Kinder besser ist, ihre Mutter stirbt, als sie bleibt unverehelicht am Leben.

Bezüglich der Kriminalität ergibt sich, daß die Unehelichen (im Gesamtdurchschnitt aller Gruppen) in wesentlich höherem Grade kriminell sind als die Ehelichen. (Von den Unehelichen sind 10,9% bestraft, von den Ehelichen 7,7%, wobei aber die Unehelichen noch erheblich längere Strafregister haben.)

Die höhere Kriminalität der Unehelichen ist wesentlich als eine Funktion ihrer mangelhaften Berufsausbildung, speziell ihres hohen Gehaltes an ungelerten Arbeitern zu betrachten.“ (Spann, Untersuchungen über die uneheliche Bevölkerung in Frankfurt a. M. Dresden 1905).

Unehelichkeit und trostlose Verlassenheit sind zumeist übereinstimmende Begriffe. Da ist kein Vater, der die Mitsorge trägt und unter den Müttern sind manche, die sich am liebsten ihrer mütterlichen Verpflichtung ganz entzögen und sie auf die denkbar schlechteste und unzulänglichste Weise erfüllen. Da sind andere, die durch die außereheliche Mutterschaft deklassiert und zugleich ihres Brotes beraubt werden. Schande und Not einen sich da, die Mutter zu zermürben und das Kind zu verderben.. Und wieder andere, wahre Heldinnen aufopfernder Mutterliebe, können nur mit Aufbietung aller Kraft ihrem Kinde des Lebens äußerste Notdurft sichern, aber sie können nicht daran denken, das heranwachsende Kind so zu pflegen und zu erziehen, daß ein tüchtiger und brauchbarer Mensch daraus werden könnte.

Es ist, angesichts all dieser Lebenserschwerung und Vergiftung als ein starker Beweis für den guten Kern der unehelichen Teile unseres Volkstums anzusprechen, daß ein verhältnismäßig großer Prozentsatz der Unehelichen sich im Leben tapfer behauptet und vorwärts bringt.

Fassen wir zusammen, wie sich allgemein gesehen die Unehelichen im Rahmen der Gesamtbevölkerung darstellen: Die größere Zahl der Totgeburten, die höhere Säuglingssterblichkeit, ebenso wie der hervorstechende Anteil der Unehelichen an Berufsuntüchtigkeit, Kriminalität und Prostitution; alles dies kein funktionell gegebenes und unausweichliches Erbe, sondern eine Folge der ungünstigen wirtschaftlichen und sozialen Position der Mutter. Zu einem erheblichen Prozentsatz schlecht gepflegt und schlecht erzogen, ohne Hemmungsvorstellungen, ohne genügende körperliche und sittliche Widerstandskraft, ohne geeignete Vorbildung, Schulung und Ertüchtigung auf das Leben losgelassen, müssen sie in einem Kampf zerschellen, der heute unter so harten Formen einhergeht, daß nur die Tüchtigen, gut Vorgebildeten und Angepaßten hoffen dürfen, ihn in Ehren zu bestehen.

So kommt es, daß viele der Unehelichen zu Parias des Lebens werden, daß sie in unverhältnismäßig großer Zahl die Gefängnisse füllen und die Prostitution sich aus ihnen rekrutiert.

Und so rächt sich das Unrecht, das man ihnen durch Vernachlässigung und Verachtung, durch Schimpf und Schande zufügte, indem es nun Schimpf und Schande auf die Gesamtheit häuft, sie in ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Tauglichkeit bedroht und herabsetzt und den Staats- und Gemeindegeldbeutel mit Ausgaben für Gefängnisse, Zuchthäuser, Hospitäler usw. oder allgemein gesagt mit der Sorge für ein Menschenmaterial belastet, das, statt zum Volksreichtum, Ansehen und zur volklichen Tüchtigkeit beizutragen und so zu einem Aktivposten der Volksbilanz zu werden, durch Schuld der Gemeinschaft minder tauglich und vielfach zu einem Minusposten der Volksbilanz geworden ist.

Wir dürfen ruhig unterstellen, daß wir die Zahl unserer Gefängnisse, Zuchthäuser und Hospitäler beträchtlich vermindern, die wirtschaftliche, geistige und sittliche Stoßkraft unseres Volkes wesentlich mehren könnten, wenn wir durch eine von Grund aus veränderte Behandlung des Unehelichenproblems die Unehelichen aus einem mindertauglichen Volkselement in ein lebensstüchtiges und wertschaffendes umwandeln würden.

So wird die Fürsorge für die Unehelichen zu einer starken Verpflichtung nicht nur im Interesse der Menschlichkeit, sondern ebenso sehr im Interesse einer besonnenen Bevölkerungs- und Rassepolitik.

Die Sterblichkeit der Übereinjährigen.

(Siehe Tabelle XIX, S. 38—39).

Man hat im Ausland unter Hinweis auf die üblichen Entartungserscheinungen der Nachkriegszeit (Vergnügungstäumel, Lustbarkeits- und Schlemmerlokale, übertriebener Luxus einzelner Schichten) uns immer wieder der Übertreibung beschuldigt, wenn wir von Hunger und Elend, Untergang insbesondere der heranwachsenden Schichten erzählten. Da geht nun aus den nüchternen Ziffern unserer dem Band 307 der Reichsstatistik entnommenen Übersicht mit grausamer Deutlichkeit hervor, was der Krieg uns an volklicher Lebenskraft und Lebenserwartung gekostet hat.

In den Jahren 1917 und 1918 hatte im Deutschen Reich nicht nur das männliche, sondern auch das weibliche Geschlecht eine überaus große Sterblichkeit. Die sehr ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, im Jahr 1918 außerdem noch das epidemische Auf-

treten der Grippe, die eine wenig widerstandsfähige Bevölkerung vorfand, hatten geradezu verheerend gewirkt. In den jugendlichen und mittleren Altersklassen war die Sterblichkeit bei dem weiblichen Geschlecht ungefähr doppelt so hoch wie im Friedensjahr 1913, in den Altersjahrfünften 15—20, 20—25 und 25—30 sogar nahezu dreimal so hoch. Bei dem männlichen Geschlecht wiesen die Altersjahrfünfte von 15—50 Jahren wegen des noch wütenden Krieges weit höhere, die übrigen Jahrfünfte ungefähr ebenso hohe Sterbeziffern auf wie bei dem weiblichen Geschlecht.

Durch dieses allgemeine Anwachsen der Sterblichkeit mußte notwendigerweise eine Auslese stattfinden, insofern als viele, welche die Ungunst der Lebensverhältnisse nicht ertragen konnten, hinstarben und nur die kräftigen zurückblieben. Es war zu erwarten, daß die übrigbleibende kräftige Bevölkerung eine unter dem Normalen liegende Sterblichkeit aufweisen würde. Diese Erwartung hat sich aber, wie unsere Übersicht zeigt, nicht bestätigt. Die fort-dauernden ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse haben bewirkt, daß die Jahre 1919 und 1920 in allen Altersjahrfünften des weiblichen Geschlechts höhere Sterbeziffern aufweisen als das Friedensjahr 1913, trotz der durch die ungewöhnlich hohe Sterblichkeit der Vorjahre eingetretene Auslese.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man in dieser besonderen Sterblichkeitszunahme der Weiblichen die Antwort auf einen Komplex von Ursachen sieht, unter denen die erhöhte Einbeziehung der Frauen in das Erwerbsleben von ziemlicher Bedeutung ist. Der außerhäusliche Erwerb bebürdet die Frauen mit einer Fülle von Arbeit, die sie in der Mehrzahl der Fälle neben ihrer hauswirtschaftlichen Arbeit zu leisten haben. Hinzu kommt, daß die dergestalt überanstrengte Frau, die keinen Sonn- und Feiertag kennt, kein Ausruhen und keinen ruhigen Schlaf, es mit der Ernährung nicht eben genau nimmt und in der Regel an sich am meisten spart. Auch in Krankheitsfällen sich erst dann in ärztliche Behandlung gibt, wenn sie schier zusammenbricht. Beweisend sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach den Berichten der Krankenkassen bei den Krankheitsfällen die Männer, bei den Krankheitstagen die Frauen überwiegen. Auch darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Kriegszeit, noch mehr die nachfolgende Inflation an die körperliche und Nervenkraft der Frau schier untragbare Anforderungen gestellt hat. Bei dem männlichen Geschlecht, bei welchem allerdings die Auslese erheblich größer gewesen ist, zeigen im Jahr 1919 die Jahrfünfte zwischen dem 40. und 65. und im Jahr 1920

Tabelle
Sterbeziffern für fünfjährige Altersklassen in den Jahren

Altersstufen	1913			1919			1920
	Lebende in der Mitte des Jahres in 1000	Sterbefälle	Sterbeziffer	Lebende in der Mitte des Jahres in 1000	Sterbefälle	Sterbeziffer	Lebende in der Mitte des Jahres in 1000
1-5	3051	41124	13,5	1563	28679	18,3	1561
5-10	3787	11040	2,9	3294	12456	3,8	3187
10-15	3586	6889	1,9	3434	8994	2,6	3424
15-20	3300	11285	3,4	3254	20714	6,4	3256
20-25	2938	12984	4,4	2390	19247	8,1	2597
25-30	2621	11999	4,6	2004	15360	7,7	2119
30-35	2399	12281	5,1	1982	14462	7,3	2046
35-40	2279	14619	6,4	1907	14235	7,5	1943
40-45	1880	16082	8,6	1948	16585	8,5	1954
45-50	1628	18837	11,6	1689	18280	10,8	1706
50-55	1373	22807	16,6	1441	22140	15,4	1454
55-60	1080	26026	24,1	1168	26590	22,8	1170
60-65	882	31547	35,8	899	30795	34,2	912
65-70	634	33481	52,8	654	35562	54,4	645
70-75	444	35612	80,2	415	35505	85,6	414
75-80	240	29716	123,9	233	31478	135,1	228
80-85	96	18119	189,2	92	19195	208,0	90
85-90	28	7530	273,6	25	7216	288,2	24
über 90	5	2024	386,6	4	1728	415,9	4

a) Männliches

Altersstufen	1913			1919			1920
	Lebende in der Mitte des Jahres in 1000	Sterbefälle	Sterbeziffer	Lebende in der Mitte des Jahres in 1000	Sterbefälle	Sterbeziffer	Lebende in der Mitte des Jahres in 1000
1-5	3009	38645	12,8	1524	26897	17,7	1516
5-10	3750	11086	3,0	3250	12759	3,9	3142
10-15	3560	7204	2,0	3397	10052	3,0	3386
15-20	3287	10060	3,1	3283	16843	5,1	3274
20-25	2926	11668	4,0	3018	18729	6,2	3030
25-30	2633	12332	4,7	2693	18046	6,7	2706
30-35	2403	12695	5,8	2433	17439	7,2	2437
35-40	2291	14039	6,1	2159	16512	7,6	2165
40-45	1904	13233	6,9	2089	17366	8,3	2081
45-50	1700	14529	8,5	1741	17318	9,9	1759
50-55	1478	17443	11,8	1513	20425	13,5	1523
55-60	1224	20340	17,4	1274	24857	19,5	1273
60-65	1048	29227	27,9	1044	31237	29,9	1057
65-70	796	35419	44,5	808	39889	49,4	791
70-75	567	40822	72,0	549	44360	80,8	547
75-80	320	36157	113,1	320	42092	131,6	312
80-85	133	23394	176,1	132	27735	209,4	129
85-90	42	10775	258,0	39	11279	289,4	37
über 90	9	3408	373,1	7	2970	414,6	7

b) Weibliches

XIX.
1919—1921 verglichen mit den Sterbeziffern des Jahres 1913

Altersstufen	1920		1921			Sterbeziffer 1913 gleich 100 gesetzt		
	Sterbefälle	Sterbeziffer	Lebende in der Mitte des Jahres in 1000	Sterbefälle	Sterbeziffer	1919	1920	1921
Geschlecht	22374	14,3	1725	21024	12,2	136	106	90
	10302	3,2	2949	7618	2,6	130	111	89
	7801	2,3	3396	6469	1,9	136	119	99
	17258	5,3	3281	13015	4,0	186	155	116
	18450	7,1	2736	16014	5,9	182	161	133
	14197	6,7	2153	11325	5,3	167	146	115
	12945	6,3	2046	10146	5,0	143	123	97
	12623	6,5	1945	10972	5,6	116	101	88
	14532	7,4	1932	13478	7,0	99	87	82
	16397	9,6	1774	15917	9,0	93	83	78
	20229	13,9	1468	19027	13,0	93	84	78
	24121	20,6	1201	23507	19,6	95	86	81
	29161	32,0	943	28428	30,2	96	89	84
	32723	50,8	650	30668	47,2	103	96	89
	32977	79,6	429	32529	75,9	107	99	95
	28812	126,5	231	28054	121,2	109	102	98
	17700	195,6	93	17341	185,5	110	103	98
	6754	285,0	25	6651	269,9	105	104	99
	1482	376,0	4	1518	355,3	108	97	92

Geschlecht

Altersstufen	1920		1921			Sterbeziffer 1913 gleich 100 gesetzt		
	Sterbefälle	Sterbeziffer	Lebende in der Mitte des Jahres in 1000	Sterbefälle	Sterbeziffer	1919	1920	1921
Geschlecht	20265	13,4	1666	18419	11,1	137	104	86
	10010	3,2	2903	6968	2,4	133	108	81
	7891	2,3	3358	6044	1,8	146	115	89
	13579	4,1	3281	10473	3,2	168	136	104
	17679	5,8	3068	13580	4,4	156	146	111
	18334	6,8	2754	13969	5,1	143	145	108
	17001	7,0	2469	13611	5,5	136	132	104
	15680	7,2	2198	13451	6,1	125	118	100
	15721	7,6	2671	13929	6,7	120	109	97
	15958	9,1	1837	15205	8,3	116	106	97
	19066	12,5	1527	17348	11,4	114	106	96
	22969	18,0	1303	21592	16,6	112	104	95
	29221	27,7	1082	28518	26,4	107	99	95
	36336	45,9	793	33282	42,0	111	103	94
	41229	75,4	559	39188	70,2	112	105	97
	37942	121,5	318	35920	112,8	116	107	100
	24581	190,5	132	23445	178,1	119	108	101
	9808	267,0	38	9762	255,1	112	104	99
	2651	395,4	7	2314	321,3	111	106	86

zwischen dem 40. und 75. Lebensjahre eine geringe Abnahme der Sterblichkeit gegen 1913.

Die Ein- bis Zehnjährigen schneiden am besten ab. Nachdem vorübergehend die Zahl der bezüglichen Sterbefälle um 30—36% gegen 1913 höher geworden war, zeigt schon 1921 einen Prozentsatz von 90 bzw. 89, also weniger als 1913. Am härtesten betroffen ist die Klasse derer, die im Jahre 1913: 8—13 Jahre zählten. Ihre Sterbeziffer erreicht in 1919 die ungeheure Höhe von 186 bzw. 168 des Vorkriegsstandes, sinkt 1920 auf 155, bei den Weiblichen auf 136 und 1921 auf 116 bzw. 104. Noch schlimmer sieht die Sache bei denen aus, die sich in der kritischen Kriegszeit im Entwicklungsalter von 13—18 befanden. Hier betragen die Meßziffern für 1919 und 1920 bei den Männlichen 182 und 155 und bei den Weiblichen 156 und 146. Ja selbst 1921 zeigt die Sterblichkeit der bezüglichen Männlichen um ein Drittel, der Weiblichen um 11% höhere Ziffern als 1913. Hier findet das eine Bestätigung, was von unseren Gegnern selbst festgelegt wurde, wenn unter der bezeichnenden Überschrift: „Der deutsche Kindertod, Tatsachen über den gegenwärtigen Gesundheitszustand europäischer Kinder und die Wirkung auf die Zukunft der zivilisierten Welt“ Capt. J. Atwood Whitacker als Führer einer amerikanischen Studienkommission 1919 schreibt: „In den öffentlichen Schulen Berlins allein siechen über 200000 Kinder aus Mangel an geeigneter Nahrung dahin, Tausende von Kindern sind krank und dem Tode nahe — und dies ein Jahr nach dem Waffenstillstand . . . Ich hätte das Entsetzliche kaum für möglich gehalten, das sich meinen Augen bot. Kleine, im Wachstum zurückgebliebene, krummbeinige, hohläugige, unterernährte Kinder standen zum Gruß auf, als wir eintraten.“

Als Capt. Whitacker ein Kind nach dem andern aufrief und die kleinen Hände ergriff, machte er mich darauf aufmerksam, daß sie ausnahmslos eiskalt waren. Er sah ihnen in die Augen und lenkte meine Aufmerksamkeit auf ihre trockene, spröde Haut, die lose und schlaff um die Muskeln herumhing, auf den hervortretenden Unterleib und die krummen Beine. Er zeigte uns bei einem der Kinder eine starke Drüsenentzündung und machte uns besonders auf die ungewöhnliche Blässe aufmerksam, die starke Blutarmut anzeigte, und darauf, daß viele der Kinder, die wir da vor uns sahen, das typische Merkmal des allmählichen Verhungerns zeigten; es waren speziell diejenigen, bei denen Gesicht, Brust und Glieder ganz ansgemergelt erschienen, während der Unterleib stark hervortrat. Ihre hohlen Augen, ihre abgezehrten Gesichter, trockene,

rissige, schlaffe Haut und besonders ihre allgemeine Mattigkeit waren deutliche Zeichen der jahrelangen Unterernährung. „Meiner Meinung müßten Journalisten und Politiker, die von den Alliierten hergesandt wurden, um die Zustände in Mitteleuropa nach Abschluß des Waffenstillstandes zu untersuchen, und die berichteten, daß die deutschen Kinder nicht am Verhungern seien, am Tage des Jüngsten Gerichts als Massenmörder hilfloser Kinder angeklagt werden.“

Wir haben diesem Appell nichts hinzuzufügen als die tröstliche Versicherung, daß auch diese Dinge seitdem besser geworden sind. Eine Tatsache, die man aus dem allgemeinen Rückgang der Sterblichkeitsquote folgern kann.

In gedrängter und ergänzender Zusammenfassung bereits gegebener Daten ergibt sich abschließend das folgende Bild.

Auf 1000 Einwohner kamen absolut und im Vergleich mit 1913:

Tabelle XX.

Jahre	Ohne		Gestorbene		im 1. Lebensjahr gestorbene	
	Totgeborene		Übereinjährige		auf je 100 Lebendgeborene	
	1913 = 100		1913 = 100		1913 = 100	
1913	15,0	100	11,97	100	15,0	100
1919	15,6	104	13,15	109,9	14,5	96
1920	15,1	100,7	12,83	107,2	13,11	86,8
1921	13,9	92,7	11,64	97,2	13,38	88,6
1922	14,4	96,0	12,44	103,9	13,0	86,1
1923	13,9	92,7	12,12	101,3	13,20	87,4

Die Gesamtziffer ist seit 1921 günstiger als 1913. Wir mußten aber feststellen, daß dieser vergleichsweise günstige Stand hinter der infolge Kriegsauslese, Geburtenrückgang usw. zu erwartenden Minderung der Sterbehäufigkeit zurückbleibt. Wir müssen daraus schließen und haben auch an anderer Stelle zahlenmäßig und nach Altersabstufung dargetan, daß Nachwirkungen der Kriegsverelendung sich geltend machten, und wir müssen darauf gefaßt sein, auch weiterhin und auf Jahre hinaus solchen Nachwirkungen zu begegnen. Wie stark dabei auch vorübergehende Konstellationen ins Gewicht fallen, zeigt ein Blick auf unsere Tabelle. Das Jahr 1920 zeigt auch bei den Übereinjährigen eine Minderung der Sterblichkeit. Noch freundlicher sieht das Jahr 1921 aus. Wir sind berechtigt, diese Wendung ins Günstige in Zusammenhang mit dem trotz allem aufstrebenden Wirtschaftsleben des Jahres 1920 zu bringen. Es folgen Kapp-Putsch und die Periode der politischen Morde. Das Vertrauen zu Deutschland, dem man besonders im

neutralen Ausland überreich begegnete, wurde erschüttert. Die wirtschaftliche Stagnation, gefolgt von der Flut uferloser Inflation setzt ein. Reihendfolgend bringt das Jahr 1922 im Vergleich zu 1921 bei den Übereinjährigen eine gegen die Vorkriegszeit 6,7% betragende Erhöhung der Sterberate. 1923 zeigt eine leichte Besserung. Das Jahr 1924 scheint sich günstig anlassen zu wollen. Statistische Daten darüber liegen einstweilen nur aus 46 Großstädten vor. Sie besagen:

Tabelle XXI.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in 46 deutschen Großstädten im 1. und 2. Quartal 1924 auf 1000 Einwohner und Jahr berechnet.

	1923	1924	1923	1924	1923	1924	1923	1924
	Eheschließungen		Lebendgeborenen		insgesamt		auf 1000 Einw. u. Jahr ber.	
1. Qu.	9,5	5,9	16,8	15,4	15,2	13,6	14,4	12,8
2. Qu.	11,3	8,3	15,8	15,4	12,7	11,5	11,9	10,7

Gestorbene

	Tuberkulose	Influenza	Lungenentzünd.	Sonst. Krht. d. d. Atmungsorgane
1. Qu.	2,08	1,62	0,56	0,36
2. Qu.	1,91	1,49	1,14	1,03

Ein bemerkenswerter Rückgang der Eheschließungen kennzeichnet die wachsende Erschwerung der Wirtschaftslage. Die von uns früher besprochenen Fälle, in denen Ehen zwischen älteren Personen oder auch von Ledigen zur Erlangung einer eingerichteten Wohnung oder Unterkunft, wie in Rücksicht auf mögliche Ersparungen durch Zusammenlegung von Haushalten und ähnlichen Erwägungen geschlossen wurden, scheiden allmählich aus. Bleibend und verschärft ist die Furcht vor der aus der Gründung einer Familie erwachsenden allseitigen Belastung und Verantwortlichkeit. Trotzdem tritt nur ein vergleichsweise geringfügiger Rückgang der Geburten ein. Hier sind allerdings Einschränkungen zu machen. Einmal die selbstverständliche, daß die Geburtenfrequenzen ja nicht auf das laufende, sondern in der Hauptsache, ganz gewiß aber für die beiden ersten Quartale auf das Vorjahr zurückweisen. Des weiteren legt ein Vergleich der Eheschließungsziffer mit der Geburtenziffer den Rückschluß nahe, daß es sich bei den Geburten zu einem nicht unwesentlichen Teil um Erstgeburten handelt. Ein

vergleichender Blick auf die Relationen von früher zeigt uns beispielsweise bei einer Eheschließungsfrequenz von 7,84‰ im Jahrfünft 1876—1880 eine Geburtenhäufigkeit von 40,86. Das ist mehr als das Fünffache der Eheschließungszahl. Selbst 1913 hat einer Ehefrequenz von 7,66 eine solche der Geburten von 28,29, also fast das Vierfache gegenüberzustellen, während 1923 bei einer Reichseheschließungsziffer von 9,4 eine Geburtenzahl von 21,6, also nur noch das 2¼fache der Eheschließungszahl ergibt. Halten wir uns nun das weitere Absinken der Geburten von 1924 in den Großstädten vor Augen, so zwingt sich der bevölkerungspolitisch wichtige Rückschluß auf, daß der Zeugungswille entschieden nachgelassen hat und wir mit einer weiteren Verminderung der Geburten zu rechnen haben werden. Wir haben von diesen Sachverhalten schon in anderem Zusammenhang gesprochen und können hier zusammenfassend wiederholen, daß darin kein Grund zu rassepolitischen Befürchtungen liegt. Selbst wenn unser Bevölkerungszuwachs auf ein dem französischen Stand von 1871 bis 1914 angenähertes Niveau sinken sollte, wäre kein Grund zur Beunruhigung vorhanden. Nicht auf die Zahl, sondern auf die Art, die qualitative Beschaffenheit des Nachwuchses kommt es an. Daß wir hier noch auf lange hinaus besorgt sein müssen, hat uns die Betrachtung der gesundheitlichen Zustände innerhalb der Altersklassen gezeigt, deren Kindheit oder Entwicklungszeit in die Kriegsjahre fiel. Wir werden mit der durch chronische Unterernährung, mangelhafte Körperpflege und all das andre Kriegs- und Nachkriegselend verursachten körperlichen Disqualifikation der bezüglichen Altersklassen auf Jahre hinaus zu rechnen haben.

Aus dieser Sachlagerung und aus dem weiteren Umstand, daß das deutsche Volk die ihm auferlegten Lasten nur dann tragen kann, wenn es körperlich gesund und widerstandsfähig ist, erwächst uns, auch bevölkerungspolitisch gesehen, die starke Verpflichtung, nun auch von der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Seite her die Grundlagen unserer Existenz zu überprüfen.

So wird, trotz der durchaus günstigen Prognose, die aus dem derzeitigen zahlenmäßigen Stand der Bevölkerungsvorgänge abzuleiten ist, sehr ernsthaft zu fragen sein, was von dieser Seite her geschehen kann, aber auch geschehen muß, um das deutsche Volk gesund und arbeitstüchtig zu erhalten?

Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten im Lichte der Bevölkerungspolitik.

a) Die Tuberkulose.

Vor dem Krieg war infolge der zielbewußten Bekämpfung der gefährlichsten aller Volkskrankheiten die Tuberkulosesterblichkeit in Deutschland immer mehr zurückgegangen. Im Jahr 1895 starben jährlich von je 10000 Einwohnern 24,9 an Tuberkulose. In 1913 waren es nur noch 14,3 oder 42,6% weniger als 1895.

Mit den wachsenden Ernährungs- und Pflegeschwierigkeiten der Kriegszeit nahm auch die Tuberkulosesterblichkeit zu. Es starben an allen Formen der Tuberkulose auf je 10000 der mittleren Bevölkerung:

Tabelle XXII.

Im Jahre	In deutschen Orten mit 15000 u. mehr Einwohnern	In Preußen
1911	17,3	15,1
1912	16,6	14,6
1913	15,7	13,6
1914	16,1	13,9
1915	17,2	14,5
1916	18,8	15,8
1917	26,4	20,9
1918	30,0	23,6
1919	26,4	21,7
1920	18,0	15,9
1921	15,7	13,8
1922	16,6	14,5
1923	17,8	15,19

Aus den bezüglichen Monatstabellen geht hervor, daß die Höchstzahl der Todesfälle auf die vier ersten Jahresmonate entfällt und daß ein von Jahr zu Jahr erhöhter Zugang in 1922 und 1923 zu verzeichnen ist. Ähnlich verlaufen die vom Reichsgesundheitsamt zusammengestellten Wochentabellen aus 46 deutschen Großstädten mit mehr als 10000 Einwohnern. Sie umfassen etwa 27% der deutschen Gesamtbevölkerung. Auf je 10000 Einwohner und das Jahr berechnet starben dort (vgl. Zeitschrift f. Hygiene Bd. 193, H. 2, Möllers: „Der heutige Stand der Tuberkulose in Deutschland“).

Tabelle XXIII.

im Jahre	in den Vierteljahren				im ganzen Jahr
	I	II	III	IV	
1921	18,1	15,8	12,2	13,5	14,9
1922	18,2	18,0	13,1	14,3	15,9
1923	20,8	19,1	14,7	14,0	17,1
1924	16,2	14,9			

Die rückläufige Bewegung, die im ersten Quartal 1924 eintrat, setzt sich auch im zweiten fort. Statt der für die gleiche Zeit 1923 konstatierten Sterblichkeit von 19,1 zeigt das zweite Quartal 1924 nur eine solche von 14,9 auf 10000 also einen Rückgang um 22% und im allgemeinen eine günstigere Sterblichkeit als die aller Orte über 15000 Einwohner. Der erfreuliche Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit kündigt sich bereits im letzten Quartal 1923 und zwar von der 43. Woche an, an. So ist ein, wie es scheint, Nachlassen zu konstatieren, das Dauer verspricht, insofern nicht die im dritten Quartal zu beobachtende Verschlechterung des Arbeitsmarktes sich in ungünstiger Weise geltend macht.

Tabelle XXIV.

Altersklasse	1914	1915	1916	1917	1918	1919
0—1	19,3	16,6	17,3	20,2	19,6	19,8
1—5	8,0	8,7	10,1	11,3	12,9	16,8
5—15	4,6	4,9	5,6	7,0	7,6	7,6
15—30	17,1	18,1	19,4	25,4	29,7	26,9
30—60	18,9	19,5	21,0	26,6	29,9	28,0
60—70	21,0	21,3	23,8	29,0	29,9	28,0
70 u. mehr	13,3	13,6	15,5	17,5	18,2	16,8
zusammen	14,3	14,8	16,2	20,6	23,0	21,1

Eine Übersicht der Verteilung der Todesfälle auf die einzelnen Altersklassen zeigt zwischen 1914 und 1919 eine Verdoppelung der Sterblichkeit von 8 auf 16,8 auf 10000 Lebende dieser Altersstufe; bei den 5—15jährigen von 4,6 auf 7,6; bei den 15—30jährigen von 17,1 auf 26,9; im ganzen eine Zunahme von 14,3 in 1914 auf 21,1 in 1919 oder um rund 50%. Eine bezügliche preußische Statistik, die sich bis 1921 erstreckt und die Altersklassen von 0—25 Jahren umfaßt, ergibt für die 20—25jährigen Männlichen eine Erhöhung von 19,13 in 1914 auf 35 in 1918 und 33,18 in 1919. Danach ein Absinken auf 24,93 in 1920 und 23,76 in 1921. Die bezüglichen Ziffern für die Weiblichen lauten auf 32,88; 28,38; 21,72 und 18,48, sind also wesentlich niedriger. Die Übersterblichkeit der Männlichen

in den fraglichen Altersklassen ist um so bemerkenswerter, als nach den Ausweisen der preußischen Heilanstalten die Zahl der verpflegten Weiblichen um $\frac{2}{3}$ höher ist als vor dem Krieg. In 1913 waren dort 77761 Männliche gegen 53860 Weibliche, 1919 bei 75587 Männlichen 80996 Weibliche. Von da ab tritt allerdings auch hier eine Umkehr ein, die 1922 bei den Männlichen 90095, bei den Weiblichen 80802 ergibt.

Jedenfalls ist es aber außerordentlich bedenklich und ein trauriger Beleg für unsere Bekundungen sozial- und wirtschaftspolitischer Art, daß die Steigerung der Tuberkulosemorbidity und Mortalität gerade die im blühendsten und hoffnungsvollsten Alter Stehenden trifft.

Im allgemeinen schätzt die von uns angezogene Abhandlung (Möllers, a. a. O. S. 271f.) die Zahl der „tatsächlich zur Zeit in Deutschland mit ansteckender Tuberkulose vorhandenen Personen auf über 200000. Zuverlässige Zahlen werden erst nach Einführung der reichsgesetzlichen Anzeigepflicht für alle ansteckenden Erkrankungen an Lungen- und Kehlkopftuberkulose (für Preußen wurde unterm 4. 8. 23 ein bezügliches Gesetz erlassen) zu gewinnen sein. Es muß aber heute schon festgestellt werden, daß diese Krankheit in der gesamten Bevölkerung eine beklagenswerte Zunahme erfahren hat, wenn dies auch in der entsprechenden Steigerung der Tuberkulosesterblichkeit bei dem chronischen Verlauf der Krankheit erst später in die Erscheinung treten wird.

Kennzeichnend ist, daß eine fortlaufende Mehrung der Zugänge in den Tuberkulosefürsorgestellen überall im Reiche schon seit dem Jahre 1922 wahrgenommen ist und noch jetzt andauert. Sie betrug z. B. in Berlin für das Jahr 1922/23 nicht weniger als 29% gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres.

Besonders bemerkenswert ist die Zunahme der Tuberkuloseerkrankungen bei den kleinen Kindern. Unter den Säuglingen, die im Waisenhaus der Stadt Berlin untergebracht sind, wurde in den letzten Jahren eine bis dahin nicht gekannte Steigerung der Tuberkulosefälle festgestellt, wie sich aus nachstehender Tabelle ergibt.

Zeit vom 1. 1. bis 31. 12.	1913	1917	1921	1923
Absol. Zahlen d. aufgenommenen Säuglinge	2687	1516	2715	1741
davon tuberkulosekrank ‰	5,5	8,5	8,1	9,1

Im ersten Vierteljahr 1924 wurden unter den dem Waisenhaus als gesund zugeführten neu aufgenommenen Säuglingen 14‰ bereits

als tuberkulös festgestellt. Die Zahl der Tuberkulösen im Säuglingsalter stieg somit im Waisenhaus Berlin im Jahre 1924 auf etwa das Zweiundeinhalbfache der Vorkriegszeit. Wenn es sich hier auch nur um die geringen Zahlen einer einzelnen Anstalt handelt, so können diese doch als Gradmesser für die zunehmende Verseuchung der jüngsten Jahrgänge der Großstadtbevölkerung mit Tuberkulose angesehen werden.

Aus der Kinderklinik in Heidelberg berichtete Professor Moro, daß eine Zunahme der Tuberkuloseinfektionen besonders im Säuglings- und Kleinkindesalter in erschreckendem Maße zu verzeichnen sei. Besonders auffallend sei die Tatsache, daß in diesem Jahre schwerste Fälle von innerer Tuberkulose bei Kindern des Mittelstandes festgestellt seien, was er früher in diesen Kreisen nicht oder kaum zu beobachten Gelegenheit gehabt hätte. Wie mutet es im Angesicht solcher Feststellungen an, wenn weiterhin gesagt werden muß: „Im Jahre 1923 sind hauptsächlich infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten von den größten Tuberkuloseanstalten Deutschlands nicht weniger als 36 Heilstätten für Erwachsene mit 3577 Betten, 7 Kinderheilstätten mit 940 Betten, 2 Genesungsheime mit 242 Betten und 3 Versorgungs-(Lungen-)Krankenhäuser mit 251 Betten geschlossen worden, während eine weitere Zahl von Anstalten ihren Betrieb wesentlich einschränken mußte.“

Und während z. B. die durchschnittliche Tuberkulosesterblichkeit Berlins in den Jahren 1913—1916 3375 und im Jahre 1917 5046 Fälle betrug, sagten Ärzte, die im Armenviertel praktizierten, aus, daß die Zahl der Erkrankungen an Tuberkulose im 3. und 4. Kriegsjahr gegenüber der Friedenszeit um das Vierfache gestiegen sei. Man rechnet auf einen Todesfall an Tuberkulose fünf Infektionen in der Umgebung. Auf dem Nährboden der Unterernährung gedeiht das Übel noch besser. Alle Tuberkulosefürsorgestellen sind überlastet, die Lungenheilstätten überfüllt. In Breslau stieg die Zahl der Patienten des Vereins zur Fürsorge für unbemittelte Lungenkranke von 8692 im letzten Friedensjahr auf 20669 im Jahre 1917, um 1918 noch weiter anzuwachsen. (Wie empfindlich daneben auch die mangelhafte Körperpflege und Reinlichkeit sich auswirkt, sei durch einige Zahlen illustriert. Im Jahre 1911/13 kamen auf 10000 männliche Personen 16,30 Krätzefälle, 1919 waren es 22,69, also ein Mehr von 6,39. Bei den Weiblichen lauten die bezüglichen Zahlen auf 7,04 und 16,7. Es hat hier also mehr als eine Verdoppelung stattgefunden.)

Wir haben diesen sachlichen Feststellungen wenig hinzuzufügen. Der derzeitige Stand der Tuberkulosemorbidity und Mortalität ist ein anderer Ausdruck für das wirtschaftliche und soziale Elend der Kriegs- und Nachkriegszeit, ist die Folge der chronischen Unterernährung weitester Volksschichten, der Wohnungsenge und Beschaffenheit, ist die traurige Antwort des Schicksals an ein besiehtes Volk. Er bekommt seine besondere Note durch den Umstand, daß die heranwachsende Jugend ein höheres Kontingent als in Vorkriegszeiten stellt. Das bedeutet ein nicht ernst genug zu nehmendes Erkranken der volklichen Wurzelkraft und muß, wenn anders nicht eine schwere Gefahr daraus werden soll, alle Mittel der Abwehr auf den Plan rufen. Man nannte von je die Tuberkulose die Krankheit des armen Mannes, die Proletarier- und Wohnungskrankheit. Deutschland ist ein gar armer Mann und der Daseinskampf unendlich schwer geworden. Wir brauchen trotzdem nicht zu verzweifeln. Unter den tröstlichen Anzeichen, daß es dem deutschen Volke gelingen werde, sich aus der Nacht seines Elends wieder emporzuarbeiten, wenn erst eine freundliche Sonne uns bescheint, ist der tröstlichsten eines die Tatsache der Verminderung der Tuberkulosesterblichkeit in den beiden ersten Quartalen 1924. Wenn schon der schwache Hoffnungsschimmer eines nachlassenden Druckes das zuwege bringen konnte, so mögen wir der deutschen Widerstands- und Erneuerungskraft vertrauen. Vorausgesetzt freilich, daß die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen der schaffenden Schichten so gestaltet werden, daß aus diesen Quellen Schaffenskraft und Schaffensfreude fließen kann.

b) Die Geschlechtskrankheiten.

Die Geschlechtskrankheiten haben nach dem Krieg in verhängnisvoller Weise zugenommen. Der große Zerstörer Krieg, der die tiefsten Abgründe des Seins aufgetan und in tollem Wirbel Menschen und Dinge durcheinander geworfen hat, richtete wohl auf keinem anderen Gebiet schlimmere Verwüstungen an, als auf dem der geschlechtlichen Gesundheit und Sittlichkeit. Stadt und Land floß ineinander. Millionen von Verheirateten und ledigen Männern im kräftigsten Alter wurden ihrer sicheren Lebensordnung und Arbeit entfremdet und in ein jede Ordnung, jede Sitte und Sittlichkeit auflösendes Chaos geschleudert. In der Hölle des Unterstandes und Trommelfeuers rissen die Nerven, schwanden die Hemmungen. In den Tagen der Ruhe, des Heimaturlaubes und der Rekonvaleszenz

stürzte sich der Soldat auf das Leben mit der Gier dessen, dem nur die flüchtige Stunde gehört. Und da sich ihm Freude und Genuß nicht in der einwandfreiesten Form boten, kamen Tausende und Abertausende von Erkrankungen zustande. Als dann nach Kriegsende alle Dämme gewohnter Ordnung brachen, ergoß sich das Heer der Geschlechtskranken einem Giftstrom gleich über das ganze Land, die Seuche bis in die letzten ländlichen Winkel mit sich tragend. Was nützten demgegenüber die schwachen Dämme der Beratungs- und sonstiger Fürsorgestellen? Wohl ist es seitdem auch auf dem Gebiet dieser Erkrankung besser geworden. Die Erhebungen, die an einzelnen Stellen stattgefunden haben, weisen einen Rückgang der Geschlechtskrankenziffern nach und in den Sprechstunden der Ärzte sollen die Primäraffekte seltener geworden sein. Man geht nicht fehl, wenn man diese Wendung zum Besseren, unbeschadet der Heilwirkung des Salvarsans, in der Hauptsache auf die prophylaktische Tätigkeit der Beratungsstellen wie auf die bezügliche und die Aufklärungsarbeit der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zurückführt. Aber dieses Besserwerden enthebt uns keineswegs der Verpflichtung, uns von der bevölkerungspolitischen Seite her mit diesem Fragenkomplex zu befassen. Auch ist zu bedenken, daß die Stellungnahme zu den Geschlechtskrankheiten nicht so sehr auf zahlenmäßigen Tatsachen als auf der persönlichen Einstellung des Beurteilers beruht. Absolut verlässliche Daten über die bezüglichen Erkrankungen, selbst Todesfälle gibt es überhaupt nicht. Da ist einmal die Tatsache, daß Tausende von Fällen nicht zur ärztlichen Kenntnis kommen. Weiter, daß selbst die den Ärzten geläufigen Fälle, besonders wenn sie in Verbindung mit einem anderen, vielleicht durch venerische Erkrankung hervorgerufenen Leiden erscheinen, unter dieser konnexen Bezeichnung in den Registern der Krankenkassen erscheinen. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß die in den ersten Lebensstagen sterbenden Säuglinge, auch wenn es sich um Erbsyphilis handelt, unter „allgemeiner Lebensschwäche“ aufgeführt werden. So ist man zur Beurteilung der Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten in der Hauptsache auf Einzeluntersuchungen und Schätzungen angewiesen, die aber trotz aller Einschränkung das eine erkennen lassen, daß es sich bei den Geschlechtskrankheiten um eine gar nicht ernst genug zu nehmende gesundheitliche Volksgefahr handelt.

Sehr fragwürdig scheint mir in diesem Zusammenhang der offizielle Optimismus amtlicher Stellen. Während z. B. ein Bericht des englischen Kriegsministers (vgl. Mitteilungen d. D.G.B.G. Bd. 21,

Nr. 4) in nüchternen Sachlichkeit die Zahl der im englischen Besatzungsheer am Rhein festgestellten Erkrankungen für 1921 mit 212,34‰ und 1922 mit 213,53‰ und die bezüglichen Zahlen für England mit 40,26 bzw. 33,66‰ angibt, kommt ein militärärztlicher deutscher Bericht über die Kriegszeit, der vorsichtig allerdings nur von dem „Zugang“ an Geschlechtskranken spricht, zu dem Ergebnis, daß der Gesamtzugang an Geschlechtskranken bei den Soldaten des deutschen Heeres in den vier Kriegsjahren (2/8. 1914 bis 31. 7. 1918) nicht höher war als im Frieden.“ (a. a. O. Bd. 21, Nr. 3). Halten wir einige weitere Tatsachen der bezüglichen Zusammenfassung fest: mehr als $\frac{1}{3}$ der schon bei der Einstellung ins Heer Erkrankten war verheiratet. Mehr als $\frac{2}{3}$ aller Ansteckungen erfolgte in der Heimat. Nun erinnere man sich, daß die Erkrankungen des englischen Besatzungsheeres 5—6mal so hoch sind wie die in England selbst im Heer beobachteten Erkrankungen. Ein Zusammenhalten dieser mit der vom deutschen Heeresbericht festgestellten Tatsache der Heimate ansteckung zwingt zu bedenklichen Rückschlüssen. Unterstellen wir beim Besatzungsheer als vornehmste Quelle der Ansteckung die Prostitution. Die einzige ist sie sicher nicht. So wie umgekehrt anzunehmen ist, daß durch die erkrankte Besatzung die Venerie auch in andere Volkskreise verschleppt wird. Und die anderen Tatsachen der Heimate ansteckung und „daß mehr als ein Drittel des Zugangs an Geschlechtskranken aus schon bei der Einstellung verheirateten Leuten bestand.“

Machen wir uns, soweit dies bei so lückenhaftem Material möglich ist, die bevölkerungspolitische Bedeutung dieser Durchseuchungsgefahr an einigen Zahlen und Überlegungen klar.

Die in preußischen Anstalten verpflegten Geschlechtskranken setzen sich wie folgt zusammen (vgl. Medizinalstatistische Nachrichten des Preuß. Stat. Landesamts, 12. Jahrg., H. 1):

Venerische Erkrankungen in Preußen.

1913:	68757	(41412 männliche	27345 weibl.)
1920:	89251	(39074 „	50177 „)
1919:	77070	(30192 „	46878 „)
1921:	83190	(36414 „	46776 „)
1922:	69655	(30977 „	38678 „)

Man kann aus diesen Zahlen ein Besserwerden, wenigstens soweit Anstaltsbehandlung in Frage kommt, ablesen. Über die Zu- oder Abnahme der ambulatorischen Behandlung ist damit nichts gesagt. Auch nichts über die unbehandelt bleibenden oder

dem Kurpfuscher überantworteten Erkrankungsfälle. Ferner darf man nicht unbeachtet lassen, daß bei den Männlichen gegen die Vorkriegszeit ein Ausfall von weit über eine Million der den venerischen Erkrankungen am meisten ausgesetzten Altersklassen stattgefunden hat. Ebenso ist der Gebietsverlust (Oberschlesien, Posen usw.) bei Beurteilung der Zahlen zu berücksichtigen. Setzt man das alles in Rechnung, dann erscheint das kleine Mehr der Geschlechtskranken in 1922 gegen 1913 nicht so harmlos, wie es sonst wohl aussehen möchte. Besonders zu denken gibt der Umstand, daß die Erkrankungsziffer der Weiblichen nicht wie 1913 weit hinter der der Männlichen zurückbleibt, sondern sie wesentlich übertrifft.

Bemerkenswerte und in mehr als einer Richtung interessierende Aufschlüsse gibt eine im November/Dezember 1919 veranstaltete Reichserhebung, auf die nur 53,5% der befragten Ärzte, 63% der Fachärzte und 64,8% der Anstalten antworteten. Als besonders bemerkenswert seien daraus einige Daten mitgeteilt.

Hannover	86 %	Ärzte und	3,9 ⁰ / ₁₀₀	Kranke	
Stralsund	74,7 ⁰ / ₁₀₀	„ „	2,5 ⁰ / ₁₀₀	„	
Württemberg	78,2 ⁰ / ₁₀₀	„ „	0,5 ⁰ / ₁₀₀	„	(Jagstkreis)
Mannheim	61,7 ⁰ / ₁₀₀	„ „	2,5 ⁰ / ₁₀₀	„	
Leipzig	58,1 ⁰ / ₁₀₀	„ „	3,6 ⁰ / ₁₀₀	„	
Wiesbaden	51,0 ⁰ / ₁₀₀	„ „	2,8 ⁰ / ₁₀₀	„	
Berlin	49,2 ⁰ / ₁₀₀	„ „	7,9 ⁰ / ₁₀₀	„	
Coblenz	43,6 ⁰ / ₁₀₀	„ „	1,0 ⁰ / ₁₀₀	„	
Köln	43,3 ⁰ / ₁₀₀	„ „	2,1 ⁰ / ₁₀₀	„	

Das Ergebnis dieser Umfrage wird durch die Tatsache beeinträchtigt, daß nur die gute Hälfte der praktischen und knapp $\frac{2}{3}$ der Fachärzte und Anstalten antworteten. Als gegeben kann man immerhin annehmen, daß die ländlichen Bezirke heute noch wesentlich besser daran sind. In den Großstädten ergab sich ein steiles Ansteigen der Erkrankungsziffer in den Altersklassen von 15—20, ein Gipfel im Alter von 21—25 bei den Männlichen, und dann langsames, später rascheres Absinken. Auf dem Land steigt die Kurve später an und sinkt rascher ab. Berlin wies an venerisch Kranken im Alter zwischen 40—50 Jahren immer noch 12%, München 13%, Hamburg, Dresden, Breslau, Hannover mehr als 8% der zwischen 20 und 25 Jahren erreichten Erkrankungshöchstziffer auf. In den ausgewählten ländlichen Bezirken (Köslin, Mecklenburg-Strelitz und Niederbayern) stellte sich die bezügliche Ziffer auf 6—7%. Das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Erkrankten stellt sich in Hamburg wie 4 : 1, in Niederbayern wie 2 : 1. Die Erkrankungswelle der Weiblichen erreichte ihren Gipfel in Süddeutschland

zwischen dem 15. und 20., in Norddeutschland zwischen dem 20. und 25. Jahr. Nach dem 30. Lebensjahr rasches Absinken.

Geradezu erschütternd wirkt aber ein anderes, das die ganze Folgeschwere der Zunahme der Durchseuchung des weiblichen Geschlechtes in ein schmerzhaftes Licht rückt.

Auf 1000 Geborene entfielen Geburten mit angeborener Lues: Berlin 13,4, Hamburg 12,5, München 15,2, Dresden 27,0, Breslau 14,1, Frankfurt a. M. 10,9, Stuttgart 11,9, ländliche Bezirke —.

Man muß diesen Zahlen die mindestens ebensoviel betragenden unbehandelten Fälle gesellen. Ferner die infolge Syphilis fehl- und lebensunfähig Geborenen. — Im ganzen stellt die Erhebung von 1919 als im ganzen Reich krank gemeldet 136328 Personen fest. Da nur ein Teil der Ärzte geantwortet hat, dürfte die wirkliche Zahl wesentlich höher sein. Als Neuzugang zur Zeit der Zählung wurden 44024 Fälle gemeldet. Die amtliche Stelle (Medizinalstatistische Arbeiten Bd. 22, H. 2) errechnet daraus als Jahreszugang 528288 oder rund eine halbe Million Fälle.

Ergänzen wir diese geradezu niederschmetternden Darlegungen durch einige Vorkriegsangaben allgemeiner Art, aus denen der ganze Umfang der bevölkerungspolitischen Gefahren erhellt, die mit einer Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten verknüpft sind. Blaschko berechnete schon 1900 nach Fournier (Blaschko, Hygiene der Prost. und der venerischen Krankheiten. Jena 1900), daß „von 500 Ehen“, wo ein Teil oder beide Syphilis durchgemacht hatten, bei 277, also über 50%, sich die Heredität in irgend einer Weise äußerte, während 223, d. h. 46%, ganz verschont blieben, und zwar endeten von den gesamten auf die 500 Ehen entfallenden 1127 Schwangerschaften 600 = 54% glücklich, d. h. mit der Geburt gesunder Kinder, 527 Schwangerschaften unglücklich, d. h. mit Fehlgeburten, Totgeburten, Geburten syphilitischer kachektischer Kinder . . .

„Von der überlebenden Nachkommenschaft trägt ein Teil trotz zweckmäßiger Behandlung dauernd Zeichen schwerster körperlicher oder psychischer Entartung in der Gestalt von Zwergwuchs, Taubstummheit, Lähmung, Idiotie usw. davon, nur ein Bruchteil wird wieder hergestellt und dauernd lebenskräftig.“

Und in einer anderen bezüglichen Publikation führt der gleiche Autor aus: „Die absolute und Einkindersterilität beruht beinahe zu 50% auf einer früheren Tripperinfektion, so daß man dadurch in Deutschland auf einen jährlichen Geburtenausfall von annähernd

200 000 Kindern rechnen kann.“ (Blaschko-Fischer, Einfluß der sozialen Lage auf die Geschlechtskrankheiten in „Krankheit und soziale Lage“, Lief. 3. München 1913).

Was ist vom bevölkerungspolitischen Standpunkt zur Bekämpfung dieser Volksgefahr zu tun? Alle Mittel äußerer Art, wie Zwangsbehandlung usw., müssen aus naheliegenden Gründen versagen. Wirtschaftspolitische Maßnahmen sind an sich nicht unwirksam, als Beweis dafür mag das Zurückgehen der Prostituiertenziffern in Zeiten blühenden Geschäftsganges angesprochen werden. Sie treffen aber nur einen Teil des hier zur Diskussion stehenden Problems, das nicht nur aus wirtschaftlichen Ursachen entsteht, sondern daneben auf Gegebenheiten sozialer, sozial- und sexualpädagogischer Prägung beruht. Von diesen oft gewürdigten Dingen soll hier nicht weiter die Rede sein (vgl. dazu: Fürth, Die Geschlechtskrankheiten als bevölkerungspolitisches, soziales, ethisches und gesetzgeberisches Problem. Frankfurt 1920). Wohl aber wird es im Sinne bevölkerungspolitischer Prophylaxe notwendig sein, sich mit drei vielumstrittenen Postulaten des vorliegenden in zweiter Lesung im Ausschuß für Bevölkerungspolitik angenommenen aber immer noch nicht zum Endabschluß gelangten Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten etwas näher zu befassen. Es sind dies die Paragraphen 5, 6 und 10. Der Paragraph 5 handelt von der Gefährdung der Ehe und bestraft das Verschweigen einer Geschlechtskrankheit bei der Heirat mit Gefängnis bis zu 3 Jahren. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Hier sind zwei Dinge zu bemängeln. Warum wird nicht auch dies Verbrechen als Offizialdelikt erklärt, so daß eine Anzeige beim Staatsanwalt auch von dritter Seite erfolgen kann? Das ist in mancher Hinsicht gewiß nicht unbedenklich und kann mißbraucht werden. Aber welches Gesetz, es sei wie auch immer, könnte das nicht? Und wie illusorisch ist andererseits diese Bestimmung eines Antragsdelikts? Wieweit muß es in einer Ehe gekommen sein, bevor eine Frau sich entschließt, eine derartige Anzeige zu erstatten? Es ist weiter unverständlich, daß der Gesetzgeber hier nicht den Anlaß wahrgenommen hat, durch Forderung eines Gesundheitszeugnisses die ganze Angelegenheit in die Interessensphäre der Allgemeinheit zu rücken.

Will einer heiraten, so hat er eine Unmenge Formalitäten zu erfüllen. Er muß den Nachweis erbringen, daß er geboren, irgendwo beheimatet und nicht schon einmal verheiratet ist. Er muß, wenn nicht volljährig, die Heiratserlaubnis der Eltern oder Vormünder

beibringen. Nach seinem Gesundheitszustand fragt niemand, und doch wäre bei Gründung einer Familie nichts wichtiger, als zu wissen, ob die beiden Eheschließungen gesund sind. Bei anderen und minder wichtigen Anlässen besteht der Staat auf Feststellung des Gesundheitszustandes und erkennt damit die Bedeutung dieser Feststellung an. Jeder Beamte, jeder Lehrer muß sich der kreisärztlichen Untersuchung unterwerfen und gefallen lassen, daß von ihrem Befund seine Anstellung abhängig gemacht wird. Die Betriebskrankenkassen verfahren ebenso. Der Vertrauensarzt muß den Gesundheitszustand des Arbeitsuchenden begutachten, bevor man ihn einstellt. Auch die Versicherungsgesellschaften gehen bekanntlich in diesem Punkte höchst vorsichtig zu Werke. All diese Achtsamkeit und Vorsorge mutet fast ein bißchen komisch an, wenn man bedenkt, daß diesen Vorbehaltsuntersuchungen der Gedanke zugrunde liegt, man könne durch An- oder Einstellung, wie durch die Versicherung eines nicht ganz Gesundheitsfesten wirtschaftliche Einbußen erleiden.

Aber diese unfreiwillige Komik entbehrt nicht eines gewissen tragischen Beigeschmacks, wenn man sich gegenwärtig hält, daß dieselben vorsorglichen Gewalten, die hier die Gesundheitserforschung verfügen, die Menschen ohne eine Spur von Gesundheitsprüfung Verbindungen eingehen lassen, bei denen es sich nicht nur um wirtschaftliche Werte und Gegebenheiten, sondern um das kostbarste Gut handelt, das wir überhaupt besitzen: um den ganzen Menschen mit all seiner Zukunftserwartung und um das kommende Geschlecht.

Aus rassepolitischen, aus persönlich gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sittlichen Gründen wäre es, wenn überhaupt irgendwo, so hier geboten, vor der Eheschließung den Nachweis allseitiger Gesundheit zu erbringen. Von der Gesundheit der Ehegatten wird in weitem Umfang ihr wirtschaftliches Fortkommen und ihre soziale Tauglichkeit, wird ganz ausschließlich die Beschaffenheit ihrer Nachkommenschaft bestimmt.

Die Familie ist der Zellkern unseres Gemeinschaftslebens und unserer Gemeinschaftsorganisationen, wie Gemeinde und Staat. Ist dieser Zellkern gesund, so wird auch das sich aus den Einzelzellen zusammensetzende Ganze gesund sein, und da das Gesunde sich aus eigener Kraft erhalten und noch Überschüsse über den eigenen Bedarf erarbeiten kann, während das Kranke von außen gestützt werden muß und Zuschüsse verlangt, haben die staatlichen Ver-

waltungs- und Gesetzgebungskörper ein lebhaftes Interesse an der Gesundheit der sie bildenden Zellen. So ist aus allgemeinen wie aus einzelpersönlichen Erwägungen das Gesundheitszeugnis als obligatorisches Heiratspapier eine Selbstverständlichkeit oder sollte es sein.

Nun kommen aber, auf unseren Spezialfall der geschlechtlichen Erkrankungen angewandt, die ärztlichen Sachverständigen und tun dar, daß man zwar eine offenbare geschlechtliche Erkrankung nachweisen und demgemäß bekunden, daß aber selbst die sorgfältigste Untersuchung die Möglichkeit einer trotz anscheinender Gesundheit vorliegenden Erkrankung nicht ausschließen könne und daß daher ein gewissenhafter Arzt Bedenken tragen müsse, auf Grund einmaliger Untersuchung ein Gesundheitszeugnis auszustellen. Von anderer Seite werden seelische Bedenken dahin geltend gemacht, wie sehr z. B. eine bezügliche Untersuchung das Schamgefühl jugendlicher weiblicher Menschen verletzen müsse. Dem ist entgegenzuhalten, daß ja nicht etwa ein einseitiges Zeugnis über die geschlechtliche Gesundheit vor der Eheschließung beigebracht, sondern daß ein allgemeiner Gesundheitsbefund festgestellt werden soll, von dem die geschlechtliche Gesundheit nur ein Teilgebiet darstellt, bei dessen Erhebung dem Takt des Arztes im von vornherein einwandfreien Einzelfall die Handhabung anheimzugeben ist.

Auch die von namhaften Ärzten, wie z. B. Blaschko, dahin geltend gemachten Bedenken, daß eine einwandfreie Feststellung des bezüglichen Gesundheitszustandes nur auf Grund langwieriger mikroskopischer und bakteriologischer Untersuchungen erfolgen und daß ein gewissenhafter Arzt auf anderer Grundlage kein Zeugnis erteilen könne, sind nicht von der Hand zu weisen. Solcher Feststellung muß der Laie sich beugen und kann oder vielmehr muß trotzdem an der Forderung des Gesundheitszeugnisses festhalten. Auch die Furcht vor Gesetzesverletzung ist ein vorbeugender Faktor, und wenn andererseits nur die mit Sicherheit feststellbaren floriden Fälle ausgeglichen werden, so ist damit schon viel gewonnen.

Nun zu Paragraph 6, der sich mit dem Verbot der Fernbehandlung und der Kurpfuscherei beschäftigt. Er hat im Reichstag leider eine Verschlechterung dahin erfahren, daß man zwar die Behandlung ansteckender Geschlechtskrankheiten den approbierten Ärzten zuweist, bei anderen Leiden der Geschlechtsorgane aber Kurierfreiheit zuläßt. Damit ist dieser Paragraph um seine ganze

Wirkung gebracht. Der Laienbehandler kann sich im gegebenen Fall hinter sein Nichtwissen verschanzen und wird straffrei bleiben. Durch diesen billigen Ausweg ist der ganze Erfolg der Urbestimmung in Frage gestellt, da eine richtige Frühdiagnose die erste Vorbedingung der örtlichen wie allgemeinen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist. Mit dieser Fassung ist zugleich aber auch eine andere heiß umstrittene Forderung, die der ärztlichen Anzeigepflicht im verneinenden Sinne entschieden. Solange der Laienarzt Geschlechtskrankheiten irgendwelcher Art behandeln darf, würde der einzige Erfolg einer Anzeigepflicht der sein, daß die Sprechzimmer der approbierten Ärzte veröden und die Geschlechtskrankheiten bei der sogenannten Behandlung durch Laienärzte alias Kurpfuscher florieren würden. Das wäre aber sicherlich das Schlimmste, was passieren könnte. Die Hauptsache ist doch, daß behandelt und mit Erfolg behandelt wird und daß der behandelnde Arzt die ihm durch den Gesetzentwurf gegebene Möglichkeit hat, den säumigen Patienten vorzufordern und event. eine zwangsmäßige Behandlung einzuleiten. Event. könnte auch eine anonyme Meldepflicht zu statistischen Zwecken eingeführt werden. Die Verfechter der Meldepflicht machen weiter geltend, daß ja auch die Krankenkassenmitglieder im Falle geschlechtlicher Erkrankung gemeldet würden. Das trifft nur teilweise zu, da, wie bereits ausgeführt wurde, auch an die Krankenkassen Meldungen gehen, die von Krankheiten berichten, die letzten Endes nichts sind als Neben- bzw. Folgeerscheinungen geschlechtlicher Erkrankung. Es ist nicht nötig, in diesem Zusammenhang durch mehr als einen Satz darauf hinzuweisen, daß die für sonstige Seuchen geltende Meldepflicht in dem Augenblick auch für Geschlechtskrankheiten eingeführt werden kann, in dem man sich dazu entschließt, in der venerischen Erkrankung nicht länger eine infamierende Schuld, sondern einen nur von sanitären Gesichtspunkten aus zu beurteilenden Unfall zu sehen. Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse sollten diese Gesinnungsumstellung erleichtern.

Der Paragraph 10a des Entwurfs macht die Herstellung und den Vertrieb von Gegenständen, die zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten dienen sollen, von einer amtlichen Prüfung abhängig. Dies begrenzte Zugeständnis bedeutet einen Fortschritt gegenüber der früheren streng ablehnenden Amtsauffassung, die selbst dieses kleine Zugeständnis als zu weitgehend ablehnte und nach wie vor das Verbot der Schutzmittel forderte, von ärztlicher Seite mit

dem Hinweis, daß sie wirkungslos seien, obwohl dagegen vielfältige militärische und Marineerfahrungen sprechen. Eine Vorfrage ist freilich auch von unserem Standpunkt aus zu beantworten: Die Schutzmittel sind dazu bestimmt, die Übertragung der Geschlechtskrankheiten zu verhüten. Die meisten von ihnen dienen daneben zur Verhütung der Konzeption. Beide Tatsachen sind dazu angetan, die Schutzmittel zu diskreditieren, obwohl es konzeptionsverhütende Mittel gibt, die sich jeder Kenntnis und Einwirkung Dritter entziehen. Doch folgert man, daß der Schutz vor Ansteckungsgefahr bei all denen, die nur durch die Furcht vor Ansteckung von sexuellen Ausschreitungen zurückgehalten werden, zu einem Anreiz sexueller Entgleisung werden könne. Diese Auffassung ist gewiß nicht abzuweisen und wird sich im Einzelfall als richtig herausstellen. Im allgemeinen beweist aber doch die Häufung venerischer Erkrankungen, daß die irreguläre Sexualbeziehung auch dann aufgesucht wird, wenn keine die Ansteckungsgefahr ausschaltenden Schutzmittel zur Hand sind. Daher dürfte als ein viel wirksamerer Schutz gegen sexuelle Zügellosigkeiten und damit einhergehende venerische Gefahr einmal die in frühester Jugend einsetzende erzieherische Einwirkung, zum andern aber die Darbietung kulturwürdiger Erholungs- und Erfreuungsmöglichkeiten und Anstalten sein. Willenskultur und Volksbildung, Heimat- und Volkskunst, die Erziehung zu selbstschöpferischem Genießen, zur Freude an der Natur, zu guter Lektüre und harmlosem Frohsin; das sind bessere Helfer im Kampf um eine wurzelechte Sittlichkeit, zur Schaffung von Wehren und Gegengiften einer aufdringlichen Kino- und Varieté pseudokultur, als ein Verbot von Mitteln, deren sich die Verderbten so oder so doch versichern werden, dessen Schärfe daher nur die treffen wird, die ungeschützt der Verführung oder der leidenschaftlichen Aufwallung zum Opfer fallen. Die gewiß gut gemeinte Absicht, auf diesem Weg der Versittlichung zu dienen, muß als völlig verfehlt bezeichnet werden. Man kann Sittlichkeit nicht durch Verbote schaffen, Sittlichkeit kann nicht gelehrt, sie muß gelebt werden! Organisch eins mit dem Erzieher wie mit dem Zögling, muß sie von der Wurzel her das ganze Sein als ein lebendiger Blutstrom durchfluten. Ge- und Verbote sind für sich allein ein Kurieren am Symptom. Wer die Gesunderhaltung will, der muß Sorge tragen, daß die Fäulnis von der Wurzel ferngehalten werde, von dem, was unterhalb der Oberfläche im Wesensinnern der Dinge und Menschen sich entscheidend vollzieht.

Ganz und gar abwegig ist auch die Annahme, daß durch das Verbot der Schutzmittel, das ist der antikonzeptionellen Mittel, die Geburtenzahl erhöht werden könnte. Nicht nur abwegig darum, weil es antikonzeptionelle Mittel und Methoden gibt, deren Anwendung durch kein Gesetz der Welt verhindert werden kann. Mehr noch, weil es eine ganze Reihe von Fällen gibt, in denen wie bei Schwindsüchtigen, Epileptikern, Alkoholikern usw. die Verhütung der Zeugung geradezu zur sittlichen, ganz gewiß aber zur rassebiologischen Pflicht wird.

Wenn wir uns weiter des von uns angeführten Geburtenausfalls infolge venerischer Erkrankung und der Verschlechterung des Nachwuchses erinnern, so müssen wir zu der Erkenntnis kommen, daß es, bevölkerungspolitisch gesehen, den Teufel mit Beelzebub austreiben hieße, wollte man versuchen, dem Geburtenrückgang durch das Verbot der Schutzmittel entgegenzuwirken.

Noch ein Wort zu einer konnexen Frage, der der freiwilligen oder zwangsläufigen Sterilisation. Die Kastration und Sterilisation aus sozialhygienischen Gründen wird seit einer Reihe von Jahren sowohl in der Schweiz als auch in einigen Staaten der Union unter gesetzlicher Sanktion geübt. Im Jahre 1907 wurde in Indiana ein „Gesetz zur Verhütung der Fortpflanzung von Gewohnheitsverbrechern, Idioten, Schwachsinnigen und Notzüchtern“ (vgl. Frankfurter Zeitung vom 24. II. 1912) angenommen, nach dem „wenn nach dem Urteil der kompetenten Organe die Fortpflanzung irgend eines Insassen nicht wünschenswert und eine Besserung seines Zustandes durchaus unwahrscheinlich ist, die Sterilisation vorgenommen wird. In den ersten 4 Jahren nach Annahme des Gesetzes sind nahezu 900 Männer, hauptsächlich Verbrecher, sterilisiert worden.“ In der Schweiz hat man gleichfalls günstige Erfahrungen mit Sterilisation von Geisteskranken oder solchen asozialen Personen gemacht, denen nach erfolgter Operation die Entlassung in die Freiheit zugestanden werden konnte.

Unsere Frage, deren Behandlung tief in das Persönlichkeitsrecht eingreift, ist noch zu neu und zu schwierig, um sie anhangsweise zu erledigen. Sie mußte aber herangezogen werden, weil es dringend notwendig ist, die hier allerseits geübte Scheuklappenpolitik aufzugeben und diesen Dingen in ihrer ganzen Folgeschwere ins Auge zu sehen (vgl. auch die einschlägigen Arbeiten in „Sexualprobleme“ 1912). Und daß man eines nicht zu fernen Tages hier wie auch bezüglich der antikonzeptionellen Mittel zu weittragenden

Reformen kommen muß, macht schon die einfachste Überlegung klar. Man vergegenwärtige sich nur einmal in kühler, volkswirtschaftlicher Betrachtung die Folgen des einen und des anderen Systems. Heute werden etwa 200 000 Kinder jährlich nicht geboren, von denen ein nicht unwesentlicher Teil geboren worden wäre, wenn man die venerische Infektion wirksam verhütet hätte. Und es werden, auf der anderen Seite, von Entarteten, Verbrechern, Trunksüchtigen, Geisteskranken usw. lebensuntaugliche Kinder in die Welt gesetzt, die eine schwere volkswirtschaftliche Belastung darstellen und zu keiner Zeit ihres Lebens die auf sie verwandte Mühe und Kosten lohnen, geschweige denn kompensieren werden.

II. Kapitel.

Die sozialen, wirtschafts- und sozialpolitischen Komponenten der Bevölkerungsvorgänge.

Neben der durch den Krieg veranlaßten Beeinflussung der Bevölkerungsvorgänge gibt es eine Reihe anderer Faktoren, die in entscheidender Weise auf den Stand und die Bewegung der Bevölkerung einwirken. Im Vorübergehen war von ihnen schon die Rede. Nun seien einige von ihnen einer näheren Besprechung unterzogen. Doch seien ihrer Würdigung einige Bemerkungen grundsätzlicher Art vorausgeschickt.

Quantität oder Qualität der Volksvermehrung und Mutterschutz.

Als Niederschlag unserer bisherigen Ausführungen haben wir zu verzeichnen, daß eine große Geburtenzahl keineswegs ein entsprechendes Bevölkerungswachstum verbürgt.

Ferner, daß eine durch frühzeitigen Tod dezimierte Geburtenzahl die Überlebenden in ihren Pflege-, Erziehungs- und Gesamtlebensbedingungen bedroht und schädigt und so die Lebensbilanz des betreffenden Volkes mit einem durch keinerlei aktiven Wert ausgeglichenen Passivposten belastet.

Wir haben dadurch die Erkenntnis gewinnen müssen, daß eine Geburtenfrequenz, mit der die Mittel und Möglichkeiten der Aufzucht nicht gleichen Schritt zu halten vermögen, keine entsprechende Erhöhung der Volkszahl, wohl aber eine Herabsetzung der Volksqualität, des allgemeinen Lebensstandards und der Lebenserwartung bedeutet.

Wir haben weiter aus unserer Untersuchung durchweg Resultate gewonnen, die uns den rückläufigen Charakter der Geburtenbewegung als eine internationale Erscheinung nachweisen. Dann als eine Erscheinung, die das numerische Fortschreiten der Völker (mit Ausnahme des französischen in den letzten Jahren) noch nicht

bedroht hat und sich zu einem nicht unwesentlichen Teil als natürliche Folge verminderter Sterblichkeit charakterisieren ließ. Ferner mußten wir zu der Einsicht gelangen, daß auch weder der fortschreitenden Verstadtlichung noch der vermuteten, aber nicht zutreffenden Abnahme der physiologischen Fruchtbarkeit die Schuld an diesem Rückgang beizumessen sei, sondern, daß er, soweit nicht die verminderte Sterblichkeit als Ursache in Frage kommt, als eine Erscheinung zu kennzeichnen sei, die auf den Rückgang des Zeugungswillens einmal als Folge großer wirtschaftlicher Not, zum anderen als Folge großen Wohlstandes und der sich damit ergebenden und häufig übersteigerten individuellen Kultur- und Lebensansprüche, zurückzuführen ist.

Dieser positiven Feststellung ist nunmehr die Prüfung der Frage zuzugesellen, ob der Geburtenrückgang nicht nur, wie wir nachgewiesen haben, nicht bedrohlich, sondern ob und in welchem Umfang er etwa erwünscht und zu propagieren sei.

Beginnen wir mit einer grundsätzlichen Feststellung. Welche Aufgabe hat die Bevölkerungspolitik?

Durch die Zahl oder vielmehr den Überschuß an Geburten soll das Fortbestehen, die Ausbreitung und das Aufsteigen eines Volkes bewirkt werden. Neben der Volksvermehrung an sich hat sich daher das Augenmerk der Bevölkerungspolitik auch auf die Qualität dieser Vermehrung zu richten.

In diesem Zusammenhang muß sich ohne weiteres das Bestreben zur Hervorbringung einer nicht nur dem Fortbestand, sondern ebenso sehr der Volksqualität und Vorwärtsentwicklung dienlichen Nachkommenschaft ergeben.

Nicht nur Pflanzen und Tiere, sondern ebenso auch Menschen haben dann die meiste Aussicht auf eine in solchem Sinne günstige Entwicklung, wenn der Keim, dem sie entstammen, gesund, wenn der Boden, in den sie gelegt werden, wohlgepflegt und fruchtbar, und endlich, wenn der Raum, das Ausmaß an Licht, Luft und sonstiger Nahrung, dessen sie zu ihrer Entwicklung bedürfen, nicht durch ein Übermaß anders oder auch gleichgearteter Organismen verkümmert, eingeengt und bestritten wird.

Daraus geht mit Notwendigkeit hervor, daß die Aufgabe und Absicht des Rassepolitikers nicht auf eine ungemessene Vermehrung gerichtet sein kann, sondern daß er vielmehr bestrebt sein muß, die Grenze zu ermitteln, außerhalb derer die Quantität nur auf Kosten der Qualität erreicht werden kann.

Selbstverständlich würde es nicht angängig sein, hier allgemeingültige Gesetze aufzustellen und etwa zu dekretieren, daß jede Familie eine bestimmte Anzahl von Kindern hervor bringen müsse, bzw. dürfe, und daß jedes Darüber und Darunter von Übel sei. Eine mechanische Lösung der Frage ist nicht denkbar, denn so wie es kräftige oder entartete Pflanzen, reichen oder armen Boden, günstige oder ungünstige Witterung gibt, so wird die eine Familie imstande sein, eine größere oder große, die andere aber eine kleine oder kleinste Zahl von Nachkommen hervorzubringen und großzuziehen.

Solche individuelle Verschiedenheiten können und sollen nicht ausgemerzt, die Lebenszuversicht, die in der Hervorbringung einer zahlreichen Nachkommenschaft beschlossen liegt, nicht verkümmert werden.

Wohl aber wird es nötig sein, gewisse sozialwirtschaftliche und hygienische Richtlinien zu suchen, um mit ihrer Hilfe das wünschbare Maß der Fortpflanzung festzustellen und jene Punkte zu bestimmen, außerhalb derer eine überstiegene Fortpflanzung zum unmittelbaren Anlaß des Familien-, des Säuglings- und Mütter-, das ist aber des Volksverderbs, wird.

Als erste Anhaltspunkte in dieser Richtung ergaben sich uns Geburtenfrequenzen, Sterbehäufigkeit und Geburtenüberschuß. Ihre Betrachtung hat uns gezeigt, daß bei geeigneter Bekämpfung der Sterbehäufigkeit und besonders der Säuglingssterblichkeit selbst bei sich weiter vermindender Geburtenzahl ein Mehr und ein Besseres an Geburtenüberschuß erreichbar wäre. Sie hat uns ferner gezeigt, daß durch die überflüssige Säuglingssterblichkeit eine unproduktive Jahresausgabe von beträchtlicher Höhe verursacht wird.

Aber diese Baraufwendung ist nicht das einzige und nicht einmal das wichtigste Moment dieser unnützen, weil ungenützten Geburten. Es entstehen im Zusammenhang damit weit schwerer wiegende Verluste an Volkskraft durch die mit diesen unnützen Geburten einhergehende Schädigung der Mütter. Die vielgenannte Untersuchung Hamburgers („Konzeptionsziffer und Kindersterblichkeit in großstädtischen Arbeiterkreisen“, Zeitschr. für soziale Medizin) ergab, daß 1042, teilweise bis zu 20, mindestens aber 10 Jahre verheiratete Arbeiterfrauen insgesamt 7261 Schwangerschaften, aber nur 49,36% Überlebende hatten. Über die Hälfte dieser Konzeptionen hätte demnach besser überhaupt nicht stattgefunden. Sie haben nur Kraft und Geld gekostet und nichts

eingebraucht. Dagegen hatten 119 von Hamburger beobachtete Ehefrauen aus wohlhabenden Kreisen zusammen 416 Konzeptionen, aber 81,97% Überlebende. Volkswirtschaftlich gesehen, kamen so den Armen selbst die Kinder teurer zu stehen als den Reichen; Hunderte und Tausende von Arbeiterfrauen gehen an diesem sogenannten Kindersegen zugrunde. Sie haben Jahr für Jahr ihr Kind oder doch wenigstens ihre Fehlgeburt. Körperlich und wirtschaftlich kommen sie immer mehr zurück. Schließlich werden viele von ihnen tuberkulös, und die Möglichkeit zu genesen, die zu Beginn der Erkrankung vielfach noch besteht, wird abgeschnitten durch immer erneuerte Schwangerschaft. Namhafte Beträge verschlingen die Ausgaben für Hebammen, Särge, Beerdigungen usw.

Noch krasser als bei Hamburger tritt der Jammer des nutzlosen Vielgebärens in der ausgezeichneten Publikation zutage, in der Mayet die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der Ortskrankenkasse Leipzig behandelt hat. Auf die 10752 Wochenbetten der erwerbstätigen Frauen kamen 1666 Fehlgeburten (Aborte) = 15,5%, auf die 11018 Wochenbetten der freiwilligen Mitglieder mit Arbeitsruhe nur 254 Fehlgeburten = 2,3%. Die Fehlgeburten waren demnach bei den erwerbstätig gebliebenen 6,7mal so häufig als bei den freiwillig die Arbeit aussetzenden Frauen. Die Frühgeburten waren bei den Erwerbstätigen (mit 1,7% der Wochenbettzahl) 5,7mal so häufig, als bei den freiwillig Erwerbsuntätigen (mit 0,3%).

Ganz erschütternd aber wird der Sachbestand, wenn wir hören, daß bei den Metallarbeiterinnen, besonders den im Bleigewerbe beschäftigten und den Poliererinnen, auf 100 Wochenbetten 53,6 Früh- und Fehlgeburten entfallen. Und die fürchterliche Tatsache, daß hier von 100 Kindern 53 zugrunde gehen mußten (die absoluten Zahlen der betreffenden Arbeiterinnenkategorie zeigen bei 714 Personen 56 Wochenbetten, von denen 30 Fehlgeburten waren), bevor sie noch das Licht der Welt erblickten, wird fürchterlicher dadurch, daß unter den freiwilligen Mitgliedern bei 43 Wochenbetten nicht eine einzige Fehlgeburt vorkam. So stellt sich, anklagend, aber auch den Weg zur unabweisbaren Notwendigkeit eines umfassenden Mutterschutzes zeigend, neben das Vielgebären die Doppelbelastung der Frau als Gebälerin und Mit- oder gar alleinige Erhalterin der Familie. Jene Doppelbelastung, die sich gerade da am unmittelbarsten auswirkt, wo der „Kindersegen“ am größten ist. Mit geradezu zwingender Notwendigkeit leitet sich aus solchen Sachverhalten die Forderung eines Mutterschutzes, der über das Maß

der reichsgesetzlichen Verordnung von 1923 und ihre neuerliche Ergänzung hinausgeht. Der einmalige Kostenbeitrag von M. 25.— für Entbindung oder Schwangerschaft ist angesichts der heutigen Teuerungsverhältnisse unzureichend und wäre mindestens zu verdoppeln. Auch wäre diese Beihilfe auf alle nichtversicherungs-pflichtigen Mütter auszudehnen. Ebenso ungenügend ist ein Stillgeld von 25 Pfg. täglich und die Bestimmung, daß es nur bis zum Ablauf der 12. Woche bezahlt werden solle. Das Stillgeld wäre gleichfalls zu erhöhen und allen Wöchnerinnen, die es beanspruchen, und ohne Ansehen der nachweisbaren Bedürftigkeit auf die Dauer von 26 Wochen zu gewähren. Das sind Leistungen, die der Staat der Zukunft seines Volkes schuldig ist.

Und um das unnütze Vielgebären hintanzuhalten, müßte unbedingt neben die ärztliche Indikation der Schwangerschaftsunterbrechung die soziale und wirtschaftliche treten, und es müßte sowohl vom strafrechtlichen wie vom medizinischen Standpunkt aus Vorsorge getroffen werden, daß solche Schwangerschaftsunterbrechung nicht auf verbotenen Schleichwegen, sondern unter Assistenz approbierter Ärzte in öffentlichen Anstalten vollzogen würden. Damit wäre der berüchtigte § 218 hinfällig und zugleich der dolosen Abtreibung aus egoistischen Scheingründen ein Damm entgegengesetzt.

Zu fordern wäre endlich das strenge Verbot schwerer Arbeit in Gift- und Schwerindustrien, selbstverständlich unter Gewährung ausreichender Unterstützung für die Frauen, die zur Zeit der Konzeption schon drei Monate in der betr. Industrie gearbeitet haben.

Nun noch ein Wort zur Frage der außerehelichen Mutterschaft. Wäre die außereheliche Mutter sicher, nicht um des Kindes willen verachtet und erniedrigt, sondern einzig und allein danach beurteilt zu werden, ob und in welcher Weise sie dem Kinde gegenüber ihre Schuldigkeit tut, manche Abtreibung, mancher Kindesmord würde verhütet werden. Manch eine Frau, die heute zusammenbricht unter dem Druck von Schimpf und Schande, von Jammer und Not, und das Kind verflucht, dem sie das Leben geben soll, würde erhobenen Hauptes und freudigen Herzens ihrer schweren Stunde entgegensehen. So viele Kinder würden gesünder geboren werden. So manche Lieblosigkeit, manche Vernachlässigung würde unterbleiben. So manches Kind, das heute körperlich oder sittlich zugrunde geht, könnte einem tüchtigen Leben zugeführt werden. Der erste Paragraph des ungarischen Kinderschutzgesetzes lautet: „Jedes Kind, welches durch die Seinigen nicht versorgt werden kann, hat Anspruch auf Versorgung durch den Ungarischen Staat.“

Und in den Motiven zu diesem Gesetz heißt es: „In der neuen Ordnung des Schutzes der verlassenen Kinder läßt der Staat sich nicht mit Liebe herbei zu dem Kinde, das ist Sache des gesellschaftlichen Humanismus, sondern der Staat hebt den Schwachen zu sich mit dem Rechte.“

Bei uns aber wird einstweilen die Unehelichenfrage in einer Weise behandelt, die mit den Forderungen einer fortgeschrittenen sittlichen Kultur ebenso im Widerspruch steht, wie mit jenen, die im Sinne einer vernünftigen Gesellschaftspolitik zu erheben sind. Das altgermanische Recht kannte den Begriff des unehelichen im Sinne von rechtlosen Kinde nicht, und erst eine viel spätere Zeit belud die Unehelichkeit mit dem Stigma der Unehrllichkeit. Unserer Zeit aber war es vorbehalten, den Schlußstein in dies Gebäude einzufügen mit dem monumentalen Satz, daß das uneheliche Kind mit seinem Vater nicht verwandt sei. Nach schweren Kämpfen hat die Reichsverfassung hier einige Milderungen gebracht. Eine volle Gleichberechtigung ist nicht erreicht worden und das Erreichte hat bis zur Stunde geringen Wirklichkeitswert. Und auch dies schmale Recht wird noch weiter geschmälert durch die Zulassung der *exceptio plurium*, die von gewissenlosen Vätern nicht nur geltend gemacht, sondern jeweils geflissentlich vorbereitet wird.

Alle diese Dinge stehen in schneidendem Gegensatz zu den Postulaten eines fortgeschrittenen Sittlichkeitsempfindens, für das vor allem anderen der Satz gelten muß, daß die Sexualsphäre eines jeden unverletzlich, seine private Angelegenheit ist, die ihre Grenzen nur findet, aber auch finden muß am Rechte des anderen, einschließlich der im Staate gegebenen Rechtsvertretung aller.

Aber wie immer man sich zur Frage der sexuellen Moral und der Festlegung von Sensualordnungen verhalten möge: das Kind wohnt im Recht und im Rechtsanspruch durch die bloße Tatsache der Geburt. Daher ist auch die Elternschaft, die sich außerhalb der ehelichen Gemeinschaft ergibt, mit der gesetzlichen Pflicht zu beladen, das ohnehin all der Gemüts- und Sittlichkeitswerte des Familienlebens verlustig gehende uneheliche Kind nicht auch noch durch Verweigerung oder Verkürzung der elterlichen ökonomischen Leistungen und Fürsorgeverpflichtungen einschließlich des Erbrechtes zu schädigen.

Jedenfalls aber ist die Forderung der rechtlichen Gleichstellung der Unehelichen eine Sache jener höheren Gerechtigkeit, von deren Verlebendigung der Stand einer Kultur entscheidend beeinflußt zu werden vermag. Empfinden wir uns als Kulturträger, deren

Aufgabe es ist, ein reiches Persönlichkeitsleben überall zu wecken und zu pflegen, die Achtung vor der Eigenart und dem Eigenwert unseres Nächsten zur Grundlage, zum Grund- und Eckstein unseres Handelns zu machen, so haben wir auch die Pflicht, allem, was Menschenantlitz trägt und vor allem den schutzlosesten und verlassensten Kindern Schutz und Fürsorge im denkbar weitesten Umfange zuteil werden zu lassen.

Dies nicht nur im Namen höherer Kultur und Gerechtigkeit, sondern mindestens ebenso, wie wir von allen Seiten dargetan haben, im Sinn und Interesse gesunder Bevölkerungspolitik.

Kindernot und Bevölkerungspolitik.

Von den Unehelichen war die Rede und von den unnütz, weil zum Sterben Geborenen. Nun zu den Kindern im allgemeinen. Zuerst tritt uns da wiederum das Säuglingssterben und die Säuglingsschädigung infolge schwerer oder Überarbeit der Mütter entgegen. Wir beziehen uns hier, um jeden bezügl. Einwand von vornherein zu entkräften, in der Hauptsache auf Vorkriegsdaten.

Nach den Untersuchungen von Franqués besteht ein großer Gewichtsunterschied zwischen den Neugeborenen der einige Zeit vor der Niederkunft nicht bzw. nicht mehr arbeitenden Frauen und jenen der bis unmittelbar vor der Niederkunft Erwerbstätigen. Das Durchschnittsgewicht der Kinder von Müttern, die in den letzten 6—8 Wochen vor der Geburt nicht mehr zu arbeiten brauchten, übertraf (nach Pinard) das der Kinder nicht geschonter Schwangerer um 300 g, bei 60tägiger Ruhe um 400 g. Zusammenfassend und ergänzend sagt von Franqué dazu: „Betrachten wir zuerst die Schwangerschaft, so bedarf es kaum eines Beweises, daß eine schlecht genährte, blutarme, seelisch und körperlich heruntergekommene Schwangere nach der Entbindung nicht in dem gleichen Maße und mit der gleichen Gewißheit wie eine kräftige und wohlgenährte Mutter dem Kinde den einzig sicheren Schutz gegen alle Gefahren des Säuglingsalters, die Brustnahrung, wird reichen können, selbst wenn sie das Kind reif und kräftig geboren hat. Aber nicht einmal das vermag sie in vielen Fällen. Es ist nachgewiesen, daß schlechte Ernährung und schwere Arbeit in der Schwangerschaft nicht nur häufiger zum Tode der Frucht kurz vor der Geburt, sondern auch zu der Geburt unreifer, schwächerer, das normale Durchschnittsgewicht nicht erreichender Kinder führt,

die dann natürlich den Gefahren des Säuglingsalters rascher und leichter erliegen als ausgetragene und vollwichtige Kinder.“

Soweit das Plaidoyer des ärztlichen Praktikers. Wir müssen daraus noch einmal, und zwar im Namen gesunder Bevölkerungspolitik und unter Hinweis auf den durch eine besonnene Arbeiter- und Mutterschutzpolitik bereits erreichten und ferner erreichbaren Zuwachs an produktiven Lebensjahren, die Forderung eines umfänglichen und ausreichenden Schutzes der Mutterschaft durch Mutterschaftsversicherung herleiten. Ferner das Verbot von Frauenarbeit in gefährlichen, besonders aber Giftindustrien, eine weitere Herabminderung der Arbeitszeit der Frauen und eine Erhöhung des Lohnes, die ihnen eine ausgiebigere Entlastung und Schonung im Alltagsleben wie in Zeiten der Krankheit und des Wochenbettes möglich macht. (Einen Teil dieser Forderungen hat die Kriegsnot ihrer Erfüllung entgegengeführt. In drei Kriegsverordnungen wurde allen Müttern eine Wochenbetsunterstützung, Wöchnerinnengeld für 8 Wochen, Kostenbeitrag für Hebamme oder Arzt und ein Stillgeld für 12 Wochen zugebilligt. Nach dem Krieg wurde hier fortgefahren, doch fehlt noch bis zur Stunde das großzügige Gesetz, das allen bedürftigen Müttern die Möglichkeit gibt, gesunde Kinder zu gebären und sie unter gesunden Bedingungen aufzuziehen.)

Und wir müssen endlich eine weitere Verminderung der überschüssigen Geburten fordern. Nicht nur um der Mütter, sondern auch um der Kinder und Väter, um des gesamten Volkswohles willen. Denn die rasch wieder wegsterbenden Säuglinge und die schwächlichen Überlebenden schädigen ja nicht nur die Mütter. Sie nehmen auch den Geschwistern, die schon da sind, Licht, Luft und Lebensfreude und das Brot vom Munde weg. Sie verdammen sie zu vorzeitiger Erwerbsfron und stehlen ihnen Kindheitsglück und Jugendlust, diese so berechtigten, so unerläßlichen Gefährten sorgloser oder vielmehr sorglos sein sollender Jugend.

Ja, es ist leider nicht zuviel gesagt und kann jederzeit durch traurigste Zahlen belegt werden, daß jene zuviel Geborenen, frühzeitig wieder Hinwelkenden und Wegsterbenden oder einem verkümmerten Leben Entgegengehenden die unschuldig-schuldige Ursache der Verwahrlosung, der Entartung und damit des Nieder- oder Untergangs der älteren Geschwister werden.

So ergab sich z. B. bei einer im Laufe eines Jahres an 200 Fürsorgebedürftigen in der psychiatrischen Klinik zu Frankfurt a. M. angestellten Untersuchung, daß in 55% der Fälle mangelnde Auf-

sicht eine wesentliche Mitursache der Verwahrlosung war. Alle diese Dinge sind so bekannt und so oft gewürdigt, daß es genügen mag, an dieser Stelle auf die einschlägigen Publikationen von Agahd, Spann, Rühle, Gruhle und vieler anderer hinzuweisen.

Zu dem sittlichen und sozialen gesellt sich und zwar besonders leicht in kinderreichen Familien, der physische Verfall. Sehr lehrreich sind in dieser Richtung die schulärztlichen Berichte. Da finden wir die bekannte Tatsache bestätigt, in welchem hohem Maß Längenwachstum und Körpergewicht von der Gestaltung der gesamten Lebenslage beeinflußt werden. Sechsjährige Knaben in Berliner Gemeindeschulen wogen 20,1 kg und maßen 113,6 cm, 14jährige 37½ kg und 146,6 cm, 6jährige Gymnasiasten dagegen hatten 22,3 kg Gewicht und 118,3 cm Längenmaß und 14jährige wogen 41,1 kg und maßen 156,6 cm. So ergaben sich zwischen beiden Kategorien Gewichtsunterschiede von 4—4½ bzw. von 7 bis 7¼ Pfund und Längenunterschiede von 5 bzw. 10 cm.

Als eine weitere Folge der schlechten Ernährung und Lebensverhältnisse ist die Zunahme von Blutarmut und Tuberkulose im Kindesalter zu kennzeichnen. Der amtliche Bericht über die Tätigkeit der Berliner Schulärzte im Schuljahr 1904/5 widmet dem Kampf gegen die Tuberkulose einen besonderen Abschnitt. Die Berliner Schulärzte untersuchten im letzten Schuljahr 34562 eben schulpflichtig gewordene Kinder. 2962 dieser Kinder wurden wegen mangelhaften Gesundheitszustandes noch nicht zum Schulbesuch zugelassen. 7089 andere wurden zwar zugelassen, aber in ärztliche Überwachung genommen. Unter den zurückgestellten Kindern litten 87 an Knochentuberkulose, und 131 an Lungentuberkulose. Unter den in Überwachung genommenen Kindern 75 bzw. 187. Insgesamt wurden 24225 Kinder überwacht, von denen 235 an Knochen- und 890 an Lungentuberkulose litten.

Die Gesamtzahl der Tuberkulosesterbefälle hat sich vermindert. Bei den Schulkindern aber hat sich die Sterbeziffer für Tuberkulose nicht ermäßigt, sondern sie ist sogar noch gestiegen. In Preußen starben an Tuberkulose von je 10000 Kindern des 6. bis 10. Lebensjahres im Jahre 1876: 8,35, aber im Jahre 1902: 9,94, von je 10000 Kindern des 11. bis 15. Lebensjahres 11,44 bzw. 11,69.

Ein schulärztlicher Bericht aus dem hessischen Heimarbeitskreis Offenbach-Dieburg („Vorwärts“ vom 24. April 1908) deckt gleichfalls eine Fülle sozialen Elends auf. Von 2493 Einzuschulenden wurden 2351 untersucht. Davon waren 892 schlecht, 65 ganz schlecht ernährt. In Prozenten ausgedrückt betrug die Zahl der

schlecht ernährten Schulanfänger im Jahre 1902: 29,9, 1903: 37, 1904: 37,1, 1905: 34,9, 1906: 36,1 und 1907: 37,9.

Das war 1907 und seitdem haben wir die noch andauernden Hungerzeiten bekommen.

In anderen Teilen Deutschlands ist es nicht besser. Ein Schularztbericht aus Magdeburg (mitgeteilt in dem amtlichen Bericht über das Gesundheitswesen im preußischen Staat 1907) erzählt, daß von 742 Schülern 92, das sind 12%, überhaupt kein Mittagessen bekamen. Münchener Erhebungen gehen in ähnlicher Richtung und Dr. Bernhard stellte fest, daß von 3700 Kindern seines Berliner Schulkreises nur 42% der Knaben und 39,1% der Mädchen gut oder befriedigend ernährt waren.

Tugendreich und Fürst sind in bezug auf den Einfluß der sozialen Lage auf Krankheit und Sterblichkeit wie auf die Schultauglichkeit des Kindes zu gleich betrübenden Ergebnissen gelangt.

Der schlechten Verfassung der Kinder entspricht die Allgemeinalage der Familien. Sie verschlechtert sich in jedem Sinne um so mehr, je größer die Kinderschar und je schärfer dadurch der Kampf ums Dasein ist. Die Nervenerkrankungen, diese jüngste und übelste Folge moderner Entwicklung, nehmen in unheimlicher Weise auch in der Arbeiterbevölkerung zu. Von den bis zum 20. Lebensjahre wegsterbenden Männlichen erlagen nach den bezüglichen Statistiken des Reiches und Preußens zwischen 1901 und 1903 von 100:30 Nervenkrankheiten und ähnlichen, 20 den eigentlichen Zehrkrankheiten, wie Atrophie, Tuberkulose, Skrofulose, Rachitis und im ganzen nur 13% den akuten Infektions- und anderen Krankheiten, deren Verlauf und Ausgang, das hat die oben angeführte Publikation Tugendreichs dargetan, übrigens auch nicht unwesentlich von der sozialen Lage der Eltern bestimmt wird.

Und da ist die Wohnungsfrage, ist Wohnungsnot und Wohnungselend, das wiederum die kinderreichsten Familien am härtesten trifft. Die Schwierigkeit der Wohnungsbeschaffung begegnet sich hier mit hohen Mietpreisen und schlechter Beschaffenheit der Wohnung.

Nun wäre es gewiß eine unzulässige Verallgemeinerung, wenn wir alles das einzig und allein auf das Schuldkonto zu hoher Geburtenzahlen setzen wollten. Das eine darf aber als außer allem Zweifel feststehend angesehen werden, daß neben den bekannten Ursachenreihen anderer Art der Geburtenüberzahl ein großer Teil der sich hier ergebenden Lebensmängel zuzurechnen ist und daß Unterernährung, Wohnungsnot und Wohnungselend, die Nöti-

gung der Kinder zum vorzeitigen Miterwerb in proletarischen Familien regelmäßig mit großer Kinderzahl zusammentreffen.

Nun noch einige Nachkriegsangaben. In der Zeitschrift für Kinderheilkunde veröffentlicht Professor Dr. Schlesinger das Ergebnis langjähriger persönlicher Beobachtungen und Untersuchungen der Kriegs- und Nachkriegszeit, einheitlich und von einem und demselben Beobachter vorgenommen an Knaben jeder Altersstufe vom Säugling bis zum 18jährigen Jüngling und aus allen Bevölkerungsschichten. Ein Material also, das an Sachlichkeit und Umfänglichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Die erste Abhandlung befaßt sich mit dem Straßburg der Kriegszeit, die zweite mit Frankfurter Kindern. Wir müssen es uns versagen, auf den reichen Inhalt dieser Darlegungen im einzelnen einzugehen, und lassen uns an einigen zusammenfassenden Stichproben genügen. Von der Kriegszeit heißt es: „Gegenüber der Unterernährung treten die mangelnde Körperpflege, der Rückgang der gesamten Hygiene bei der starken außerhäuslichen Inanspruchnahme der Mütter, die durch mancherlei Umstände bedingte größere Gefährdung durch Infektionen, die Unvollkommenheit der Erziehung infolge des Fehlens der väterlichen Autorität, des häufigen Ausfalles der Schulaufsicht, an Bedeutung zurück.

Eine Minderung des Längenwachstums zeigte sich erst im 3. Kriegsjahr 1917, nachdem zuvor sogar um 1—2 cm größere Zahlen als 1913 ermittelt waren. Größer ist der Gewichtsunterschied, allerdings nur auf der Mittelstufe und bei den Schulentlassenen, wo der Unterschied gegen 1913: 1½—2½ kg beträgt. Am härtesten betroffen sind die Kinder aus dem Mittelstand. Der Verlust betrug durchschnittlich 6—7% des Körpergewichts, bei den erwachsenen jungen Leuten bis 9%. Den größten und regelmäßigsten Rückstand zeigten 1918 gegenüber 1913 die 14jährigen und älteren Schüler des Gymnasiums, das am meisten von Angehörigen der oberen Stände und des Mittelstandes besucht war. Nach dem schlimmen Rübenwinter zeigten sich im Juli Gewichtsabnahmen von 49%, gegenüber 31% in 1916 und 20% in 1909. Viele Knaben wurden dadurch um ein volles Entwicklungsjahr zurückgeworfen. Günstig eingewirkt hatte der Krieg auf Blutarmut und Verkrümmungen der Wirbelsäule, während die Tuberkuloseerkrankungen und Sterbefälle von Ausgang 1916 bis Mitte 1917 und von Ende 1918 und in 1919 sich häuften.

Aber — und das trifft mit den von uns an anderer Stelle geltend gemachten Befürchtungen zusammen — die schlimmsten Kriegs-

wirkungen treten erst in der Nachkriegszeit zutage. In das Jahr 1920 fällt der tiefste Stand des Längenwachstums mit 3—5 cm. Die Jahre 1921 und 1922 bringen eine deutliche Besserung, zum Teil eine sprunghafte Wachstumssteigerung. Das gilt besonders für die Volksschüler, während bei den Kindern des Mittelstandes die Reparation lange nicht so ausgesprochen und regelmäßig einsetzt. Auch dies ein deutlicher Beweis des unlöslichen Zusammenhangs zwischen Wirtschaftslage und bevölkerungspolitischen Gegebenheiten. Der Mittelstand litt und leidet am schwersten unter den ökonomischen Folgeerscheinungen des Krieges und besonders der Nachkriegszeit. Und daß es sich hier wirklich um ökonomische Ursachen handelt, geht mit aller Deutlichkeit daraus hervor, daß mit der von uns mehrfach betonten Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage im 2. Halbjahr 1922 und in 1923 eine sichtbare Verschlechterung des gesundheitlichen Habitus der Kinder einhergeht. Derart, daß meist Zahlenwerte von 1920 ausnahmsweise auch Senkungen bis nahe an den tiefsten Stand beobachtet werden. In der Gewichtszunahme trat 1923 gleichfalls ein Rückschlag ein. Diese Feststellungen finden eine bedauerliche Bestätigung durch die Denkschrift des preußischen Wohlfahrtsministeriums über den Gesundheitszustand der Schulkinder: „Das Elend in unserem Volke“. 40% aller Schulkinder zeigen Unterernährung, in manchen Städten steigt ihre Zahl bis zu 90%, zahlreiche Kinder wissen überhaupt nicht mehr, was Fleisch ist, 10% der Schulpflichtigen müssen vom Schulbesuch zurückgestellt werden. So sieht es mit der Ernährung aus; mit Bekleidung und Unterkunft steht es vielfach nicht besser.“

Bei den Kleinkindern mußte man, und ganz besonders in den Nachkriegsjahren, feststellen, daß die etwa im 3. Lebensjahr stehenden am meisten von allen Altersstufen der Kindheit Not gelitten haben und Not leiden. Hier häufen und summieren sich die aus den verschiedensten Notständen resultierenden Schäden, so hinsichtlich der Ernährung der Milchmangel — bis zum 2. Lebensjahr ist die Belieferung mit Milch in der Regel besser —, hinsichtlich des Wohnens der allzu selten unterbrochene Aufenthalt in engen, ungenügend gelüfteten und belichteten Wohnungen, namentlich während der kälteren Jahreszeit, dazu die Häufung von Infektionen, die Ansteckung durch die älteren Geschwister, woraus sich die mit Gewichtseinbußen Hand in Hand gehende Verringerung der natürlichen Widerstandskraft ergibt. „Und im Gegensatz zum Allgemeinzustand der Säuglingssterblichkeit gehen die Sonder-

beobachtungen Schlesingers in folgender Richtung: „Die ungünstigsten Zahlen sind die von 1922/23 bzw. 1923. 1919 entsprachen 25% der Säuglingskurven meines Materials der Norm, 28% verhielten sich günstiger, 47% ungünstiger. Im Jahre 1923 aber deckten sich nur etwa 13—17% der Kurven mit dem normalen Verhalten, 18—22% wiesen einen günstigeren Verlauf auf, und 61—69%, also zwei Drittel, blieben hinter dem normalen Verhalten mehr oder weniger stark zurück.

Von der Rachitis heißt es: „Die Ziffern waren 1918/19 von 20 auf 25% gestiegen. In den folgenden drei Jahren 1920—1922 ist eine deutliche und stetige Abnahme festzustellen, auf 19, ja 15%. Aber bei den in der zweiten Hälfte des Jahres 1922 geborenen Kindern dreht die Häufigkeitskurve bereits wieder um; die Auszählung ergibt 1923 wieder 20%. Bei den Kindern im Schulalter ist im letzten Jahrfünft eine wesentliche Zu- oder Abnahme der Rachitis kaum zu bemerken“.

So vervollständigt dies Bild aus der Kriegs- und Nachkriegszeit das, was uns schon die heute von uns als Traumland der Fülle angesehene Vorkriegszeit an Kindernot und Verkümmern gebracht hatte. Auch dies ist in seiner engen Verbundenheit mit wirtschaftlichen Gegebenheiten und Geschehnissen eine starke Mahnung, die Gesundung und den Wiederaufstieg Deutschlands von der wirtschafts- und sozialpolitischen Seite her vorzunehmen.

Wirtschaftspolitische Erwägungen zur Bevölkerungsfrage.

Grotjahn sagt in seiner Sozialen Pathologie:

„1. Die sozialen Verhältnisse schaffen oder begünstigen die Krankheitsanlage.

2. Die sozialen Verhältnisse sind die Träger der Krankheitsbedingungen.

3. Die sozialen Verhältnisse vermitteln die Krankheitserregung.

4. Die sozialen Verhältnisse beeinflussen den Krankheitsverlauf.

Die allgemeine soziale Lage differenziert sich nach Art der Ernährung, Wohnung, Kleidung, Lebensgenuß, Kinderaufzucht und Volksbildung.“

Als weiterer Beweis für die soziale Bedingtheit der Erkrankung und Sterbehäufigkeit diene eine Tabelle des gleichen Werkes, aus der hervorgeht, daß auf je 10000 Lebende jedes Geschlechtes und jeder Altersstufe kommen Gestorbene:

	bei den Wohlhabenden	beim Mittelstand	bei den Ärmeren	Insgesamt
Gesamtzahl der Gestorbenen	73	107	196	125
0— 1 Jahre	489	909	2558	1676
1— 5 „	28	92	262	156
5—15 „	17	25	40	29
15—30 „	12	27	66	32
30—60 „	62	86	136	94
über 60 „	507	561	509	526

„Die Gesamtsterblichkeit der Kinder von weniger als einem Jahr ist also in der sozialen Unterschicht ganz enorm. Sie ist rund fünfmal so groß wie bei den Wohlhabenden und nicht ganz dreimal so groß wie beim Mittelstand.

Und es gibt Krankheiten, die ohne wesentliches Zutun der Ärzte oder Gesundheitsbehörden allein durch Hebung des ökonomischen Niveaus der Bevölkerung zum Verschwinden gebracht worden sind. Andere Krankheiten werden wieder durch die wirtschaftliche Hebung ihrer Bösartigkeit entkleidet, und noch andere lassen wenigstens in ihrer Häufigkeit nach.“

Wollen wir also den Schlüssel zu den Bevölkerungsvorgängen der Nachkriegszeit, so müssen wir versuchen, die bevölkerungspolitischen Daten durch solche wirtschaftspolitischer Art zu ergänzen.

Deutschland war während des Krieges gezwungenermaßen zur geschlossenen Volkswirtschaft übergegangen, und wie jede Erscheinung, wie absurd oder zwangsmäßig sie an sich sein möge, ihre Apostel und Enthusiasten findet, so hat es nicht an Stimmen gefehlt, die eine Aufrechterhaltung dieser uns von der Not aufgezungenen geschlossenen Volkswirtschaft auch für die Zeit nach dem Krieg forderten. Überpatrioten, die anscheinend vergessen hatten, daß ein Land mit vergleichsweise armen, zweifellos aber für eine dichtgedrängte industrialisierte Bevölkerung unzureichenden Ackerboden nicht auf Einschränkung, sondern auf Ausdehnung seines Verkehrs mit dem Ausland in Ein- und Ausfuhr angewiesen ist. Dabei war von vornherein als Axiom gegeben, daß ein Land, das nicht genug Unterhaltungsmittel für eine große Bevölkerung hat, gezwungen ist, mehr an Mengen ein- als auszuführen. Ganz von selbst erwächst aus diesem mengenmäßigen Mehr der Einfuhr die Nötigung, die Ausfuhr so an Qualität zu steigern, daß durch den Wert der mengenmäßig geringeren Ausfuhrquote die Einfuhren bezahlt und darüber hinaus auch die uns aus dem ver-

lorenen Krieg erwachsenden Lasten und Auflagen berichtigt werden können.

Auch in der Vorkriegszeit war unsere Handelsbilanz passiv. Diese Passivität wurde aber überausgeglichen durch unsere aktive Zahlungsbilanz, die zustande kam erstens durch unsere Zinsansprüche an das Ausland, zweitens durch in Auslandsunternehmungen zinsbringend angelegtes Kapital und drittens durch den Ertrag unserer großen Überseetransportunternehmungen. Das alles müssen wir zur Stunde entbehren. Wir entbehren darüber hinaus einen wesentlichen Teil unserer im nunmehr von Deutschland abgetrennten Gebiete belegenen Rohstoffquellen und landwirtschaftlichen Produktionsstätten. (Nach der den von der Reparationskommission eingesetzten Ausschüssen überreichten amtlichen Denkschrift „Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen“, auf die ich mich im folgenden beziehe, desgl. auf die verschiedenen Jahrgänge von Wirtschaft und Statistik, die Wirtschaftskurve der Frankfurter Zeitung und eigene Quellen). Nach einer Würdigung der drei starken Pfeiler der Volkswirtschaft, und zwar einer hochentwickelten Landwirtschaft, der Verfügung über die Rohstoffe für eine mächtige Schwerindustrie und die durch den Wohlstand ermöglichte gute Ausbildung der Kopf- und Handarbeiter und Heranbildung einer wachsenden Schar von Führern in Technik und Wirtschaft, heißt es dort: „Dieser wirtschaftliche Mechanismus mit einem stark ausgebildeten Kredit- und Verkehrssystem ruhte auf der Grundlage eines kaufkräftigen Binnenmarktes, der 70—80% der jährlichen Erzeugung aufnehmen konnte. Ihrer ökonomischen Leistung entsprechend hob sich im besonderen der Konsum der Arbeitermassen von Jahr zu Jahr. In dem fraglichen Vierteljahrhundert stieg der Verbrauch an Brotgetreide absolut um 99%, je Kopf um 41%; der Verbrauch an Kartoffeln absolut um 137%, je Kopf um 76%. Der Zuckerkonsum wuchs um 109%, der Verbrauch an Baumwolle um über 70% je Kopf.

So zeigt die deutsche Volkswirtschaft in den Jahren vor dem Kriege alle Symptome der Gesundheit: starke Geburtenziffern, rapides Absinken der Sterblichkeit, einen Geburtenüberschuß von jährlich 80000 Menschen, die zu 97% in der Heimat Arbeit und Nahrung fanden. Die Rente der industriellen Arbeit stieg, sie wurde 1913 auf 7—8% beziffert; die Arbeitslosigkeit war auch in Krisenzeiten gering. Deutschland wurde von Jahr zu Jahr ein besserer Markt für den Absatz ausländischer Waren. Es war 1913 der beste Käufer Englands (abgesehen von seinen Kolonien), Rußlands,

Belgiens und Italiens, der drittbeste Käufer Frankreichs und der Vereinigten Staaten. Die Arbeitsteilung innerhalb der Weltwirtschaft, die der Eintritt Deutschlands in den Kreis der großen Handelsvölker bewirkt hat, ist diesen selbst nicht weniger als Deutschland zugute gekommen.

Wie anders nach dem Krieg. Infolge der Gebietsabtretungen hat sich die Bevölkerung um 10%, die Anbaufläche für Brotgetreide und Kartoffeln um 17% vermindert. An industriellen Rohprodukten hat Deutschland 26% der Steinkohlenproduktion verloren. Vier weitere Prozent kosteten die Reparationslieferungen und der Zechenselbstverbrauch. Und von den verbleibenden 70% wurden weitere 76% während der Ruhrbesetzung der deutschen Verfügung entzogen. Drei Viertel der Eisenerze, zwei Drittel der Zinkerze sind mit den Industriegebieten in Lothringen und Oberschlesien abgetreten worden. An die Stelle einer Mehrausfuhr des deutschen Zollgebiets von 660000 Tonnen Roheisen im Jahre 1913 trat 1922 eine Mehreinfuhr von rund 140000 Tonnen Roheisen. Die Mehrausfuhr von 690000 Tonnen Eisenhalbzeug im Jahre 1913 ist 1922 durch eine Mehreinfuhr von 220000 Tonnen ersetzt worden.

Die schwerste Einbuße aber hat Deutschland an seiner Arbeitskraft erlitten. Durch die unmittelbaren Folgen des Krieges durch Tod und Verstümmelung sind der Produktion mehrere Millionen Menschen im besten Lebensalter verloren gegangen. Dazu kommt eine tiefgreifende politische Umwälzung, welche die Arbeitsleistung der Massen im Zusammenhang mit den Überanstrengungen des Krieges und der Unterernährung äußerst nachteilig beeinflußt hat. Die Entbehrungen der Nachkriegszeit haben eine Erholung von diesen Schädigungen verhindert. An den Folgen der Geldentwertung sind in den letzten Jahren aber auch die Mittelschichten des Volkes, der Nährboden für die geistige Arbeit, zugrunde gegangen. Die Ausbildung der Handarbeiter hat unter den Kriegsfolgen und dem materiellen Zwang zu frühzeitigem Geldverdienst gleichfalls schwer gelitten. Damit ist die Aussicht geschwunden, die alte Qualitätsarbeit in absehbarer Zeit wieder zu erzielen. Der Wert der deutschen Produktion ist daher auch um mehr als ein Drittel gesunken.

Für die jetzige Gestaltung von Deutschlands Handel ist charakteristisch, daß der Anteil der unentbehrlichen Güter an der Einfuhr von 50% auf fast zwei Drittel gestiegen ist. Der Umsatz auf dem Weltmarkt im allgemeinen ist um ein Drittel zurückgegangen, weil infolge des Krieges große Gebiete für den Absatz

ausgefallen sind und der Wohlstand allgemein gemindert ist.“
Einige Zahlen mögen die Sache veranschaulichen.

Tabelle XXV.

Die deutsche Ein- und Ausfuhr in 1923 und Januar-Juni
1924.

	Einfuhr in 1000 G.-M.	Ausfuhr in 1000 G.-M.	Einfuhr in 1000 G.-M.	Ausfuhr in 1000 G.-M.
I. Lebende Tiere	32 542	3 122	44 488	2 612
II. Lebensmittel u. Getränke	1 203 725	1 313 367	1 033 705	1 506 82
III. a) Rohstoffe	3 106 878	3 674 99	2 004 495	1 700 90
b) Halbfertige Waren	806 016	3 626 70	440 661	1 811 55
IV. Fertige Waren	920 391	5 199 739	924 304	2 315 137
V. Gold und Silber und nicht bearbeitete Münzen	11 839	14 765	32 987	7 603
Zusammen 1923	6 081 391	6 079 154	4 480 640	2 827 279
1913	11 206 100	10 198 600		
1923 in Prozenten von 1913:	54,3	59,6		

In Mengen ergibt ein auf Grund der Vorkriegswerte gewogener Vergleich in Einfuhr 43%, in Ausfuhr 52,4% von 1913. Im Juni 1924 ergab sich eine starke, hauptsächlich Rohstoffe und Lebensmittel betreffende Einfuhrminderung, bei gleichzeitig steigender Tendenz der Einfuhr von fertigen Waren, während andererseits die Ausfuhr im allgemeinen, besonders aber bei Fertigwaren, etwas nachläßt. Im ganzen gestaltete sich der reine Warenverkehr im ersten Halbjahr 1924 und im Vergleich zu demselben Zeitraum 1923 wie folgt:

Tabelle XXVI.

Reiner Warenverkehr in Millionen Goldmark.

(Nach Gegenwartswert.)

	Einfuhr		Ausfuhr		+ Einfuhrüberschuß - Ausfuhrüberschuß	
	I.Sem. 1924	I.Sem. 1923	I.Sem. 1924	I.Sem. 1923	I.Sem. 1924	I.Sem. 1923
I. Lebende Tiere	44,5	21,3	2,6	1,6	+ 41,9	+ 19,7
II. Lebensmittel u. Getränke	1 033,7	577,2	150,7	73,6	+ 883	+ 503
III. a) Rohstoffe	2 004,5	1 728,6	170,1	351,8	+ 1 834,4	+ 1 799,4
III. b) Halbfertige Waren.	440,6	422,6	181,2			
IV. Fertige Waren	924,3	439,1	2 315,1	2 552,4	- 1 390,8	- 2 113,3
Zusammen	4 447,6	3 188,8	2 819,7	2 979,4		

In erschütternder Weise wird das Bild der amtlichen Darlegung vom Dezember 1923 durch die Entwicklung der Zustände

im 1. Semester 1924 bestätigt und ergänzt. Um 1600 Millionen Goldmark übersteigt die Einfuhr im 1. Semester 1924 die der gleichen Zeit von 1923. Von diesem Jahr 1923, das in Ein- und Ausfuhr nur die Hälfte der Friedenswerte repräsentiert. Eisenerze gehen in der Einfuhr von 140243000 dz in 1913 auf 110137000 in 1922 zurück. Dieser Rückgang ist um so bezeichnender, als die lothringische Minette, die 1913 Inland war, heute unter Einfuhr figuriert. Die Einfuhr von Bau- und Nutzholz ist von 62396000 dz auf 24659000 zurückgegangen.

Im einzelnen ist schon für 1924 als besonders erschwerend der starke Einfuhrückgang lebenswichtiger Nahrungsmittel bei gleichzeitiger Verminderung der Eigenproduktion um 73 Mill. dz (auf dem jetzigen Gebietsumfang) infolge des Mangels an Düngemitteln und der abgetrennten Gebiete zu konstatieren. Auch, daß an Stelle hochwertiger Weizen- die Erhöhung der Roggeneinfuhr tritt. In 1000 dz betrug die

	Einfuhr		Januar-Oktober	Ausfuhr	
	1913	1922	1923	1913	1922
Weizen	25460	13926	4306	5383	43
Roggen	3525	5396	8054	9345	20

Der Zuckerverbrauch hat sich von 1913 auf 1922 von 19,2 kg pro Kopf und Jahr auf 20,7 in 1922 oder um 7,7% erhöht. Dagegen ist der Verbrauch von Reis von 2,49 kg in 1913 auf 1,64 in 1922 oder um 34,1%, der Konsum von Heringen von 2,89 kg auf 1,73 oder um 40,1% zurückgegangen.

Mit am kennzeichnendsten für die Lage ist die Gestaltung des Fleischverbrauchs. Er betrug im Jahre 1913 auf den Kopf der Bevölkerung 43,15 kg und im Jahre 1922 26,71 kg. Es hat pro Kopf eine Verminderung um 16,44 kg oder 38,1% stattgefunden. Roggen wurde 1913/14 pro Kopf 153,1 kg, 1922/23 91,9 kg verbraucht. Bei Weizen lauten die bezüglichen Ziffern auf 95,8 bzw. 47,6 kg bei Kartoffeln auf 700,2 bzw. 573,2 kg. Selbst wenn wir hier für 1913 einen gewissen Überverbrauch annehmen wollten (bei Fleisch trifft das sicher nicht zu), ist die Spannung zwischen 1913 und 1922 so groß, daß man in bezug auf die gesundheitliche Mißwirkung besorgt sein muß, da die kleine Erhöhung im Zuckerverbrauch nicht für den ganzen Schaden aufkommen kann. Es muß hier allerdings einschränkend bemerkt werden, daß man zweifel-

los die Nahrungsmittel in Deutschland pfleglicher behandelt als vor dem Krieg und weiter, daß der erhöhte Verbrauch von Pflanzen- und Kunstfetten in etwas den Schaden ausgleicht.

Aber auch nach all diesen Einschränkungen ist der wirtschafts- und handelspolitische Untergrund, auf dem das Schicksal Deutschlands sich entrollt, überaus düster. Er mußte gezeigt werden, da nur so der unlösliche Zusammenhang zwischen der großen Politik, der daraus erfließenden Wirtschaftslage und den bevölkerungspolitischen Geschehnissen deutlich zu machen ist. Wir hatten im bevölkerungspolitischen Teil die Einwirkung dieser Dinge auf Heirats- und Geburtenziffer, gesundheitliche Verfassung und Lebenserwartung nachzuweisen. Wir müssen die Allseitigkeit der Einwirkungen wirtschaftspolitischer Herkunft nun auch in bezug auf den wirtschaftlichen und sozialen Habitus der Bevölkerung und die daraus resultierenden Bevölkerungsvorgänge prüfen.

Die Sozialpolitik und das Bevölkerungsproblem.

In der von uns angezogenen amtlichen Darstellung der Kriegswirkungen war als die schwerste Einbuße, die Deutschland erlitten hat, die an Arbeitskraft genannt. Darunter sind nicht nur die unmittelbaren schweren Kriegsverluste durch Tod und Invalidität zu verstehen, sondern ebenso die durch Unterernährung, Überanspannung des Nervensystems herbeigeführte Minderung der Arbeitskraft und Arbeitsleistung, die heute allerdings zum wesentlichen Teil wieder eingeholt und in manchen Fällen selbst überholt ist. Das ist ebenso erfreulich wie unerläßlich, denn von allem, was wir besaßen, ist uns als einziges unsere Arbeitskraft geblieben. Um so schwerer wiegt es, wenn aus äußeren Gründen diese Arbeitskraft nicht voll ausgenützt werden kann. Aus den äußeren Gründen, die wir als die Folgen der mit der Ruhrbesetzung in ein kritisches Stadium tretenden Geldentwertung, weiterhin der Stabilisierung der Mark auf einen den Weltmarktstandard übersteigenden Preisstand zu kennzeichnen hatten. Schon im August 1923 lagen die Preise für Kohle, Roheisen, Eisenhalbzeug und Baumwolle über Weltmarktpreis. Mitte Dezember überstiegen die Preise für Schweinefleisch die englischen Preise um 80%, die französischen um 70%, die amerikanischen um 50%. Die Kohlenpreise waren um 30% über den englischen und französischen Preisen, die für Roheisen um fast 20% höher. Demgemäß ging die Einfuhr gegenüber der von 1913 bei Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft

auf 22 %, bei mineralischen und fossilen Rohstoffen auf 11 % zurück, und auch die Ausfuhr sank bedeutend.

Die Innenwirkung dieser Sachlagerung war verhängnisvoll. Die verminderte Ausfuhr, die gelähmte Kaufkraft des Innenmarktes führten zu Arbeitslosigkeit und reihefolgend zur Entlassung von Arbeitern und Beamten. Im günstigsten Fall zur Kurzarbeit, Lohn- und Gehaltskürzung.

Tabelle XXVII.

Durchschnitt der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den Facharbeiterverbänden der Holz-, Bau-, Metall-, Textil-, Fabrikarbeiter und Buchdrucker.

am	erfaßte	Voll-		Kurz-		Zusammen	
	Mitglieder in 1000	arbeitslose in 1000	in %	arbeiter in 1000	in %	in 1000	in %
31./7. 23	3740,0	113,7	3,0	489,6	13	603,3	16
31./8.	3838,8	226,0	5,9	864,4	23	1090,4	28
30./9.	3438,6	327,9	9,5	1265,5	37	1593,4	46
31./10.	3463,0	576,5	17,0	1431,0	41	2007,5	58
30./11.	3362,4	715,1	21,0	1385,3	41	2100,4	62
31./12.	3028,3	873,9	28,9	1010,2	33,3	1884,1	62,2
31./1. 24	2855,8	790,9	27,7	699,2	24,5	1490,1	52,2
29./2.	2707,1	760,9	28,1	502,8	18,6	1263,7	46,7
31./3.	2566,1	460,5	17,9	258,6	10,1	719,1	28,0
30./4.	2388,0	288,9	12,1	135,8	5,7	424,1	17,8
31./5.	2321,3	225,1	19,7	195,8	8,4	420,9	18,1
30./6.	2277,4	257,8	11,3	443,7	19,5	701,5	30,8
31./7.	2080,7	287,6	13,8	610,9	29,4	898,5	43,12

Stellen wir nun, bevor wir weitergehen, unsere deutschen Aufmachungen in das Licht internationaler Betrachtung. Siehe Tabelle XVVIII, S. 80.

Mit Ausnahme von Belgien, das eine außerordentlich geringe Arbeitslosenziffer aufweist, steht Deutschland noch in den ersten neun Monaten günstiger als England und Holland. Für Holland gilt indessen die Einschränkung, daß die Prozentziffern nicht auf die Gesamtarbeiterschaft, sondern nur auf die gegen Arbeitslosigkeit Versicherten zurückweisen und daher naturgemäß höher sind als dem Gesamtdurchschnitt entspricht. Von Oktober ab, der Anfangszeit der uferlosen Inflation, kehrt sich die Sache scharf um und steigt im Dezember bis auf 28,2 %. Unsere ausschließlich auf die am genauesten kontrollierbaren Fachverbände bezogene Tabelle XXVIII weist noch etwas höhere Werte und bei Hinzunahme der Kurzarbeiter sogar die außerordentliche Summe von 62,2 %

der hier zusammengefaßten Arbeiterschaften auf. Wir müssen für unsere bevölkerungspolitischen Zwecke die Kurzarbeiter unbedingt hinzunehmen, interessiert uns hier doch nicht so sehr die Tatsache der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit an sich, sondern die Einwirkung dieser Gegebenheiten auf Stand und Bewegung der Bevölkerung. Von ganz besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die

Tabelle XXVIII.

Bewegung der Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich
und einigen anderen Ländern 1923.

Monat	Deutschland			England	Belgien	Holland
	Ins- ges.	darunter Metall- industr.	Textil- industr.			
1923						
Januar	4,4	1,2	3,1	13,7	1,8	19,3
Februar	5,5	2,1	4,7	13,1	1,2	13,7
März	5,7	2,3	3,9	12,3	0,8	13,0
April	7,0	6,0	5,2	11,3	0,8	10,4
Mai	6,2	6,6	4,8	11,3	1,2	9,6
Juni	4,1	4,4	3,6	11,1	0,8	9,3
Juli	3,5	3,6	2,9	11,1	0,7	10,6
August	6,3	6,5	5,2	11,4	0,6	12,9
September	9,9	9,7	7,4	11,3	0,5	13,2
Oktober	19,1	18,9	11,8	10,9	0,6	13,0
November	23,4	26,6	13,8	10,5		
Dezember	28,2	28,3	11,9	9,7		

Tatsache, daß im Juli die Arbeitslosenziffer sich wiederum erhöht und auch im August sich der gleiche Vorgang wiederholt. Das wiegt um so schwerer, als es mit einer erneuten Teuerungswelle zusammen-
trifft, die im September und Oktober bei lebenswichtigsten Nah-
rungsmitteln sich in besorgniserregender Weise auswirkt. Wir
müssen daher, bevor wir zu bevölkerungspolitischen Schlußfolge-
rungen kommen, die bezüglichen Daten durch Feststellungen er-
gänzen, die über Art und Umfang des Einkommens bzw. der Ein-
kommenlosigkeit sowie über die Lebenshaltung Aufschluß geben,
die sich auf Grund dieser Daten und der Preisgestaltung ermög-
lichen läßt.

Für die Arbeiter hat sich das Einkommen an sich und im
Vergleich zur Vorkriegszeit im Jahre 1923 und den ersten Monaten
des Jahres 1924 in folgender Weise gestaltet: (Siehe Tab. XXIX,
Seite 81).

Tabelle XXIX.

Monat	Gelernte Arbeiter			Ungelernte Arbeiter		
	Nominal- Wochenlohn	Real- Wochenlohn	VomHundert des Vor- kriegslohns	Nominal- Wochenlohn	Real- Wochenlohn	VomHundert des Vor- kriegslohns
1913	<i>M</i> 35,92	<i>M</i>	100	<i>M</i> 24,31	<i>M</i>	100
Januar 1923	24855	17,05	48,69	22529	15,45	63,55
Februar	62221	22,23	63,48	55915	19,98	82,19
März	77672	27,57	78,73	69836	24,79	101,97
April	78984	25,96	74,13	70970	23,34	96,01
Mai	100345	22,80	65,11	90025	20,46	84,16
Juni	246000	22,79	65,08	220000	20,42	84,—
Juli	974000	16,80	47,97	874000	15,06	61,95
August	25,3 Mill.	23,52	67,16	22,6 Mill.	21,—	86,38
September	632 „	21,42	61,17	560,9 „	19,02	78,24
Oktober	244 Mrd.	18,22	52,03	211 Mrd.	15,74	64,75
November	16522 „	18,66	53,28	14231 „	16,04	65,96
Dezember	28,81 RM.	24,53	70,01	24,27 RM.	20,66	85,—
Januar 1924	27,76	25,76	73,6	23,05	21,39	88,—
Febr.	28,08	26,85	78,2	23,09	22,08	92,—
März Verlängerte Arbeitszeit	(29,56)	(27,57)	(78,7)	(23,42)	(21,85)	(89,8)
Tarifmäßige Mindestarbeitszeit	28,16	26,27	75,—	22,32	20,82	85,6
April Verlängerte Arbeitszeit	(20,47)	(26,98)	(78,6)	(24,43)	(21,64)	(90,20)
Tarifmäßige Mindestarbeitszeit	29,07	25,74	75,—	23,35	20,68	86,2
6 Mai Verlängerte Arbeitszeit	(32,67)	(28,58)	(83,2)	(26,16)	(22,88)	(95,3)
Tarifmäßige Mindestarbeitszeit	31,22	27,31	79,5	25,05	21,91	91,3
Juni Verlängerte Arbeitszeit	(34,56)	(30,41)	(88,5)	(27,29)	(24,02)	(100,1)
Tarifmäßige Mindestarbeitszeit	33,04	29,08	84,7	26,05	22,92	95,5
Juli Verlängerte Arbeitszeit	(34,55)	(29,92)	(87,1)	(27,24)	(23,95)	(98,3)
Tarifmäßige Mindestarbeitszeit	32,92	28,51	83,0	25,95	22,47	93,6

Schwankende Verhältnisse auf der ganzen Linie. Im Januar 1923 beträgt der Lohn für gelernte Arbeiter noch nicht die Hälfte des Vorkriegslohns. Im März hat er sich auf nahezu $\frac{4}{5}$ erhoben, der Juli zeigt den tiefsten Stand mit 48%, im Juni 1924 beziehen die gelernten 85 und im Juli 83,0% des Vorkriegslohnes. Die Ungelernten sind weitaus besser daran. Sie beziehen im März 1923 sogar 102% des Vorkriegslohnes und schneiden auch Juni/Juli 1924 mit 95,5 bzw. 93,6% des Vorkriegslohnes besser ab als die Gelernten. Das deutet auf zwei Ursachen zurück. Einmal daß während des Krieges und auch nachher eine unterschiedslose Gleichmacherei einsetzte. Man vergaß, daß gelernte Arbeit auch eine mitzuveranschlagende Lehrzeit voraussetzte. Man ließ außer acht, daß Qualitätsarbeit eine ganz andere Intensität und Sorgfalt braucht und recht eigentlich nur unter Einsatz besonderer geistiger und seelischer Fähigkeiten geleistet werden kann. Und man vergaß ferner, daß eine Gleichsetzung von gelernter und ungelernter Arbeit unweigerlich zu einer Niveausenkung der Arbeit führen muß, denn wer mag sich fernerhin um eine Arbeitsausbildung bemühen, wenn er als Ungelernter in jüngeren Jahren zu einem fast ebenso hohen Verdienst gelangen kann, wie der, der in kaum und allemal schlecht gelohnter Lehrlingsarbeit Jahre verbringen muß. Man kann, und letzten Endes auch wieder bevölkerungspolitisch gesehen, diese Anschauungsänderung und Einkommensverschiebung gar nicht ernst genug nehmen, denn es muß immer wieder gesagt werden, daß nur die Qualitätsarbeit uns zum Wiederaufstieg helfen kann.

Auf der anderen Seite darf allerdings nicht unbeachtet bleiben, daß ein Teil der Lohnangleichung zwischen Gelernten und Ungelernten auf das Konto der Erhöhung des Existenzminimums zu schreiben ist. Die Lebenshaltungskosten sind auch bei den bescheidensten Ansprüchen nicht nur ebenso hoch, sondern bis zur Stunde je nach Ort- und Begriffsbestimmung des Lebensnotwendigen nach den Reichsindexziffern um 12—25% höher als in 1913. (Die Reichsindices sind durchweg zu niedrig gegriffen und ihre Berechnung bedarf dringend der nunmehr in die Wege geleiteten Revision.) Noch einschneidender sind die Einkommensunterschiede gegen die Vorkriegszeit bei den Reichsbeamten, nach denen sich bekanntlich auch die Besoldung der Kommunalbeamten und Angestellten regelt.

Im Dezember 1923 stellten sich die bezüglichen Besoldungen auf Goldbasis wie die folgende Tabelle XXX, Seite 83 zeigt.

Gehälter, die zwischen 62,45 und 33,60% des Vorkriegsstandes schwanken und dies in der Zeit des mit der Stabilisierung der Mark

einsetzenden höchsten Preisstandes. Daß das allseitige Verelendung bedeutet, braucht kaum noch ausgesprochen zu werden. Im März und Juni kamen Neuregelungen, deren Ergebnis weitaus günstiger ist. Immerhin stellen sich auch noch im April die Realbezüge für die Ledigen in den unteren Gehaltsklassen (I—6) auf 73—56% des Vorkriegsstandes, für die Verheirateten einschließlich

Tabelle XXX.

Durchschnittliche Monatsgehälter der Reichsbeamten in Goldmark 1913 und im Dezember 1923.

Besoldungs- gruppe	Vorkriegs- monats- gehälter M	Monatsgehälter der					
		ledigen Beamten			verheirateten Beamten		
		Nominal M	Real M	% des Vorkriegs- gehaltes	Nominal M	Real M	% des Vorkriegs- gehaltes
I	—	69,—	55,37	—	101,—	80,84	—
II	140,—	77,25	61,97	44,26	109,25	87,43	62,45
III	165,—	85,75	68,77	41,68	117,75	94,24	57,12
IV	165,—	96,—	77,12	46,74	128,—	102,58	62,17
V	213,—	112,50	90,59	42,53	144,50	116,06	54,49
VI	292,—	132,—	106,58	36,50	164,—	132,06	45,23
VII	317,—	155,—	125,61	39,62	187,—	151,08	47,66
VIII	367,—	177,50	143,86	39,20	209,50	169,32	46,14
IX	404,—	206,25	167,52	41,47	238,25	193,—	47,77
X	533,—	241,25	196,43	36,85	273,25	221,90	41,63
XI	608,—	278,75	227,—	37,34	310,75	252,46	41,52
XII	683,—	322,50	262,76	38,47	354,50	288,23	42,20
XIII	973,—	387,50	316,15	32,49	419,50	341,62	35,11
B 1	1223,—	465,—	379,37	31,02	497,—	404,83	33,10
B 2	1432,—	510,—	415,61	29,02	542,—	441,07	30,80
B 3	1467,—	582,50	474,51	32,35	614,50	499,97	34,08
B 4	1842,—	610,—	497,07	26,99	642,—	522,53	28,37
B 5	2258,—	775,—	631,79	27,98	807,—	657,26	29,11
B 6	2675,—	1150,—	938,77	35,09	1182,—	964,24	36,05
B 7	3175,—	1275,—	1041,20	32,79	1307,—	1066,67	33,60

der Frauen- und Kinderzulagen auf 95—90%. In den mittleren und oberen Klassen gehen die Sätze für die Ledigen von 64—50% der Vorkriegsbezüge, für die Verheirateten von 74—54%. Die Regelung vom 1. Juni bringt Sätze, die die Realgehälter der unteren Besoldungsgruppen mit 100—85% annähernd auf Friedenshöhe, die der oberen Gruppen mit 89,8—71,8%, allerdings wesentlich niedriger zeigen. Auch dies eine Bestätigung der Tatsache, daß

es sich bei den unteren Gruppen ebenso wie bei den ungelerten Arbeitern um nicht mehr verkürzbare Existenzminima handelt. In den mittleren Gruppen (6—9) bleiben die Realgehälter um 10,2 bis 15,1%, in den oberen (10—13) um 19,6 bis 28,2% hinter den Vorkriegssätzen zurück. Niemand wird behaupten wollen, daß das deutsche Beamtentum vor dem Krieg übermäßig günstig gestellt war. So mag man ermessen, was diese Reduktionen in einer Zeit übersteigerter und neuerdings wiederum höhergehender Lebenshaltungskosten bedeuten, und welche bevölkerungspolitischen Konsequenzen zu befürchten sind. Und dies um so mehr, als die Reichsregierung erklärt hat, eine weitere Aufbesserung der Beamtenbezüge aus Rücksicht auf die dem Reich durch das Londoner Abkommen auferlegten Lasten nicht vornehmen zu können. (Zur Zeit wird neu verhandelt.)

Die Lebenshaltungskosten.

Der reichsamtliche Index der Lebenshaltung zeigt für die Zeit vom 1. Januar bis 1. August 1924 das folgende Bild (1913 = 1):

Monat	Ernährung	Heizung u. Beleuchtung	Ernährung		Wohnung	Bekleidung
			Heizung	Beleuchtung		
Januar	1,27	1,63	1,35		0,29	1,51
Februar	1,17	1,55	1,26		0,34	1,47
März	1,20	1,51	1,28		0,38	1,49
April	1,23	1,48	1,31		0,53	1,54
Mai	1,26	1,47	1,33		0,55	1,58
Juni	1,20	1,46	1,29		0,57	1,55
Juli	1,26	1,43	1,31		0,68	1,45
August	1,22	1,41	1,27		0,70	1,42

Für den Durchschnitt des Monats September berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 1,16 billionenfache. Gegenüber dem 1,14 billionenfachen des August bedeutet das eine Erhöhung um 1,8%. Die Ernährungskosten allein betragen im Durchschnitt des Monats September das 1,25 billionenfache der Vorkriegszeit. Seitdem sind die Preise besonders der Lebensmittel noch höher geworden.

Man mag mit einigem Recht einwenden, daß derartige schematische und oft auf theoretischen Umwegen errechnete Ziffern eine unbefangene Urteilsbildung nicht ermöglichen. So seien sie durch ein der Stadt Frankfurt a. M. entnommenes Einzelbeispiel nach allen Seiten hin erläutert: (vgl. für das Folgende: Fürth, Der Haushalt vor und nach dem Krieg, Verlag Fischer-Jena, 1924, und die verschiedenen Jahrgänge der Wirtschaftskurve der Frank-

furter Zeitung.) Die betreffenden ausgaben- und mengenmäßigen Angaben über den Verbrauch einer Familie von 7 Köpfen in 1913/14 und von 6 bzw. 5 und zuletzt 4 Köpfen in den Nachkriegsjahren ergeben folgendes: Siehe Tabelle XXXI—XXXIV, Seite 86—88.

Es handelt sich um eine auch schon vor dem Krieg sehr sparsam und sorglich wirtschaftende Familie in bescheidenen, aber bis zur Stunde guten und geordneten Verhältnissen. Also um einen Fall, der weder Verelendung noch Verschwendung erkennen läßt und daher als eine gute Widerspiegelung des Lebensnotwendigen gelten kann. Der, der Zahlen zu lesen versteht und dem sich hinter anscheinend kalten Zahlen das Leben in seiner ganzen Vielfältigkeit und Erfülltheit aufbaut, mag an den betreffenden Zahlenreihen die Richtigkeit unserer Unterstellungen ablesen. Wir haben, weil im Zusammenhang unserer Sonderaufgabe ohne Interesse, darauf verzichtet, die absoluten Ausgabeziffern mitzuteilen. Von Wichtigkeit ist für uns lediglich der Umstand, daß der Haushalt 1913/14 aus 7 Personen besteht, nach dem Krieg die gleiche Zahl aufweist, aber dann bis auf 5 und im August 1924 auf 4 Köpfe herabgeht. Das ist insofern von Einfluß, als sich nun die sich gleichbleibenden Ausgaben, wie Heizung, Beleuchtung, Bedienung usw. auf eine kleinere Anzahl von Personen verteilen und so der Ausgabenanteil der einzelnen höher wird, ohne daß dadurch eine Mehrleistung gegeben wäre. Auch bei dem Kapitel Eßwaren gilt das insofern, als sich die bezügliche Verbrauchsquote bei Kleinerwerden einer Familie nicht so vermindert, bei Größerwerden nicht so vermehrt, als es rein rechnungsmäßig der Fall sein müßte.

Betrachten wir uns nun die Tabellen etwas näher: 1913/14 eine Ausgabenquote, die sich pro Kopf und Tag auf M. 4.47 beläuft. Davon entfallen auf Ernährung M. 1.20 = 27%, häusliche Bedürfnisse 45 Pf. = 10% und sonstige Ausgaben (Miete, Steuern, Wäsche, Kleidung, Schuhe, Reisen, Kulturausgaben usw.) M. 2.82 oder 63%. In 1920 sind Eßwaren mit 49% beteiligt. Der Anteil der sonstigen Bedürfnisse ist auf 37% gesunken. Das bleibt mit kleinen Schwankungen so bis einschließlich 1922. 1923 verändert sich das Bild nicht etwa auf Grund natürlicher Gegebenheiten, sondern weil zufällig einige unerläßliche Ausgaben der dritten Abteilung in die Monate November-Dezember, den Höchststand der Inflation, fielen. Es ist am richtigsten, wenn man das Jahr 1923 überhaupt außer Betracht läßt. Als Rechtfertigung dieser Anschauung sei nur erwähnt, daß in dem vorliegenden Einzelfall von den Gesamtausgaben des Jahres 1923 in Papiermark ausgedrückt auf die Monate

Tabelle XXXI. Gesamtausgaben pro Tag und Kopf.

	1913/14		1920			1921			1922			1923	
	pro Tag und Kopf	in % der Ges.-Ausg.	pro Tag und Kopf	in % der Ges.-Ausg.	in Rel. zu 1913/1914	pro Tag und Kopf	in % der Ges.-Ausg.	in Rel. zu 1913/1914	pro Tag und Kopf	in % der Ges.-Ausg.	in Rel. zu 1913/1914	pro Tag und Kopf	in % der Ges.-Ausg.
	ℳ		ℳ			ℳ			ℳ	ℳ		ℳ	ℳ
I. Eßwaren	1.20	27	12.72	49	1060	14.45	44	1204	127.02	49.5	10585	79.66	40.
II. Häusliche Bedürfnisse	0.45	10	3.71	14	824	5.11	16	1136	34.45	13.0	7656	23.10	11.6
III. Sonstige Ausgaben	2.82	63	9.65	37	319	13.07	40	463	99.46	37.3	3527	96.20	48.4
Summe	4.47	100	26,08	100	583	32.63	100	752	260.93	100.0	5913	198.86	100

Tabelle XXXII. Gesamtausgaben pro Tag und Kopf in den drei ersten Quartalen 1924 und im Vergleich zum I. Quartal 1914.

	1914		1924			1924			1924		
	pro Tag und Kopf	in % der Ges.-Ausg.	pro Tag und Kopf	in % der Ges.-Ausg.	in Rel. zu 1914	pro Tag und Kopf	in % der Ges.-Ausg.	in Rel. zu 1914	pro Tag und Kopf	in % der Ges.-Ausg.	in Rel. zu 1914.
	ℳ		ℳ			ℳ			ℳ		
II. Eßwaren	1,23	30	0,78	35	63	1,11	28,5	90	1,59	30,6	129
II. Häusliche Bedürfnisse	0,51	12	0,67	30	131	0,77	19,7	151	0,76	14,9	149
III. Sonstige Ausgaben	2,41	58	0,80	35	33	2,01	51,8	84	2,83	54,5	117
Summe	4,15	100	2,25	100	54	3,89	100	94	5,18	100	125

Tabelle XXXIII.

Der Mengenverbrauch pro Kopf und Tag und im Vergleich zu 1913/14 für einige wichtigste Nahrungsmittel.

	1913/14	1920		1921		1922		1923	
	Menge	Menge		Menge		Menge		Menge	
	pro Tag und Kopf	pro Tag und Kopf	in Rel. zu 1914	pro Tag und Kopf	in Rel. zu 1914	pro Tag und Kopf	in Rel. zu 1914	pro Tag und Kopf	in Rel. zu 1914.
	Gramm Stück Liter	Gramm Stück Liter		Gramm Stück Liter		Gramm Stück Liter		Gramm Stück Liter	
Schwarzbrot	175	330	188	243	139	232	133	206	120
Weißbrot	115	8	7	41	36	26	22	35,6	31
Fleisch	130	75	58	105	81	62	48	66,3	51
Wurst, Schinken	17	18	106	17	100	27	159	13,1	77
Fett	9	19	211	43	478	32	355	29	321
Butter	32,5	8	25	9	28	10	31	16,1	31
Eier	1,4	0,4	29	0,7	50	0,75	54	0,41	30
Milch	0,4	0,075	19	0,063	15	0,067	17	0,092	23
Zucker	63	69	110	56	88	48	76	24	40

Tabelle XXXIV.

Einige wichtigste Nahrungsmittel nach Ausgabe und Menge pro Kopf und Tag in den drei ersten Quartalen 1924 und im Vergleich zum I. Quartal 1914.

	1914		I. Quartal 1924				II. Quartal 1924				III. Quartal 1924			
	Ausg.	Menge	Ausgabe		Menge		Ausgabe		Menge		Ausgabe		Menge	
	pro Tag und Kopf	pro Tag und Kopf	pro Tag und Kopf	in Rel. zu 1914	pro Tag und Kopf	in Rel. zu 1914	pro Tag und Kopf	in Rel. zu 1914	pro Tag und Kopf	in Rel. zu 1914	pro Tag und Kopf	in Rel. zu 1914	pro Tag und Kopf	in Rel. zu 1914
Pfg.	Gramm Stück Liter	Pfg.		Gramm Stück Liter		Pfg.		Gramm Stück Liter		Pfg.		Gramm Stück Liter		
Schwarzbrot	5	167	7,7	154	223	134	4,7	92	143	86	4	80	122	73
Weißbrot	9	127	4,5	50	62	45	5,9	66	76	60	8	160	108	85
Fleisch	28	158	17,4	62	82	52	15,5	55	85	54	23	82	107	68
Wurst, Schinken	6	32	3,4	57	16	36	5,2	87	21	66	3	50	14	44
Fett	1	7	2,3	230	19	271	6,6	660	55	786	5	500	34	486
Butter	7	31	0,9	13	1,7	5,5	2,3	33	5,5	18	8	114	17	55
Eier	12	1,6	8,2	68	0,57	36	14,5	121	1,1	70	16	133	1,05	66
Milch	10	0,4	4,3	43	0,09	22	10,3	103	0,24	60	11	110	0,27	68
Zucker	1,5	34	0,6	40	6	18	1,5	100	26	77	8	533	90	265

November und Dezember 99,6% und auf Dezember allein 76,1% entfallen. Sonach hat sich gegen die Vorkriegszeit eine völlige Umkehr der Ausgabenreihen vollzogen. Selbst im geordneten Haushalt ist Geld nur noch für die einfache animalische Lebenshaltung da. Alles andere muß davor zurücktreten. Dann setzt die Stabilisierung der Mark ein, die sich in den Zahlen des Jahres 1924, soweit diese bis jetzt vorliegen, widerspiegelt. Da finden wir eine Gesamtausgabe, die im ersten Quartal 1924 pro Tag und Kopf M. 2.25 beträgt, und sich aus M. 0.78 für Ernährung (35%), M. 0.67 für häusliche Bedürfnisse (30%) und M. 0.80 für sonstige Ausgaben (35%) zusammensetzt. Zum erstenmal liegt wieder die Vergleichsmöglichkeit mit der Vorkriegszeit vor. Danach beläuft sich die Gesamtausgabe pro Tag und Kopf auf 54% des Ausgabenstandes von 1914. Eßwaren haben sich prozentanteilmäßig dem Friedensstand stark genähert. Häusliche Bedürfnisse rangieren weit höher, sonstige Ausgaben tiefer als 1914. Das zweite Quartal schreitet in der Richtung der Angleichung weiter fort. Die Ausgabe ist pro Tag und Kopf auf 94% des Standes von 1914 gestiegen. Das liegt in erster Linie an den Feuerung, Beleuchtung, Wäsche und Löhne umfassenden häuslichen Bedürfnissen, die 151% des Vorkriegsstandes aufweisen, während die bei den anderen Abteilungen dahinter zurückbleiben. Im dritten Quartal übertreffen die Kopfausgaben die von 1914 um 25%. Die Haupthöhung hat sich beim Kapitel „Häusliche Ausgaben“ mit 49% vollzogen und ist ein anderer Ausdruck für den dauernd hohen Preisstand der Beheizungs- und Beleuchtungsstoffe. Die Eßwaren haben eine Ausgabenerhöhung um 29% erfahren.

Was konnte mit diesen Ausgaben erreicht werden? Mengemäßig ist das nur bei Nahrungsmitteln, qualitativ auch bei diesen nicht nachweisbar. Unsere Übersichten dürfen hier besonderes Interesse beanspruchen, und zwar besonders die mengenmäßige Übersicht von Tabelle 33. Aus ihr geht eine hochgradige quantitative und noch mehr qualitative Verschlechterung der Ernährung hervor. Der Verbrauch von Schwarzbrot steigt, der von Weißbrot sinkt in 1920 auf 7% des Vorkriegsstandes. 1923 beträgt er 31%. Im Verlauf von 1924 nähert sich der Stand der Vorkriegsnorm. Der Verbrauch von Fleisch steht 1923 auf 51% oder 66,3 g pro Tag und Kopf. Butter in 1923 nur 31%, Eier und Milch 30 bzw. 23% des Vorkriegsverbrauchs. Dagegen hat sich der Verbrauch minderwertiger Fette auf das 3¼fache des Vorkriegsstandes erhöht und beläuft sich noch im dritten Quartal 1924 auf das 4,9fache, während im übrigen das Jahr 1924 eine immer stärkere Annäherung an die Vorkriegsnorm ergibt.

Die Ausgabenquote schwankt, und zwar nicht nur infolge der unsicheren Währungsverhältnisse. In ihr spiegelt sich deutlich das Bemühen wieder, unerschwinglich gewordene hochwertige Nahrungsmittel durch andere zu ersetzen. So steigt geldlich und mengenmäßig der Verbrauch von Margarine und Fetten ungemein, während gleichzeitig der Butterverbrauch auf ein Minimum reduziert wird. Zeitweise gilt dasselbe für den Verbrauch von Fleisch und Wurst. Man kann hier geradezu die Preisschwankungen auf dem einen oder anderen Gebiet von dem bezüglichen Mehr- oder Minderverbrauch ablesen. Ein Beweis mehr für die von uns behauptete besondere Sorglichkeit der betreffenden Haushaltungsführung, die ängstlich darauf bedacht ist, aus dem verfügbaren Einkommen das ernährungs-technisch Beste herauszuholen.

Hier bieten die ersten drei Quartale 1924 ein willkommenes Beweismaterial dafür, wie mit der Festigung der Währung eine gewisse Stabilität und Annäherung an Vorkriegsgegebenheiten auch in den Privathaushalt einzieht. Allerdings, wie gar nicht nachdrücklich und oft genug gesagt werden kann, in den von starken Einkommensschwankungen und Existenzunsicherheiten ungetrübten Haushalt. Zwar überwiegt im ersten Quartal 1924 der Verbrauch von Schwarzbrot weitaus den von Weißbrot. Aber schon das zweite Quartal zeigt starke Annäherung, während das dritte Quartal bei Weißbrot 85, bei Schwarzbrot 73% des Friedensverzehr aufweist.

Außerordentlich niedrig ist der Butterverbrauch. Doch erhöht sich der Verzehr durch Auslandsgeschenk im ersten und zweiten Quartal auf etwa ein Drittel des Friedensverbrauchs. Im dritten Quartal steigt der Butterverbrauch auf 55%, die Ausgabe dafür auf 114% des Jahres 1914. Der Butterpreis ist mehr als doppelt so hoch wie vor dem Krieg und hat im Laufe des Oktober eine neue Erhöhung erfahren. Dasselbe gilt für Milch und Eier. Diese Preiserhöhung der wertvollsten Nahrungsmittel bedeutet für Millionen einen weitgehenden Verzicht auf qualitativ ausreichende Ernährung. Sehr bezeichnend ist in diesem Zusammenhang der immer noch mehr als das 4½fache betragende Verbrauch von minderwertigen Fetten.

Das hervorstechendste Merkmal all dieser Zahlenreihen ist, daß zwar die Ausgaben so hoch und höher sind als in der Vorkriegszeit, daß aber die mengenmäßige und qualitative Ernährung weit hinter dem Vorkriegsstand zurückbleibt. Im ganzen haben sich die Kosten für Nahrungsmittel gegen die Vorkriegszeit um 25—30% und mehr erhöht. Bei Bezügen, die zwar für die Ungelernten fast den Friedensstand erreicht haben, bei Gelernten sowie bei Beamten

und Angestellten hinter den Vorkriegeinkünften und zwar teilweise nicht unbeträchtlich zurückbleiben. In weiterer Einschränkung ist dabei zu bemerken, daß bei der Berechnung des Realeinkommens, das ist aber der Kaufkraft des Lohnes außer acht gelassen wird, daß von diesem Einkommen vorneweg die Steuern abgezogen werden und mancherlei sonstige vor dem Krieg nicht oder nicht in diesem Ausmaß vorhandene Gefälle, wie Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung auf mehr als das Doppelte der Vorkriegszeit, das Einkommen weiter schmälern. Endlich ist zu berücksichtigen, daß all die Millionen von Arbeitslosen und Kurzarbeitern usw. dieses errechnete Einkommen überhaupt nicht oder in gekürzter Form beziehen. Von dem hoffnungslosen Schicksal jener Schichten, die nicht auf Arbeitseinkommen gestellt sind, gar nicht zu reden. Gerade angesichts der Tatsache, daß das rechnungsmäßige Realeinkommen sowohl der Arbeiter wie der Beamten und Angestellten insofern eine Fiktion ist, als Millionen von Volksgenossen nicht einmal über dies Existenzminimum verfügen, mag man sich ein Bild von der wirklichen Ernährungs- und Lebenslage in Deutschland machen.

Wir haben die bevölkerungspolitischen Folgen dieser Sachlage in Gestalt von Verzicht auf die Ehe und noch mehr auf das Kind, in gesteigerter Krankhaftigkeit und Sterblichkeit besonders der heranwachsenden Generation durch Zunahme der Tuberkulose, Rachitis usw. kennen gelernt. Andere Folgeerscheinungen, wie die Minderung des körperlichen und geistigen Leistungsvermögens können so lange nicht unzweifelhaft nachgewiesen werden, als Imponderabilien anderer Art wirksam sind, die zum Teil als Kriegsfolgen körperlicher, seelischer und moralischer Art nicht rein abgesondert werden können und es weiter nicht oder nur schätzungsweise nachzuweisen ist, wieviel von der in den letzten Jahren teilweise wieder auf Friedenshöhe und sogar darüber hinaus gesteigerten Arbeitsleistung auf Rechnung technischer Verbesserungen zu setzen ist.

Sicher ist aber das eine, daß die von uns künftig zu verlangende Qualitäts-Arbeitsleistung ein körperlich und geistig auf der Höhe stehendes Menschenmaterial voraussetzt, das nur auf dem Boden einer zwar nicht üppigen, wohl aber das Existenzminimum und einen gewissen Kulturstand gewährleistenden Lohn- und Gehaltsgestaltung erfolgen kann. Dies auch die im Sinne gesunder Bevölkerungspolitik zu erhebende Forderung.

Wohnfrage und Bevölkerungsproblem.

Auf allen unseren Wegen zur Erforschung der ursächlichen Bedingtheit der Bevölkerungsvorgänge ist uns die Wohnfrage begegnet. Von ihrer Gestaltung wird die Ehe- und Geburtenfreudigkeit, wird die gesundheitliche Verfassung und Lebenserwartung entscheidend beeinflusst. Im überhitzten Dachgeschoß bilden sich die Sommergipfel der Säuglingssterblichkeit heraus. Die Tuberkulose hängt nach Ansicht ärztlicher Fachleute an der Wohnung. So mag man ermessen, was es bedeutet, wenn Tuberkulöse Zimmer und Bett mit anderen teilen müssen. Das war schon in Vorkriegszeiten der Fall. Das ist nach dem Krieg und dem daraus erflossenen Wohnungsmangel und Wohnungseld noch viel weniger zu vermeiden. Diese Dinge sind uns allen so geläufig, daß es genügt, auf sie hinzuweisen. Ebenso wissen wir aus eigener und fremder Erfahrung wie aus den von uns mitgeteilten bevölkerungspolitischen Tatsachen, wie empfindlich Ehe- und Geburtenfreudigkeit von dem ungünstigen Stand der Wohnungsfrage berührt werden. Angesichts der allgemeinen Kenntnis dieser Dinge und der Zuspitzung, die sie in der Nachkriegszeit erfahren haben, ist das Verhalten der staatlichen und kommunalen Verwaltungen in der Wohn- und Baufrage unverständlich. In unbegreiflicher Verblendung hat man jahrelang die wachsende Not mit angesehen. Ja, man hat sie geradezu hervorgerufen, zumindest aber verschärft durch eine Mietpreispolitik, die an Kurzsichtigkeit ihresgleichen sucht. In der Inflationszeit, deren Anfänge mindestens auf das Jahr 1920 zurückweisen, setzte eine zuerst langsame, dann aber sprunghafte Steigerung der Preise aller lebensnotwendigen Gebrauchsgüter ein. Wir zahlten damals schon für Kartoffeln, Brot, Butter, Eier usw. ein Mehrfaches des Friedenspreises. Nur die Mietpreise hielt man künstlich niedrig, weil, wie man sagte, sonst eine allgemeine und dauernde Festigung des hohen Preisstandes zu erwarten sei. Eine den Friedenspreis um 20% übersteigende Erhöhung der Miete hatte man 1921 zugestanden und als die Verfasserin im Frühjahr 1921 eine 100prozentige Erhöhung der Mietpreise verlangte und vorschlug, daß dem Hausbesitz von diesen 100% in Ansehung seiner gesteigerten Lasten 35% zugebilligt werden sollten und die Stadt (Frankfurt) mit den weiteren 65% neue Wohnungen erstellen sollte, da wurde das abgelehnt. Heute genügt man dieser Forderung durch Erhebung der Mietzinssteuer. Allerdings mit der bedauerlichen Einschränkung, daß ein Teil der so zufließenden Beträge wohnungsfremden Zwecken dienstbar gemacht wird. Dem ist entschieden

zu widersprechen. Die Lösung der Wohnfrage durch Erstellung von Neuwohnungen in genügender Anzahl ist eine der wichtigsten und unerläßlichsten Forderungen besonnener Bevölkerungspolitik. Sie ist überdies auch im Sinne der Belebung des Arbeits- und Wirtschaftsmarktes, das ist aber der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, von kaum zu überschätzender Bedeutung. Hier ist der Punkt, von dem aus einmal einem bitteren Notstande abgeholfen, zum anderen aber unser Wirtschafts- und Arbeitsleben aus der heutigen Lähmung gelöst und zu innerer Gesundheit und organischem Eigenleben gebracht werden könnte.

Die in diesem Betracht zu leistende Arbeit ist unendlich kompliziert und verantwortungsvoll. Gegeben ist der Bedarf an Neubauten. Gegeben ist auf der anderen Seite eine Armee von Arbeitslosen, die zu einem nicht unbeträchtlichen Teile durch die reihend sich auftuende allgemeine Belebung des Arbeitsmarktes versorgt werden könnte. Das wird dann der Fall sein, wenn es uns gelingt, den mehr als zwei Millionen Arbeitern, die vor dem Kriege im Baugewerbe und seinen Annexen beschäftigt waren, lohnende Arbeit zu geben.

Es erübrigt sich, an dieser Stelle weitläufig auseinanderzusetzen, wie durch die Belebung des Baumarktes auch alle anderen unmittelbaren Bau- und Werkzeugindustrien angeregt würden. Wie weiterhin die voll arbeitenden und angemessen entlohten Arbeiter eine ganz andere Kaufkraft entfalten können, als der Kurzarbeiter oder der auf seine Unterstützung gestellte oder durch die produktive Erwerbslosenfürsorge kärglich versorgte Arbeiter.

Die so gegebene Steigerung der Kaufkraft wird alle anderen dem Lebensunterhalt dienenden Erwerbszweige beleben. Die Nachfrage nach Arbeitskräften wird auch hier steigen und manchen, der jetzt im unproduktiven Verwaltungsdienst das Gnadenbrot der Städte und sonstiger Verwaltungskörper ißt, dazu veranlassen, die lohnendere Beschäftigung im freien Arbeitsmarkt aufzusuchen.

Eine große Schwierigkeit bietet freilich die Beschaffung der Baugelder und die Verteuerung der Baustoffe. Vielleicht kommt mit der Ausführung des Londoner Abkommens und der Tätigkeit der Deutschland in Aussicht gestellten Anleihekredite die leichtere Geldflüssigkeit zustande, die Voraussetzung einer Wiederbelebung des Baumarktes und damit der Behebung des Wohnungsmangels ist. Und da die kommunale und gemeinnützige Bautätigkeit nicht ausreichend sein dürfte, um den Bedarf an Wohnungen zu decken, muß man unter gewissen Kautelen auch der privaten Bauunter-

nehmung die nötigen Kredite zugänglich machen und vor allem durch geeignete Maßnahmen eine Verbilligung der Baustoffe herbeiführen. Hier sollte durch eine weitgehende Typisierung der Bauten eine Verbilligung herbeigeführt werden. Den Schönheitsanforderungen könnte trotzdem genügt werden (siehe Holland). Die Senkung der Kohlenpreise dürfte auch in der Richtung auf Verbilligung wirken. Jedenfalls kann es keinem Zweifel unterliegen, daß durch Ausführung dieses Maßnahmenkomplexes wesentliches zur Gesundung unseres Volkstums im bevölkerungspolitischen Sinne beigetragen werden kann. Eine gesunde Bevölkerungspolitik kann nur auf dem Boden einer gesunden Wohnpolitik gedeihen.

Sozialpolitische Folgerungen und Forderungen.

Wir haben ein weitschichtiges Material zusammengebracht. Das sich dabei ergebende Bild ist nicht so elendsgrau, wie man hatte befürchten müssen, nicht so hoffnungsfreudig, wie man gewünscht hätte. Neben freundlichen Zügen trägt es solche, die zu ernster Besorgnis Anlaß geben. Rekapitulieren wir: So genügend hohe Geburtenfrequenzen, daß selbst der mit Sicherheit zu erwartende weitere Rückgang keinerlei Anlaß zu Besorgnis gibt. Ausreichende und vergleichsweise hohe Geburtenüberschüsse. Eine niedrigere Allgemein- und Säuglingssterblichkeit als vor dem Krieg. Aber so tröstlich dies aussieht, hier erheben sich Bedenken. Der Rückgang der Säuglingssterblichkeit ist zu einem wesentlichen Teil auf das Konto der Geburtenminderung zu setzen. Zum anderen hängt er mit der vermehrten Stilltätigkeit der Mütter und der Ausdehnung der Säuglings- und Mütterfürsorge zusammen. Die Sterblichkeit der Übereinjährigen aber ist im allgemeinen in manchen jugendlichen Altersklassen höher als vor dem Krieg und die Rückschläge des Jahres 1923 geben zu schwerer Besorgnis Anlaß. Das muß um so bedenklicher stimmen als nach der starken Kriegsauslese ein ganz anderer Sterblichkeitsrückgang hätte kommen müssen.

Daß er nicht kam, läßt auf schädigende Einflüsse schließen. Die Ziffern der Sterblichkeit an Tuberkulose, die Ausbreitung von Rachitis, Geschlechtskrankheiten usw. bestätigen diesen Rückschluß. Erfreulicherweise läßt das Jahr 1924 hier eine Besserung erkennen.

Wir haben die Ursachen des verschlechterten Gesundheitsstandes nicht weit zu suchen. Zerrüttung des Nervensystems und der ganzen körperlichen Verfassung durch den Krieg und die Kriegsfolgen. Wohnungsmangel und Wohnungselend. Mangel an Körperpflege, Unterernährung, bedingt durch Preiserhöhung der unent-

behrlichen Nahrungsmittel bei gleichzeitigem Rückgang des Einkommens.

Gehen wir hier weiter, so treffen wir auf durch den Krieg verursachte politische und wirtschaftliche Konstellationen, die sich schlagwortartig etwa so zusammenfassen lassen: Vertrag von Versailles, Ultimatum von London 1921. Sturm auf die deutsche Währung durch die ausländische und einheimische Devisenspekulation im August 1922, 1923 Besetzung der Ruhr und 1924 Stabilisierung der Währung. Mit alledem hatte die Inflation eingesetzt. Zögernd zuerst, dann rasch und rascher und Herbst 1923 hemmungslos. Sie bedeutete Lebensunsicherheit und Nervenzerrüttung im Innern. Sie bedeutete den großen deutschen Ausverkauf ans Ausland. Mit der fortlaufenden Verschlechterung der Mark kam das Unvermögen, ausländische Zahlungsmittel (Devisen) zu beschaffen. Das bedeutete (die Ziffern unseres Außenhandels bestätigen das) zwangsläufigen Verzicht auf den Bezug lebensnotwendiger Unterhaltsmittel, Rohstoffe und Halbfabrikate aus dem Ausland. Als dann der Gesundungsprozeß mit der Stabilisierung der Währung auf einem den Weltmarktstandard übersteigenden Niveau einsetzte, brachte er zunächst bei übersteigerten Inlandspreisen eine empfindliche Einschränkung des Exports bei gleichzeitiger Lähmung der Kaufkraft des inneren Marktes. Als notwendige Folge, verstärkt durch den in allen Zweigen der Verwaltung in Staat, Gemeinde und Privatbetrieben anhebenden Personalabbau, kamen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in katastrophalen Massen. Man vergegenwärtige sich die bezüglichen Zahlen unserer Tabelle. So stehen wir heute und die Monate Juni, Juli und August zeigen wiederum ein beträchtliches Ansteigen der Arbeitslosenziffer.

Im zwölften Stunde kam das Londoner Abkommen. Es brachte an Willkommenem die wirtschaftliche und verwaltungsmäßige Wiedervereinigung von besetztem und unbesetztem Gebiet. Es brachte das die Stabilität der Mark sichernde und zugleich der Industrie billige Kredite in Aussicht stellende Transferabkommen. Es brachte aber auch die schwere Last der Eisenbahn- und Industrieobligationen mit ihrem harten Zinsen- und Amortisationsdienst und die Verpfändung der Zölle auf Bier, Tabak, Spiritus und Zucker.

Bevölkerungspolitisch interessiert uns da, obwohl alle diese Auflagen von bevölkerungspolitischen Folgen begleitet sein werden, vor allem die Neubelastung der Industrie. Nicht an sich, wohl aber in ihrer Auswirkung auf die Produzentenschaft. Es liegt in der Natur kapitalistischer Betriebsweise, alle Lasten tunlichst auf

andere Schultern abzuwälzen. Hier entweder auf die der Verbraucher oder die der Produzentenschaft oder auf beide zusammen. Der Abwälzung auf den Verbraucher sind zwei Schranken gesetzt. Die Aufnahmefähigkeit des Marktes und der Weltmarktpreis, das ist also die Konkurrenz. Die Schranke nach der anderen Seite, der Produzentenschaft, ist labiler. Hier gibt es zwei Mittel der Abwälzung: Lohnsenkung und Verlängerung der Arbeitszeit. Von beiden hat die Industrie bereits vor dem Londoner Abkommen reichlich Gebrauch gemacht. Vor beiden kann nicht nachdrücklich genug gewarnt werden. Nicht etwa aus Furcht vor innen- und außenpolitischen Auswirkungen. Diese ganz gewiß bedeutungsvolle Seite der Sache mag für uns außer Betracht bleiben. Uns ist lediglich um die bevölkerungspolitischen Zusammenhänge zu tun, damit allerdings auch um die wirtschaftlichen und außenpolitischen Folgen, die unweigerlich mit dem Stand unserer volklichen Gesundheit, Arbeitsfähigkeit und Arbeitstüchtigkeit verknüpft sind. Denn um nicht mehr, aber ganz gewiß auch um nicht weniger handelt es sich bei den Fragen der Entlohnung und der Arbeitszeit. Nur wenn unsere Schaffenden gesund, gut ernährt und überhaupt auf einem wenn schon bescheidenen, so doch gesicherten wirtschaftlichen und kulturellen Standard gehalten werden können, wird es möglich sein, mit ihrer Hilfe die Produktionstechnik so zu vervollkommen und unsere industrielle Qualitätsproduktion so zu heben, daß wir in die Lage gesetzt werden, unsre Bevölkerung menschenwürdig zu erhalten und die uns auferlegten schweren Verpflichtungen zu erfüllen. Denen die es anders glauben, die von der Fiktion ausgehen, man könne durch Minderverbrauch und Mehrleistung das Ziel erreichen, sei einiges ins Gedächtnis zurückgerufen.

Da ist zunächst die bereits eingetretene Senkung der Reallöhne und Gehälter unter Vorkriegsstand bei gleichzeitiger Erhöhung der Lebenskosten um ein Viertel bis ein Drittel. Wir haben an unserem hauswirtschaftlichen Einzelfall wie an den Indexziffern nachgewiesen, daß die Massen niemals Luxuskonsum treiben konnten. Daß es sich bei ihnen um Existenzminima handelt, an denen nur auf Kosten der Leistungsfähigkeit und Gesundheit abzudingen ist. Man mag sich vorstellen, welche Lebenshaltung auf solcher Grundlage möglich und ob es denkbar sein wird, von einer Produzentenschaft, die dauernd um des Lebens nackte Notdurft kämpft und sich vom Tisch der Kultur und des befriedeten und geordneten Lebens ausgeschlossen sieht, Leistungen von solcher qualitativen und quantitativen Intensität zu erwarten, daß mittels ihrer ein großes Volk ernährt

und fortgepflanzt werden und darüber hinaus die Schuldenlast an das Ausland getragen und abgedeckt werden könnte? Man erinnere sich doch der bereits erwähnten Vorkriegstatsachen. Selbst in unserer blühendsten Zeit war unsere Handelsbilanz passiv. Das heißt unsere Einfuhr überstieg geld- und tonnenmäßig unsere Ausfuhr, wie es nur selbstverständlich ist bei einem Lande, das weder über ausreichende Nahrungs- noch Rohstoffquellen, wohl aber über eine zahlreiche Bevölkerung verfügt. Die Passivität unserer Handelsbilanz wurde aber überaktiviert durch unsere Zahlungsbilanz. Die Einkommensquellen, auf denen die Aktivierung beruhte, besitzen wir nicht mehr oder nur in verschwindendem Ausmaß. So ruht die ganze Last der Aktivierung unserer Wirtschaftsbilanz auf den Schultern der Schaffenden. Deutschland muß Qualitätsarbeit und muß sie in solchem Ausmaß leisten, daß es durch seine Exportüberschüsse existieren und seinen Auslandsverpflichtungen nachkommen kann. Die Aufgabe ist riesenhaft. Ganz aussichtslos ist sie nicht. Deutschland war seit Jahrzehnten das Land ausgedehnten Veredelungsverkehrs. Ein Beispiel aus dem Jahre 1910, das mir zufällig zur Hand ist (vgl. Fürth, Rückgang der Geburten als soziales Problem a. a. O. S. 755) besagt: Im Jahre 1910 wurden im Veredelungsverkehr

eingeführt: 1273290 t im Betrage von 241859000 M.

ausgeführt: 585752 t „ „ „ 225580000 „

Die eingeführte Tonne repräsentierte einen durchschnittlichen Wert von 189,95 M., die ausgeführte Tonne ergab durchschnittlich 385,11 M. oder ein Plus von 102,74%. Es sind also im deutschen Veredelungsverkehr Werterhöhungen im Durchschnittsbetrag von 102,74% erreicht worden.

Das ist ein überzeugender Beweis von der wertschaffenden Leistungsfähigkeit unseres Volkes.

Auf diesem Wege müssen wir weiter gehen. Alle latenten Energien müssen mobil gemacht, alle Kräfte angespannt, neue Wege müssen gegangen, technische und sachliche Erfindungen ersonnen werden. Dies der einzig mögliche Weg. Jener der Lohnsenkung, eines erneuerten Dumping durch Ausbietung und Verkauf der deutschen Arbeitskraft, ist ungangbar. Und zwar nicht nur aus bevölkerungspolitischen Gründen unmittelbarer, sondern erst recht aus solchen mittelbarer Art. Schon jetzt, nach kaum abgeschlossener Londoner Übereinkommen macht sich ausländische Gegnerschaft geltend. Englische Industrielle und Arbeiter fürchten die deutsche Unterbietung, die durch Senkung der Löhne und die

Wirkungen des Transfer zu erwarten ist. — Wichtiger noch ist anderes. Wenn Deutschland durch niedrige, unter Weltpreis stehende Löhne die Kaufkraft des inneren Marktes künstlich lahmlegt, erhöht es nicht nur die eignen Generalunkosten der Produktion, es verschließt sich auch selbst die Auslandsmärkte. Denn mit welchem Geld soll das Ausland die deutsche Ware bezahlen, wenn ein so wichtiger Abnehmer wie Deutschland infolge der geschwächten Kaufkraft des Innenmarktes zu einem wesentlichen Teil ausfällt? So bleibt auch von dieser Seite her nichts andres übrig als eine solche Erhöhung der Kaufkraft durch Qualitätsleistung, daß Deutschland leben und doch seinen Verpflichtungen genügen kann.

Die Arbeitszeit im Licht der Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik¹⁾.

Es gibt weite Kreise, die glauben, durch Verlängerung der Arbeitszeit gleichfalls produktionsfördernd wirken zu können. So bedarf dieser Punkt einer besonderen Erwägung, die am besten an die im Mittelpunkt der zeitlichen Erörterung stehenden Frage des Achtsturentages anzuknüpfen ist.

Die Frage lautet: „Ist der Achtsturentag, als Normalarbeitstag (nicht als Minimal- und auch nicht als Maximalarbeitstag) gedacht, die Form der Arbeitsleistung, bei der ein Optimum sowohl an Produktion als an Menschenökonomie (körperliche, geistige und sittliche Verfassung und Gesunderhaltung) zu erwarten ist?“

Die Frage muß in Etappen beantwortet werden. Wird in der Regel, d. h. im normalen Gewerbebetrieb, eine Verkürzung der Arbeitszeit von zehn oder neun auf acht Stunden ein Optimum an Arbeitsleistung herbeiführen? Die Erfahrung antwortet bejahend. So geben die Zeißwerke an, daß 233 Arbeiter bei neunstündiger Tagesarbeit jährlich 345899 Pfennige, bei achtstündiger 366484 Pfennige im Jahr verdienten. Es muß hervorgehoben werden, daß es sich dabei fast ausnahmslos um im Akkord geleistete Präzisionsarbeit handelt. Sonach Qualitätsarbeit, die bei einer Arbeitszeitverminderung von einer Stunde täglich eine Einkommenssteigerung von 6% brachte. Hinzu kommt der durch Ersparung von Generalunkosten (Heizung, Beleuchtung usw.) erhöhte Unternehmergewinn. Ähnliches besagen die Erfahrungen von Bosch, Freese und anderen.

Bestreitend wird neuerdings auf die zum Teil ungünstigen Er-

¹⁾ Vgl. Fürth: Die Aktivierung unserer Handelsbilanz u. der Achtsturentag. Soz. Praxis, 33. Jahrgang. Nr. 26.

fahrungen mit dem Achtstundentag in der Nachkriegszeit hingewiesen. Sehr zu Unrecht. Das Nachkriegsmenschenmaterial ist in keinem Sinne mit der Produzentschaft der Vorkriegszeit zu vergleichen. Vier Jahre Schützengraben haben die Faulenzerei, den geschäftigen Müßiggang, die Verrohung und sittliche Verwilderung in ein System gebracht. Die Daheimgebliebenen und besonders die heranwachsende Jugend sind von nicht minderen Übeln in ihrem körperlichen und sittlichen Habitus wie in ihrer Ertüchtigung zum Beruf geschädigt worden. So fand die Einführung des Achtstundentags ein zu seiner Meisterung unfähiges Geschlecht, und es spricht für den gesunden Kern unseres Volkstums, daß der Achtstundenmißbrauch des Jahres 1919 schon in verhältnismäßig kurzer Zeit überwunden war. Das bezeugen übereinstimmend alle Berichte über ein langsames oder je nachdem auch rascheres Ansteigen der Arbeitsleistung seit 1919. In zahlreichen Fällen ist die Vorkriegsleistung nahezu oder völlig erreicht, in vielen anderen, und zum Teil erheblich, überschritten. Bemerkenswertes Material bietet in dieser Richtung eine fortlaufende, quellenmäßig fundierte Arbeitszeit und Arbeitsergiebigkeit untersuchende Umfrage der Wirtschaftskurve der Frankfurter Zeitung (vgl. 2., 3. und 4. Heft 1922 und Heft 1 des Jahrgangs 1924). Die außerordentlich vorsichtigen und gewissenhaften Herausgeber lehnen ab, das bis jetzt vorliegende Material zur Grundlage schlüssiger Ableitungen zu machen. Wir schließen uns diesem Verfahren an und stellen daher mit aller gebotenen Vorsicht nur fest, daß dort neben vereinzelt ungünstigen Erfahrungen mit dem Achtstundentag eine Reihe gleichbleibender und eine noch größere Anzahl günstiger Einzelbetriebsergebnisse mitgeteilt werden. Es zeugt für die vorsichtig abwägende Art der Berichterstattung, wenn ein Teil dieser günstigen Erfahrungen verbesserter Technik zugeschrieben wird. So viel kann aber dem vorliegenden Material entnommen werden, daß der Achtstundentag eine produktionsmindernde Wirkung nicht entfaltet hat.

Jedenfalls sind aber die Vorkriegserfahrungen mit dem Achtstundentag in bezug auf Arbeitsergiebigkeit, Produktionssteigerung und Erhöhung des Allgemeinnutzens durchaus zufriedenstellend. Die zum Teil ungünstigeren, aber seit 1919 in ständiger Besserung befindlichen Nachkriegsergebnisse liegen, soweit man heute sehen kann, nicht in der Einrichtung, sondern in dem Menschenmaterial, das sich ihrer bedient. Aber auch vom ideellen Ertrag ist gerade in den von uns zu betonenden bevölkerungspolitischen und kulturellen Zusammenhängen zu reden. Denn was ist letzten Endes

der Sinn des harten Kampfes, in dem wir stehen, wenn nicht das eine, einem tapferen, fleißigen und tüchtigen Volk die Möglichkeit einer menschenwürdigen Existenz zu verschaffen? Einer Existenz, die viel mühselige Arbeit, aber auch den Stolz und die Zuversicht, die Würde und Geltung aufrechten Menschentums umschließen soll? Daher ist der Achtstundentag nicht nur als Hilfsmittel einer ertragreichen Produktion und als Grundlage einer zu aktivierenden Handelsbilanz ins Auge zu fassen, sondern auch in seinen Eigenschaften als Kultur- und Freudebringer für alle Schaffenden. Freizeit tut sich auf. Ein Stückchen Heimaterde, das man bebauen kann. Ein eigen Buch, Erfindung und Bastelei. Ein Ausgleich für das öde Einerlei bis ins einzelne spezialisierter Hantierung, ein Weg in die Freiheit selbstschöpferischer Arbeit, damit der Mensch ein Ganzes schaffen und wieder im inneren Herzen spüren könne, was er erschafft mit seiner Hand. Tausend Möglichkeiten und tausend Aussichten ins gelobte Land menschwerten Lebens.

Weiter sei auch auf die Herabminderung der Unfallgefahr, die in engem Zusammenhang mit der Ermüdungskurve steht, hingewiesen und endlich auf die günstige Einwirkung, die eine Arbeitszeit von mäßiger Dauer auf den Gesundheitszustand ausübt.

Fassen wir zusammen: Aus produktionstechnischen wie aus sozialpolitischen Gründen ist der Achtstundentag eine begrüßenswerte Notwendigkeit. Dabei soll keineswegs in doktrinärer Einseitigkeit der Bogen zu der Forderung überspannt werden, daß unter keinen Umständen der Achtstundentag überschritten werden dürfe. Wir alle kennen die Klausel der Force majeure. Ganz ebenso kann irgend eine wirtschaftliche oder handelspolitische Konstellation für kurze Zeit eine Überspannung aller Kräfte fordern. (Man erinnere sich, mit welcher heroischen Hingabe die Ruhrbergleute 1921 Überschichten verfahren haben.) Solche Sonderfälle werden bei einer gewerkschaftlich geschulten und zusammengeschlossenen Arbeiter- und Beamtschaft stets tatbereites Verständnis finden, und gegenseitiges Entgegenkommen wird die Ausführungswege bereiten.

Ferner muß der Achtstundentag insofern ein biegsames Instrument sein, als es Gewerbe gibt, die eine Ausdehnung der normalen Arbeitszeit auf acht Stunden verbieten sollten (Bergbau, Giftindustrien, Steinhauerei, schwere Arbeit an Heizkörpern usw.), während andere, wie Land- und Hauswirtschaft auf den Achtstundenjahrestag abgestellt werden können. Das heißt, daß z. B. die Landwirtschaft, die zur Zeit der Saat und Ernte mit dem Achtstundentag nicht auskommen kann, für die im Sommer verlängerte

Arbeitszeit winterliche Freizeiten einlegt, die nach Art der nordischen Bauernhochschulen zu Bildungszwecken ausgenützt werden könnten. Soweit es sich um landwirtschaftliche Saisonarbeiter handelt, müßte in der höheren Bezahlung ein Ausgleich geschaffen werden.

Schließlich, und auch das spricht für die Zweckmäßigkeit einer kürzeren Arbeitszeit, ist die Dauer der Arbeitszeit nicht so wesentlich wie die Arbeitsintensität. Daher ist der Achtstundentag nur eine Möglichkeit, eine Form, deren Inhalt variabel ist, aber um so reicher sein wird, je frischer, unverbrauchter, arbeitsfreudiger und demgemäß arbeitswilliger die Arbeiterschaft ist. Diese psychischen Momente sollten nicht unterschätzt werden.

Das volkswirtschaftliche Optimum heißt: größter Erfolg bei kleinsten Produktionskosten.

Das sozialpolitische Optimum bedeutet dasselbe unter Berücksichtigung all der psychischen und kulturellen Faktoren, die das Leben der einzelnen wie der Massen auf ein menschenwürdiges Niveau heben.

Der Achtstundentag als Norm ist nach meinem Dafürhalten die tragfähige Brücke zu beidem.

Die Betrachtungen der vorausgehenden Abschnitte haben uns als unabweisbare Postulate gesunder Bevölkerungspolitik, das ist gesunder Lebensgestaltung unseres Volkes, gezeigt: Mutter- und Kinderschutz, eine angemessene Befriedigung des Wohnbedürfnisses, Verbilligung der Lebenskosten auf Grund der Preissenkung lebenswichtiger Gebrauchsgüter (herbeizuführen durch Verbesserung und Verbilligung der Arbeitsmethoden und Frachten, Preisangliederung an den Weltmarkt auf Grund des Freihandels, Verbilligung des Innenmarktes durch scharfe Kalkulationsmethoden der Industrie und des Handels), angemessene Gestaltung der Löhne und Gehälter und grundsätzliche Aufrechterhaltung des Achtstundentages.

Ausblick.

Die Lebenskraft des deutschen Volkes hat sich in überraschender Weise bewährt. Das entthob uns nicht der Verpflichtung, sorglich zu prüfen, ob und wie weit die heutige Wesenheit, der Aufbau und die Lebensbedingungen unseres Volkes diesen gesunden Tendenzen entgegenkommen und ob bzw. wie hier fördernd oder schützend einzugreifen wäre.

Wir müssen abschließend einigen Gedankengängen anderer, oder ergänzender Art Raum geben. Man kann die Bevölkerungsfrage, die zugleich ein Kulturproblem ist, nicht lediglich vom zahlenmäßigen und wirtschaftspolitischen Standpunkt aus würdigen und

lösen. So wie wirtschaftliche und politische Gegebenheiten geburtenmindernd oder -fördernd, das Leben erleichternd oder erschwerend wirken, können Erwägungen sozialer, psychischer und ethischer oder mit einem Worte kultureller Art in dem einen oder anderen Sinne wirksam werden.

Wir begegnen einer bedenklichen Einschränkung der Geburtenziffer in allen Schichten der Besitzenden, für die doch die Gründe der wirtschaftlichen Lebenserschwerung nicht zutreffen. Ferner in den Kreisen der Intellektuellen und schon vor dem Krieg hatte die Neigung zur Einschränkung der Geburtenzahl, wie das Beispiel Berlins und anderer Großstädte beweist, auch auf die Schichten der gehobenen Arbeiterschaft übergegriffen.

Die Gründe dieses oft recht weit getriebenen Verzichtes auf Nachkommenschaft sind meist so höchst persönlicher Natur, daß sie sich der allgemeinen Kenntnis und Beurteilung entziehen. Immerhin gibt die Häufung solcher Fälle das Recht, einige Schlüsse allgemeiner Art daraus abzuleiten.

Zu einem Teil sind die Gründe egozentrischer Art. Die Menschen aller Gesellschaftsklassen sind anspruchsvoller, um nicht zu sagen genußüchtiger geworden. Es mag dies der Rückschlag des unendlich aufreibender gewordenen Arbeitslebens oder auch die Folge der durch die Errungenschaften der Zivilisation gegen früher unendlich gesteigerten Genußmöglichkeiten sein. — Die Menschen sind aber auch persönlicher geworden. Sie stellen sich nicht mehr so selbstverständlich und uneingeschränkt, wie dies früher der Fall war, in den Dienst der Gattung und der Familie. Sie empfinden sich als Selbstzweck und als Selbstberechtigte, eben als Persönlichkeiten.

Sie sind endlich auch verantwortungsbewußter geworden. Das Leben wurde reicher und differenzierter, der Lebenskampf schwerer. Darum gibt es heute, weit häufiger als früher, Kleinmütige, die sich nicht die Kraft zutrauen, eine größere Kinderzahl für das Leben ertüchtigen oder sie nur „standesgemäß“, wie das schöne Wort heißt, durchbringen zu können. Und andere gibt es, die danach trachten, ihren Kindern überhaupt jeden Lebenskampf zu ersparen, und die daher Sorge tragen, daß ihr Ererbtes oder Erworbenes möglichst ungeteilt, d. h. in der Hand von einem, höchstens zwei Nachkommen bleibe. Rassebiologisch gesehen ist es vielleicht ganz gut, daß solche Lebensschwächlinge oder Egoisten ihr Geschlecht auf diese Weise selbst zu baldigem Aussterben verurteilen.

Dann gibt es wiederum andere, die darum, und mit gutem Recht, auf eine so große Kinderschar verzichten, weil die heutigen Be-

dingungen der Aufzucht zu körperlicher und geistiger Lebentüchtigkeit so schwer sind, daß es dem nur auf den Ertrag seines Schaffens angewiesenen Hand- oder Kopfarbeiter unmöglich wäre, eine größere Kinderzahl in entsprechender Weise körperlich und geistig heranzubilden, so daß, wenn ihrer zuviele aus kargen Mitteln herangepflegt werden müßten, das nur auf Kosten der Qualität und Lebenserwartung aller geschehen könnte. Das trifft besonders für gewisse Schichten der Intellektuellen, des Beamtentums und der qualifizierten Arbeiterschaft zu, und es ist nicht nur bedauerlich an sich, sondern fordert geradezu geeignete Gegenmaßnahmen heraus, wenn wertvolle Volkselemente, die den Willen und den Mut zur reichlichen Fortpflanzung hätten, durch den Zwang der Verhältnisse darauf verzichten müssen.

Man hat gemeint, in diesem Zusammenhang besonders darauf hinweisen zu sollen, daß das geistig hochstehende und auch körperlich fortpflanzungstüchtige Frauentum sich der generativen Pflicht entziehe und in der Folge immer mehr entziehen werde. Statistische Belege dafür (deren Beibringung, seien sie nun negativer oder positiver Art, eine zwar schwere, aber nicht unmögliche und sicher sehr verdienstliche Sache wäre) gibt es nicht, und der Augenschein läßt das Gegenteil vermuten. Ohne Zweifel gab und gibt es reich veranlagte und daneben fortpflanzungstüchtige bzw. taugliche Frauen, die aus irgendwelchen inneren oder äußeren Gründen auf Fortpflanzung und Ehe verzichten und recht oft ohne ihr Zutun verzichten müssen. (Man erinnere sich auch der staatlichen und kirchlichen Zwangszölibatäre männlichen und weiblichen Geschlechts, denen Staat und Kirche sehr zum Schaden des gesamten Volkstums den Verzicht auf Nachkommenschaft auferlegen.) Und es gibt unter den verheirateten und dabei geistig schaffenden Frauen viele, die keine oder nur wenige Kinder haben. Es entzieht sich aber völlig der allgemeinen Kenntnis, ob nicht erst die Tatsache der Nicht- oder geringen Inanspruchnahme durch Kinder das andersartige schöpferische Vermögen zur Auslösung gelangen ließ. Ebenso wie die Draußenstehenden kein Urteil darüber haben können, wie in vielen Fällen der Schaffensdrang und die schöpferische Fähigkeit der generativen Pflicht zum Opfer gebracht wurden und werden.

Natürlich soll damit nicht bestritten werden, daß ein nicht unwesentlicher Teil der Geburteneinschränkung, das ist des Geburtenrückganges, auf Rechnung des Umstandes gesetzt werden muß, daß Millionen von verheirateten Frauen zum Broterwerb, das ist aber zur Einschränkung der generativen Tätigkeit gezwungen sind.

Dessen aber möge man sicher sein: keine lebensvolle, schöpferisch veranlagte Frau wird aus den egoistischen Gründen auf das Kind verzichten, denen man bei den genußsüchtigen Frauen der reichen Großbourgeoisie so bedauerlich oft begegnet.

Will man aber die wertvolleren weiblichen Elemente, ebenso wie die vorhin von uns gekennzeichneten lebensvollen und nur aus aufgezwungenen Rücksichten auf reichlichere Fortpflanzung verzichtenden Schichten wieder stärker als in den letzten Jahrzehnten in den Dienst der Volksvermehrung stellen, so suche man Mittel und Wege, um ihnen die Aufzucht der Kinder zu erleichtern und diesen Kindern bessere Zukunftsaussichten zu eröffnen.

Aber: „Wie glänzend auch die Fortschritte sein mögen (Verbesserung der Arbeitsmittel, Herrschaft über die Natur), welche uns die Zukunft bringt, der Volksvermehrung wird allezeit eine Schranke gezogen sein und das Vermehrungsvermögen wird nimmermehr ungehemmt sich entfalten dürfen“ (Elster, in: Handw. der Staatsw. Bd. 2, Bevölkerungswesen, S. 997 ff.).

Hier ist auch Oth anzuführen, die in ihrer mehrfach erwähnten Abhandlung: „Induktives und Deduktives zum Bevölkerungsproblem“ sagt: „Nur wer gegen Evolution, die hier vor sich geht, die Augen absolut verschließen will, wird nicht zu der Einsicht kommen, daß fallende Mortali-Nativität der Weg der Entwicklung ist, den menschliche Gemeinschaften zu gehen haben.

„Nativitäten am Abfallen verhindern heißt daher nichts anderes, als die Kultur zum Stagnieren bringen“ (a. a. O. S. 451).

Diese Zusammenhänge verkennen, ihren Konsequenzen aus dem Weg gehen, heißt unverantwortliche Elendspolitik treiben. Doppelt unverantwortlich in einem Gemeinwesen, das schwer unter den Folgen eines verlorenen Krieges leidet, dessen Nahrungsquellen zu einem nicht unwesentlichen Teile versiegt sind, das in harter mühevoller Arbeit um des Lebens Notdurft ringen muß, sich unter keinen Umständen mit den Aufzuchtkosten eines allzu zahlreichen Nachwuchses belasten darf, aber alles daran setzen muß, die schmale Nachwuchsrate, zu der es nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet ist, einem arbeitstüchtigen Leben entgegen zu pflegen. Irgend eine Art von Luxusnachwuchs können wir uns einfach nicht mehr leisten und wenn nach Grotjahn die Summe aller Individuen, die in irgend einer Weise somatisch oder psychisch minderwertig sind, auf ein volles Drittel der Bevölkerung zu schätzen und man mit ihm der Ansicht ist, daß, um die Armee der Minderwertigen zu verkleinern, es vor allen Dingen nötig ist, ihr frischen Zuzug ab-

zuschneiden, dann muß man auch mit ihm zu der Forderung kommen, daß eine direkte Beeinflussung des Fortpflanzungsgeschäftes notwendig ist. Einmal dadurch, daß man in dem von uns gekennzeichneten Sinne die krankhaft Entarteten und Belasteten von Zeugung und Fortpflanzung ausschließt und auch wirtschaftliche Überlastung als Indikation für die Einschränkung der Geburtenzahl, das ist aber die Verhütung der Konzeption, gelten läßt.

Damit soll nicht etwa der mechanischen Herabsetzung bzw. Kleinhaltung der Kinderzahl auch bei den Fortpflanzungs- und Lebenstüchtigen das Wort geredet sein. Im Gegenteil! Durch die Verminderung der Konzeptionen und Geburten, die von vornherein als Minuswerte anzusprechen sind, soll freie Bahn geschaffen werden für die gesunden und lebensstauglichen Volkselemente und der Nation die Stoßkraft erhalten bleiben, die in einer kräftigen Volksvermehrung zweifellos beschlossen liegt.

Dazu bedürfen wir neben einer großzügigen Arbeiterschutz- und Erziehungspolitik, einer Wohnungs-, Zoll- und Wirtschaftspolitik großen Stiles, die nicht nach den Wünschen einer kleinen Minderheit, sondern nach den Lebensbedürfnissen der Massen orientiert ist und durch die ein gesundes Menschenmaterial herangezogen, entsprechend vorgebildet und dauernd gesund erhalten werden kann.

An erster Stelle wäre da ein umfassender und ausreichender Mutter- und Kinderschutz zu schaffen.

Weiter die Beibehaltung des Achtsturentages, der Ausbau der Arbeitslosenversicherung und des den Arbeiter vor willkürlicher Kündigung schützenden Betriebsratsystems.

Ebenso das völlige Verbot der Kinderarbeit und eine tiefgreifende Reform des gesamten Schul- und Erziehungswesens bzw. Verwirklichung des Verfassungswerkes von Weimar durch die auf dem Boden der unentgeltlichen und über alle Studienarten sich erstreckenden Einheitsschule und eines freien und gesicherten Bildungswesens.

Alles das sind nicht etwa utopische Forderungen, sondern solche, die unschwer heute schon zu verwirklichen sind, sofern man sich nur zu der vernünftigen Bevölkerungspolitik entschließt, die es tunlichst verhütet, daß ungezählte Menschenleben nutzlos geboren oder nutzlos vergeudet und dadurch ungezählte Millionen Geldes nutzlos verausgabt werden.

Was aber zum Leben gelangt, das soll auch dem Leben erhalten und zu einem guten Lebenswert herangepflegt und herangezogen werden.

Wir müssen uns mit der Einsicht durchdringen, daß, um mit Goldscheid zu reden, „kapitalistisch intensive Güterproduktion

und mittelalterlich extensive Menschenproduktion auf die Dauer nicht zusammen bestehen können. Naturkausal nicht und kulturkausal erst recht nicht. Der reifere Mensch hört auf, Freude an verwahrlosten Kindern zu haben. Die Qualifikation seiner Arbeitskraft setzt sich fort bis in seine Reproduktionsleistung hinein. Er kann nicht anders wollen, als auch hinsichtlich seines Nachwuchses Qualitätsproduktion zu treiben. . . . Wir werden lernen müssen, mit sinkenden Geburtsziffern auszukommen und dabei einsehen, daß die generative Bilanz trotz dieser weit günstiger gestaltet werden kann als vorher, wenn man nur im entsprechenden Ausmaß Ökonomie mit dem Menschenmaterial treibt . . . Diesbezüglich werden wir jedoch so lange keine voll befriedigenden Errungenschaften zu verzeichnen haben, als wir uns nicht entschließen, hohe Investitionen für die Menschenproduktion zu machen.“ („Höherentwicklung und Menschenökonomie“, Leipzig 1911).

Kommen wir zum Schluß. Wir erkennen uns das Recht zu, ja, wir statuieren als Pflicht, den Tod auf alle mögliche Weise zu bekämpfen und zurückzudrängen.

Wir bemühen uns fortgesetzt, neue Mittel der Krankheits- und Seuchenbekämpfung ausfindig zu machen. Durch Kanalisation und Wasserleitungen, durch Verbesserung des Städte- und Wohnungsbaues, durch ein weitverzweigtes System hygienischer Maßnahmen, durch Vor- und Fürsorge in allen Formen und Gestalten suchen wir das Leben zu verlängern und es gesünder zu machen.

Dem Kampf gegen den Tod muß aber das Recht auf Regelung des Lebens, das ist der Geburt zugesellt werden. Ja dieses Recht auf Regelung der Geburt ist selbst wieder ein Stück des Kampfes gegen den Tod.

Wir werden immer mehr Herren über den Tod. Da ist es an der Zeit, daß wir auch Herren über das Leben werden. Daß wir bestimmen, was und wann es zum Leben gelangen soll.

Das legt uns freilich auch die volle Verantwortung für das zum Leben gelangende auf. Wir sind haftbar für seine physische und geistige Wesenheit, wie für die Mittel und Möglichkeiten seiner wirtschaftlichen Existenz.

So denn: kein Verzicht auf kräftige und gesunde Vermehrung, aber keine ungehemmte, sondern eine wohlüberlegte, verantwortungsbereite, aber auch verantwortungssichere Volksvermehrung.

Nun noch ein Letztes. Wir haben seit Jahrzehnten all unsere Aufmerksamkeit, ein rastloses Sinnen und Mühen aufgewandt, um die Welt der toten Produktionswerkzeuge zu verbessern und zu vervollkommen. Jeder Tag erschließt hier neue Eroberungsgebiete, und jeder Tag findet uns dabei, uns ihrer zu bemächtigen. Wir haben unsere natürlichen Organe durch die Kraft unseres Geistes unendlich verfeinert und verlängert.

Unsere durch die Wissenschaft vervollkommneten Augen durchforschen die Himmelsräume.

Unsere Meßapparate verzeichnen Erdbewegungen, die in einer Entfernung von Tausenden von Kilometern sich abgespielt haben.

Unsere Hände sind durch eine Fülle feinsten, aber auch mächtigster Werkzeuge ins Unendliche des Leistungsvermögens gesteigert. Unsere beflügelten Füße tragen uns über Meere und Wolken.

So haben wir uns in weitem Umfang von den engen Schranken befreit, die allem tierischen Leben außer uns durch seine natürlichen Existenzbedingungen gezogen sind.

Da ist es höchste Zeit, daß wir uns des lebendigen Motors dieser vielgestaltigen Produktionswelt erinnern und ihm unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Daß wir alle Bedingungen seiner Reproduktion, seines Werdeganges, seiner gesamten Existenz in den Mittelpunkt eines Interesses stellen, das wir bislang in der Hauptsache toten Gütern zuteil werden ließen.

Wir müssen mehr und anders als bisher erkennen und begreifen lernen, daß alles das nur um des Menschen, d. h. aber um aller Menschen willen, geschaffen wurde.

Der Mensch, jeder Mensch ist Selbstzweck. Die gesamte Produktionsmaschinerie aber ist nur Mittel zum Zweck, und zwar zum Zweck der Menschwerdung alles dessen, was Menschenantlitz trägt.

Der Mensch ist nur um des Menschen willen da!

Das wollen wir nicht vergessen, und es muß unser Trachten sein, rastlos und restlos zu erfüllen, was uns damit auferlegt ist.

Dann wird der Geburtenrückgang aufgehört haben, ein drohendes soziales Problem zu sein. Er wird sich als organisches Glied in die Kette einer Entwicklung fügen, die menschwärts führt, und ein Deutschland wiedererstehen lassen, das einer befriedeten Zukunft in Gesundheit, Kraft und Gelingen entgegen zu schreiten vermag.

Literaturverzeichnis.

- Amtlicher Bericht über das Gesundheitswesen im preußischen Staat 1907.
- Bernhard, Beiträge zur Kinderforschung. H. 1. Langensalza 1910.
- Blaschko, Hygiene der Prostitution und der venerischen Krankheiten. Jena 1900.
- Blaschko-Fischer, Einfluß der sozialen Lage auf die Geschlechtskrankheiten. Krankheit und Soziale Lage. Lief. 3. München 1913.
- Brentano, Die Malthuslehre und die Bevölkerungsbewegung der letzten Dezzennien. Abhandl. der Kgl. Bayer. Akademie der Wissenschaften Bd. 24, 3. Abt.
- Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen.
- Fernau, Frauenbewegung und Bevölkerungsproblem in Frankreich. (Die Frauenbewegung Jahrg. 18, 1912.
- Franque, v., Entbindungsanstalten, Wöchnerinnen- und Säuglingsheime als Mittel zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. (Zeitschr. f. Säuglingsfürsorge Bd. 3, H. 7 u. 8, 1909.)
- Fürst, Der Einfluß der sozialen Lage auf die Schulauglichkeit. München 1913.
- Fürth, Die Geschlechtskrankheiten als bevölkerungspolitisches, soziales, ethisches und gesetzgeberisches Problem. Frankfurt 1920.
- Fürth, Die Mutterschaftsversicherung. Jena 1911.
- Fürth, Der Haushalt vor und nach dem Kriege. Jena 1927.
- Fürth, Die Frauen und die Bevölkerungs- und Schutzmittelfrage. (Archiv f. Soziale Hygiene und Demographie Bd. 11, H. 1.)
- Fürth, Vorschläge zur Finanzierung des Wohnungsneubaues. (Zeitschr. f. öffentliche Gesundheitspflege 1922.)
- Goldscheid, Höherentwicklung und Menschenökonomie. Leipzig 1911.
- Grotjahn, Soziale Pathologie. Berlin 1912.
- Hamburger, Konzeptionsziffer und Kindersterblichkeit in großstädtischen Arbeiterkreisen. (Zeitschr. für Soziale Medizin.)
- Kautsky, Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft. Stuttgart 1910.
- Kohn, Wohnungsenqueten der Berliner Ortskrankenkasse. Medizinalstatistische Arbeiten Bd. 22, H. 2.
- Medizinal- und statistische Nachrichten d. Preuß. Stat. Landesamtes. 12. Jahrg., H. 1.
- Mitteilungen der D. G. z. B. d. G. Bd. 21, Nr. 3 u. 4.
- Möllers, Der heutige Stand der Tuberkulose in Deutschland. (Zeitschr. f. Hygiene Bd. 193, H. 2.)
- Mombert, Über den Rückgang der Geburten- und Sterbeziffern in Deutschland. (Archiv f. Soz. Bd. 34.)

- Mayet, Die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der Ortskrankenkasse Leipzig.
- Oth, Induktives und Deduktives zum Bevölkerungsproblem. (Conrad's Jahrbücher für Nationalökonomie 3. Folge, Bd. 43, 1912.)
- Potthoff, Der wirtschaftliche Wert des Menschenlebens. (Die Umschau 1908 12. Jahrg.)
- Reichsarbeitsblatt Jahrg. 9, Nr. 5. Die Lebensdauer der deutschen Bevölkerung und ihre Verlängerung in den letzten 30 Jahren.
- Schlesinger, Wachstum, Gewicht und Konstitution der Kinder und der heranwachsenden Jugend während des Krieges. (Zeitschr. für Kinderheilkunde Bd. 22.)
- Schlesinger, Wachstum, Ernährungszustand und Entwicklungsstörungen der Kinder nach dem Krieg bis 1923. (A. a. O. Bd. 37.)
- Sexualprobleme. 1912.
- Sonderkatalog der Gruppe Statistik. (Internat. Hygieneausstellung Dresden 1911.)
- Spann, Untersuchung über die uneheliche Bevölkerung in Frankfurt a. M. Dresden 1905.
- Statistik des Deutschen Reiches. Insbesondere die Bände 276 u. 307.
- Stat. Übersichten der Stadt Frankfurt a. M.
- Stat. Monatsbericht von Groß-Berlin. Jahrg. 3, H. 7.
- Tugendreich, Der Einfluß der sozialen Lage auf Krankheit und Sterblichkeit des Kindes. (Krankheit u. Soz. Lage. München 1913.)
- Wirtschaft und Statistik, alle Jahrgänge.
- Wirtschaftskurve der Frankfurter Zeitung.
- Atwood Whitacker, 1919. Der deutsche Kindertod. Tatsachen über den gegenwärtigen Gesundheitszustand europäischer Kinder und die Wirkung auf die Zukunft der zivilisierten Welt.
- Frankfurter Zeitung vom 24. II. 1912.
-

Weitere Schriften von

Henriette Fürth

Die soziale Bedeutung der Käufersitten. IV, 124 S. gr. 8° 1917 Gmk 3,60.

Inhalt: Die soziale Bedeutung der Käufersitten. — Arbeiter- und Käufer-
sitten (Das Taylorsystem). — Heimarbeit und Käufersitten. — Der Einfluß der
heutigen Kauf- und Verkaufssitten auf Produktion, Marktlage, Sittlichkeit und
Geschmacksbildung. — Blumentage und Bazare. — Verhalten beim Einkauf. —
Die Barzahlung. — Die Käuferligen. — Die Pflichten der Käufer von „Arbeits-
kraft und Leistung“. — Unbezahlbare Leistungen und unser Verhalten zu ihren
Trägern. — Jugenderziehung und Käufermoral. — Der Staat als Käufer. — Die
sozialen und ethischen Pflichten des Verkäufers. — Das Warenhaus. — Die Kon-
sumgenossenschaften. — Die Hausfrauenverbände. — Das Submissionswesen. —
Schluß. — Literatur.

Die Mutterschaftsversicherung. X, 220 S. gr. 8° 1911 Gmk 5,50

Inhalt: I. Die Notwendigkeit der Mutterschaftsversicherung: Die
erwerbstätigen Frauen und die M.-Vers. Die Hausfrau und die M.-Vers. Die
außerehelichen Mütter und die M.-Vers. Die Säuglingssterblichkeit und der Mangel
an Mutterschutz. Säuglingssterblichkeit und Frauenerwerbsarbeit. Die Unehe-
lichen. — II. Die Faktoren der M.-Vers: Material und Methode. Die steuer-
statistischen und bevölkerungstechnischen Grundlagen der M.-Vers. Die Kran-
kenkassen. Der Wöchnerinnenschutz. III. Stand und Kritik der M.-Vers.
und einschlägiger Bestrebungen im In- und Ausland: Die M.-Vers. im
Ausland. Der landesgesetzliche und sonstige Mutterschutz in Österreich-Ungarn. Der
Mutterschutz in Deutschland. Die Propagandagesellschaft für M.-Vers. in Karlsruhe.
Prof. Dr. Mayet und die M.-Vers. IV. Die Organisation der M.-Vers:
Die Bedarfstrage. Die Ordnung und Verwaltung der M.-Vers. Zusammenfassende
Formulierung und Begründung der M.-Vers. — Schlußwort. Anmerkungen.
Literaturverzeichnis.

Der Haushalt vor und nach dem Kriege. Dargestellt an Hand eines mittel-
bürgerlichen Budgets. 65 S. gr. 8° 1922 Gmk 1,20

Inhalt: Material und Methode der Untersuchung. — Geschichte der Fam-
ilie. — Gesundheitspflege. Körperpflege. Wanderungen. Psychische und gei-
stige Bedürfnisse, Vergnügungen usw. Einkommen und Auskommen. — Lebens-
kosten. — Löhne und Gehälter. Abschließender Vergleich zwischen Einkommen
und Lebenskosten. — Schluß.

Diese Arbeit hat einen Haushalt des gebildeten Mittelstandes zum Gegen-
stand und liefert auf Grund der wichtigsten Ergebnisse von Haushaltsrechnungen
einen wertvollen Beitrag zur Erforschung der grundstürzenden Umwälzung
der ökonomischen Grundlagen und Gegebenheiten der Verbrauchswirtschaft an
Hand einer Familienwirtschaft. Was diese Arbeit über alle anderen Arbeiten glei-
cher Art stellt, die ebenfalls der Erfassung von Teuerungszahlen gewidmet sind,
ist das warm pulsierende, das wirkliche blutige Leben, das sich in diesen Aufstel-
lungen widerspiegelt; denn nicht bloß die tiefgreifenden Wirkungen der Preisge-
staltung der jüngsten Jahre, ja der letzten Monate, gehen aus ihnen hervor, sondern
auch des übermenschlichen Heroismus, den die Führung der Haushaltungen fast
in allen Städten der festbesoldeten Bürger- und Arbeiterschichten aufweist. Die
Schrift wendet sich an weiteste Volkskreise, insonderheit an Erzieher sowie an
Frauen und Mütter, denen sie den Willen zur Bekämpfung und Überwindung der
wirtschaftlichen Lebensschwierigkeiten wecken und stählen will.

Gemeinwirtschaftliche Förderung der Haushaltung und der Lebenskraft. (In:
„Schriften der Gesellschaft für soziale Reform“. Heft 69.) 1919 Gmk 1,80

Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz

oder eine Untersuchung seiner Bedeutung für die menschliche Wohlfahrt in Vergangenheit und Zukunft, nebst einer Prüfung unserer Aussichten auf eine künftige Beseitigung oder Linderung der Übel, die es verursacht.

Von Thomas Robert Malthus

Aus dem englischen Original, und zwar nach der Ausgabe letzter Hand (6. Aufl. 1826),
ins Deutsche übertragen von Valentine Dorn und eingeleitet
von Prof. Dr. Heinrich Waentig in Halle a. S.

Zweite Auflage

Zwei Bände. XIV, 485 u. IV, 470 S. kl. 8° 1924

Gmk 12.—, geb. 15.—

Inhalt des I. Bandes: I. Buch. Über die Hemmnisse der Bevölkerungsvermehrung in den weniger zivilisierten Teilen der Erde und in vergangenen Zeiten. 1. Feststellung des Untersuchungsgegenstandes. Raten der Vermehrung von Bevölkerung und Nahrungsmitteln. 2. Über die allgemeinen Hemmnisse der Bevölkerungsvermehrung und die Art ihres Wirkens. 3./14. Über die Hemmnisse der Bevölkerungsvermehrung auf der niedersten Stufe der menschlichen Gesellschaft. 4. — bei den amerikanischen Indianern. 5. — auf den Südseeinseln. 6. — bei den ehemaligen Bewohnern Nordeuropas. 7. — bei den heutigen Hirtenvölkern. 8. — in verschiedenen Gegenden Afrikas. 9. — in Nord- und Südsibirien. 10. — in den türkischen Gebieten und in Persien. 11. — in Hindostan und Tibet. 12. — in China und Japan. 13. — bei den Griechen. 14. — bei den Römern. — II. Buch. 1—10. Über die Hemmnisse der Bevölkerungsvermehrung in den verschiedenen Staaten des modernen Europas: Norwegen, Schweden, Rußland, Mitteleuropa, Schweiz, Frankreich, England, Schottland u. Irland. 11. Über die Fruchtbarkeit der Ehen. 12. Die Einwirkungen von Epidemien auf die Geburts-, Sterbe- und Heiratsregister. 13. Allgemeine Schlußfolgerungen.

Inhalt des II. Bandes: III. Buch. Über die verschiedenen Systeme oder Mittel zur Beseitigung der dem Bevölkerungsgesetz entspringenden Übel, die von der menschlichen Gesellschaft vorgeschlagen oder schon angewandt worden sind. 1./3. Über Gleichheitssysteme (Wallace, Condorcet, Godwin). 4. Über Auswanderung. 5./7. Über Armengesetze. 8. Über das Agrikultursystem. 9. Über das Handelssystem. 10. Über die Verbindung des Agrikultur- und Handelssystems. 11./12. Über Korngesetze (Ausfuhrprämien, Einfuhrbeschränkungen). 13. Über den Einfluß des zunehmenden Reichtums auf die Lage der Armen. 14. Allgemeine Bemerkungen. — IV. Buch. Über unsere künftigen Aussichten auf die Beseitigung oder Linderung der dem Bevölkerungsgesetz entspringenden Übel. 1. Über sittliche Enthaltbarkeit und unsere Verpflichtung, diese Tugend zu üben. 2. Über die Folgen, welche sich für die Gesellschaft aus dem Vorherrschen der sittlichen Enthaltbarkeit ergeben würden. 3. Über die einzig wirksame Methode, die Lage der Armen zu verbessern. 4. Erwägung der Einwürfe gegen diese Methode. 5. Über die Wirkungen der entgegengesetzten Methode. 6./7. Über den Einfluß, den die Kenntnis der Hauptursache der Armut auf die bürgerliche Freiheit haben würde. 8. Vorschlag zur allmählichen Abschaffung der Armengesetze. 9. Über die Art und Weise, wie die herrschenden Ansichten über d. Bevölkerungsz. berichtigen sind. 10. Über die Richtung unserer Mildtätigkeit. 11./12. Verschiedene Vorschläge z. Verbesserung d. Lage d. Armen. 13. Über die Notwendigkeit allgemeiner Grundsätze über diesen Gegenstand. 14. Über unsere vernünftigen Erwartungen betr. die künftige Verbesserung der Gesellschaft. — Anhang.

Versuch einer Bevölkerungslehre, ausgehend von einer Kritik des Malthusschen Bevölkerungsprinzips Von Dr. Frank Fetter. (Sammlung nationalök. und stat. Abhandlungen. Herausg. von Joh. Conrad, Halle a. S., Bd. VII, 4) VII, 97 S. gr. 8° 1894 Gmk 2.40

Das Bevölkerungsgesetz des Th. R. Malthus und der neueren Nationalökonomie. Darstellung und Kritik. Von Dr. Franz Oppenheimer. VII, 168 S. gr 8° 1901 Gmk 3.—

Inhalt: 1. Darstellung der Malthusschen Lehre. 2. Kritik der Malthusschen Lehre. 3. Der heutige Malthusianismus. 4. Kritik des neueren Malthusianismus. — Schlußwort.

Der Geburtenrückgang. Die Rationalisierung des Sexuallebens in unserer Zeit. Von Dr. **Julius Wolf**, o. ö. Professor an der Universität Breslau. XV, 253 S., 8^o 1912 Gmk 7.50

Inhalt: I. Das Ausmaß des Geburtenrückgangs. — II Die Ursachen des Geburtenrückgangs. 1. Erklärung aus einer „optischen Täuschung“? 2. Erklärung aus der gesunkenen Sterblichkeit? 3. Erklärung aus der Abnahme der Ehen? 4. Erklärung aus physiologischer Minderwertigkeit („Verschlechterung der Rasse“)? 5. Erklärung aus gestiegener Wohlhabenheit der Masse. 6. Erklärung aus fortgeschrittener Bildung und fortgeschrittenem Ordnungssinn der Masse. 7. Erklärung aus dem Verlangen nach reichlicherer Lebensführung, aus dem Wunsch, die Mittel nicht an zuviel Kinder zu verschwenden (das Vernunftargument der großen Zahl). 8. Erklärung aus der Rücksicht auf besseres Fortkommen der Kinder, auf Bestand des Guts, Glanz der Familie usf. 9. Erklärung aus der Rücksicht auf körperliches Gedeihen der Frau, zumal bei steigender Erwerbstätigkeit derselben. 10. Erklärung aus gesunkener wirtschaftlicher Verwendungs-(Erwerbs-) Fähigkeit der Kinder. 11. Erklärung aus dem Zug vom Lande in die Stadt (die „Urbanisierung“ der Nationen). 12. Erklärung aus der Emanzipation von der Kirche. 13. Erklärung aus allgemeinerer Kenntnis der Präventivtechnik. 14. Erklärung aus der fortschreitenden Teuerung. 15. „Parerga und Paralipomena“. — III. Zur Beurteilung des Geburtenrückgangs. — IV. Ausblick in die Zukunft. — V. Mittel zur Bekämpfung des Geburtenrückgangs. — Anhang. I. Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. — II. Tendenzen der Geburtenentwicklung in Österreich. — Katholisierung der Schweiz und Hollands? — IV. Das „Bevölkerungsgesetz“.

Der Geburtenrückgang. Von Dr. **Johannes Müller**, Direktor d. Thüring. Statist. Landesamtes u Priv.-Doz. a. d. Univ. Jena. VII, 144 S. gr. 8^o 1924 Gmk. 5.60

Inhalt: 1. Die Tatsachen des Geburtenrückganges. 2. Das Problem des Geburtenrückganges. 3. Der Einfluß der Säuglingssterblichkeit. 4. Der Einfluß der sonstigen Bevölkerungsverhältnisse. 5. Physiologische Einflüsse. 6. Der Einfluß sozialer Ursachen. 7. Der Einfluß des Wohlstandes. 8. Der Einfluß wirtschaftlicher Verhältnisse. 9. Der Einfluß des Religionsbekenntnisses. 10. Der Einfluß der politischen Gesinnung. 11. Der Einfluß sekundärer Ursachen. 12. Zusammenfassung und Abschluß. — Methodologische Fragen: Geburtenziffer oder Fruchtbarkeitsziffer?

Das Verhältnis zwischen Geborenen und Gestorbenen in historischer Entwicklung und für die Gegenwart in Stadt und Land. Von Dr. **J. Wernicke**. („Sammlung nationalök. Abhandlungen.“ Herausgegeben von Joh. Conrad, Halle a. S. Bd. VI, 1.) VI, 91 S. gr. 8^o 1889 Gmk 2.50

Statistik der Ehen. Auf Grund der sozialen Gliederung der Bevölkerung. Nach Volkszählungen und Kirchenbüchern in Dänemark. Von **Marcus Rubin**, Direktor d. städt. stat. Bureaus. Kopenhagen, und **Harald Westergaard**, Prof. d. Statistik a. d. Universität zu Kopenhagen. V, 132 S. gr. 8^o 1890 Gmk 3.—

Die Regulierung des Geschlechtsverhältnisses bei der Vermehrung der Menschen, Tiere und Pflanzen. Von Dr. phil. **Carl Düsing**. Mit einer Vorrede von Prof. der Physiol. Dr. W. Preyer. (Abdruck aus „Jenaische Zeitschr. f. Naturwissensch.“ Bd. 17.) XX, 364 S. gr. 8^o 1884 Gmk 6.50

Statistisches Handbuch für das Land Thüringen. Ausgabe 1922. Herausgegeben vom Thüringischen Statistischen Landesamt. XII, 546 S. gr. 8^o 1922 Gmk. 3.—

Inhalt: Gebiet und Stand der Bevölkerung. Berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung. Bewegung der Bevölkerung. Haushaltungen. Wohnhäuser und Wohnungen. Landwirtschaft. Forstwirtschaft und Jagd. Bergbau. Industrie und Gewerbe. Verkehr. Geld- und Kreditwesen. Versicherungswesen. Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften. Preise und Löhne. Arbeitsverhältnisse. Gewerkschaften. Finanzwesen. Rechtspflege. Unterricht und Bildung. Gesundheits- und Veterinärwesen. Wahlen. Geographische und meteorologische Angaben. Anhang. Sachverzeichnis.